

Mal ehrlich:

**Warum
regiert Geld
die Welt?**

DIE LINKE.

Wahlprogramm zur Landtagswahl 2022
www.niedersachsen-gerecht.de

Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Landtagswahl 2022 in Niedersachsen

Beschlossen auf dem Landesparteitag am 21. und 22. Mai 2022

Inhalt

Darum DIE LINKE wählen	6	Erwachsenenbildung - Bildung für eine demokratische Gesellschaft	28
Wofür wir uns einsetzen	7	Kinder- und Jugendarbeit	29
Gerecht geht anders		Kinder- und Jugendpartizipation	30
– Soziale Sicherheit für alle	10	Kinderarmut bekämpfen	31
Kurswechsel bei Gesundheit und Pflege in Niedersachsen	11	Wohnen ist ein Menschenrecht – eine Wohnung für alle statt Profite für wenige	32
Gesunde Krankenhausplanung und -finanzierung	12	Verkehrswende sozial und klimagerecht umsetzen!	34
Pflege ist wertvoll und braucht mehr als nur Applaus vom Balkon!	14	Öffentlicher Nahverkehr für alle zum Nulltarif	35
Gut versorgt und aufgehoben bis zum Lebensende	15	Niedersachsen ist am Zug – Vorrang für die Schiene!	37
Demokratie und Transparenz im niedersächsischen Gesundheitswesen	15	Mit dem Rad – Niedersachsen neu entdecken!	39
Die Bevölkerung in allen Regionen gut versorgen	16	Gut zu Fuß in Niedersachsen	40
Selbstorganisation und Rechte von Patient*innen stärken	17	Wasserwege nutzen	40
Psychische Erkrankungen besser behandeln	17	Straßenverkehr: Sanierung und Umwidmung statt Neubau	41
Gutes Leben und Gesundheit für Kinder und Jugendliche	18	Luftverkehr	42
Bildung und Jugendpolitik – gerecht, für alle & ein Leben lang 19		Wirtschaft sozial und nachhaltig gestalten	43
Kita – auf den Anfang kommt es an... 20		Gute Arbeit für alle Beschäftigten	43
Schule – gemeinsam und demokratisch lernen	21	Eine Wirtschaft für alle	44
Ausbildung– alle brauchen einen Platz	24	Zulieferindustrie	46
Hochschulen – ausfinanziert, demokratisch und mit guten Arbeitsbedingungen	25	Transformation der Industrie sozial, demokratisch und ökologisch gestalten	47
Studium – Bildung mündiger Menschen ohne soziale Hürden.....	26	Digitales Niedersachsen	47
		Zukunftsfähige und nachhaltige Häfen	48

**Gleiche Rechte und
gleiche Chancen für Frauen
– gerade jetzt..... 50**

Sorgearbeit anerkennen 51

Schutz vor geschlechtsbezogener
und häuslicher Gewalt 52

Klima und Umwelt schützen 53

Die Energiewende beginnt vor Ort 54

Atomausstieg realisieren
– Gefährdungen verhindern 57

Gefährdung von Natur und Umwelt
– konsequentes Handeln dringend
erforderlich 59

**Demokratie und öffentliches
Allgemeinwohl 62**

Kultur von allen und für alle 62

Sport: Dabei sein können
ist für alle wichtig 64

Gerechtigkeit: Vor und
nach Gerichtsurteilen 65

Öffentliche Aufgaben müssen
ausreichend finanziert werden 66

Mehr Demokratie wagen 69

Privatisierung ist Raub
öffentlichen Eigentums 70

Freiheit braucht Gleichheit
beim Zugang zu digitalen
und analogen Medien 71

Sicherheit ohne Überwachungsstaat . 72

**Ländlichen Raum
lebendiger machen!..... 75**

Entfaltung und lebendige Dörfer
statt Armut und Verödung 75

Sozial-ökologischen Umbau
gemeinsam mit den Landwirt*innen
gestalten 77

Antifaschismus & Gleichstellung ... 78

Antifaschismus – gemeinsam
für Verbesserung statt
Spaltung von rechts 79

Barrierefreies Niedersachsen
– selbstbestimmte Behindertenpolitik 81

Akzeptanz aller Geschlechter
sowie sexueller Lebensweisen 82

Frieden und Internationalismus 82

Friedensstandort Niedersachsen 83

Rüstungskonversion
hin zu sinnvoller Arbeit 84

Bildung, Kultur und Wissenschaft
für den Frieden 84

Asyl ist ein Menschenrecht 85

Europa 87

Gemeinsam sind wir stark 88

Darum DIE LINKE wählen

Wir müssen in Niedersachsen die großen sozialen und ökologischen Probleme gemeinsam anpacken. Das können wir nur mit großen öffentlichen Investitionen in die Zukunft, mehr demokratischer Mitsprache auf allen Ebenen und einer Politik der Solidarität, die niemanden zurücklässt. Die Erfahrungen im Bund zeigen es und fast noch deutlicher tritt es in Niedersachsen hervor: Politik verkommt zu einem Schmierentheater gebrochener Versprechungen. Statt Probleme nur auszusitzen, wollen wir Druck machen für einen sozial-ökologischen Systemwechsel.

Die Corona-Pandemie hat die Ungleichheiten in der Gesellschaft und die Mängel des Gesundheitssystems noch deutlicher hervortreten lassen. Die Schere zwischen Arm und Reich ist noch größer geworden. Während Konzerne wie Amazon von der Pandemie bestens profitieren konnten, wurden viele Menschen in existenzielle Notlagen gestürzt. Das Instrument der Kurzarbeit sicherte zwar Hunderttausende von Arbeitsplätzen, führte aber zu massiven Einkommensverlusten. Insbesondere Beschäftigte im Niedriglohnbereich und dort, wo Arbeitnehmende keine tariflich oder betrieblich geregelten Zuzahlungen zum Kurzarbeitergeld erhielten, war die Existenzsicherung

akut bedroht. Viele Beschäftigte in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen wie Leiharbeit und Befristung, Solo- und Scheinselbständige im Kultur- und Dienstleistungsbereich verloren ihre Arbeit.

Der Pflegenotstand nahm noch weiter zu. Ein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtetes Gesundheitssystem stößt dabei noch deutlicher an seine Grenzen. Pflegekräfte wurden übermäßig belastet und auch noch schlecht bezahlt. Die öffentliche Verwaltung war überfordert. Der Rückstand bei der Digitalisierung der Verwaltung hat die Bekämpfung der Pandemie gelähmt. Die Pandemie zeigte: Eine gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit gegenüber den Auswirkungen einer solchen Krise war nur unzureichend entwickelt.

Die Landesregierung reagierte hilflos und widersprüchlich. Corona-Verordnungen wurden zeitweise im Stundentakt korrigiert. Von der Landesregierung beschlossenen Maßnahmen mussten häufig von Verwaltungsgerichten aufgehoben werden. Der ständige Wechsel von nicht nachvollziehbaren Restriktionen hat die Menschen verunsichert. So wurden z.B. innerhalb von Haushalten Kontaktbeschränkungen verordnet, während in Bereichen,

in denen viel größere Ansteckungsgefahren bestand – beispielsweise in den Betrieben – Maßnahmen unterlassen wurden. Die Landesregierung schaffte es in über zwei Jahren nicht, Geld für flächendeckende Luftfilter in den Schulen zur Verfügung zu stellen, um so die Unterrichtsausfälle zu reduzieren.

Die Schuldenbremse ist gescheitert. Die Fülle der anstehenden Aufgaben zeigt es: von den Folgen der Coronapandemie, der Bekämpfung der Klimakrise, der Sanierung des maroden Bergwerks Asse II und anderer Altlasten der verfehlten Atompolitik bis hin zum Investitionsstau in öffentlichen Einrichtungen und Kommunen. Wenn der Staat sich aus der Verantwortung zieht, leidet die Lebensqualität großer Teile der Bevölkerung, insbeson-

dere die der Ärmsten und der nachfolgenden Generationen. Gleichzeitig verzichten die bisherigen Regierungsparteien in Niedersachsen, SPD und CDU – sowie die vergangene Bundesregierung aus Union und SPD und ihre Ampel-Nachfolgeregierung – auf die Vermögenssteuer, die ausdrücklich im Grundgesetz steht und allein den Ländern zusteht. Da ist es kein Wunder, dass sie ihre Wahlversprechen nicht einhalten können und die soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleibt. Statt weiter durch die wirtschaftlich unsinnige Schuldenbremse Enthaltensamkeit zu leben und auf die demokratische Kontrolle von großem Reichtum durch eine Vermögenssteuer zu verzichten, wollen wir die Kommunen wieder handlungsfähig machen, damit Politik vor Ort zukunftssicher gestaltet werden kann.

Wofür wir uns einsetzen

Gute Arbeit

Während einige Wenige sich an der Corona-Krise dumm und dämlich verdient haben, hat sich bei der Mehrheit der Bevölkerung die soziale und finanzielle Lage noch weiter verschlechtert. Das betrifft die Reduzierung der Einkommen durch Kurzarbeitergeld und ausgebliebene Einnahmen von Selbständigen oder Studierenden aus Nebenjobs. Das wird auch für die Rente Folgen haben.

Aber auch ohne Corona: Die Zahl der prekären und befristeten Arbeitsverhältnisse im Land hat zugenommen. In vielen Bereichen, insbesondere an den Hochschulen hat die Landesregierung das Unwesen der befristeten Arbeitsverträge nicht beendet. Wir wollen die Tarifbindung und die Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen stärken und befristete Arbeitsbedingungen abbauen.

Gesundheit & Pflege

Auch in der Corona-Pandemie wurde weiter am profitorientierten Gesundheitssystem festgehalten. Bis zu 40 Krankenhäuser drohen geschlossen zu werden. Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Statt Krankenhäuser zu schließen oder von Unternehmen in Medizinische Versorgungszentren umwandeln zu lassen, wollen wir Gesundheit in öffentlicher Hand. Statt immer mehr Krankenhausbetten abzubauen, wollen wir jedem eine medizinische Versorgung zukommen lassen – dezentral bis zu Ärzt*innen auf dem Land. Statt die Pflege durch miserable Arbeitsbedingungen weiter auszubluten, wollen wir das gebrochene Versprechen der Landesregierung nach Mindeststandards in der Pflege und besserer Bezahlung einlösen!

Bezahlbares Wohnen

Seit 2018 hat sich die Zahl der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau von 82.496 auf 60.200 verringert. Dennoch sah die Landesregierung keinen Anlass, eine Landeswohnungsbaugesellschaft zu gründen. Mit dieser Politik wollen wir brechen! Wir wollen einen Neustart des sozialen Wohnungsbaus in Niedersachsen, damit sich alle eine Wohnung leisten können. In Zukunft soll das Gemeinwohl vor der Profitgier von Konzernen und Vermieter*innen stehen. Sowohl auf dem Land als auch in der Stadt

wollen wir alle Mittel nutzen, um das Menschenrecht auf Wohnen umzusetzen und Wohnungslosigkeit endlich abzuschaffen. Miethaien sagen wir entschlossen den Kampf an!

Bildung für alle

Der Investitionsstau zeigt sich besonders in unseren Schulen, in den schlechten Ausstattungen der Klassen, baufälligen Gebäuden und zu wenig Luftfiltern. Niedersächsische Lehrkräfte werden im bundesweiten Vergleich schlecht bezahlt. Wir sagen: Alle Kinder haben ein Recht auf gute Bildung. Sie darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir wollen mehr Integrierte Gesamtschulen. Statt die Bildung weiter kaputt zu sparen, wollen wir massiv in Kita-Plätze, Schulen, Universitäten und in die Weiterbildung investieren. Wir brauchen ein Sanierungsprogramm für Bildungseinrichtungen, gute Arbeitsbedingungen, besser bezahltes Personal und genügend Ausbildungs- und Studienplätze. Niedersachsens Bildungseinrichtungen müssen endlich coronasicher gemacht werden. Bildung ist für uns ein Menschenrecht, auf das es in allen Lebenslagen ein Anrecht gibt.

Entgeltfreier Nahverkehr

Ein guter und kostengünstiger Nahverkehr würde Niedersachsen nicht nur umweltfreundlicher machen, er wäre auch die soziale Antwort auf

das Recht, sich frei zu bewegen. Über die letzten Jahrzehnte wurde dagegen auf den Ausbau von Straßen und Autobahnen gesetzt, während Bahngleise insbesondere in ländlichen Gebieten stillgelegt wurden. Wir sagen: Güter auf die Schiene statt auf die Straße! Busse sollen taktstark und entgeltfrei auch zu den Tagesrandzeiten am Morgen und Abend bis aufs Dorf fahren. Fahrradwege gehören ausgebaut und Fahrrad- wie auch Autoleihsysteme müssen etabliert werden.

Umwelt und Klima nachhaltig

Die Klimakrise droht mit immensen Schäden, wenn wir mit unserer Politik nicht umsteuern. Sie bietet aber auch die Chance für ein besseres Leben. Wir können unsere Umwelt durch den Ausbau erneuerbarer Energieversorgung nachhaltig verbessern. Durch Windkraftanlagen und Solaranlagen in öffentlicher Hand können wir die Energieversorgung in die Verantwortung der Kommunen legen, statt sie großen Konzernen für ihren fetten Gewinn zu überlassen. Wir wollen die Stromgewinne der Allgemeinheit zukommen lassen, damit wir den Strompreis senken, unsere öffentlichen Haushalte verbessern und bessere Arbeits- sowie Lebensbedingungen für alle schaffen können. Zudem wollen wir Land- und Forstwirtschaft gemeinsam mit den Land- und Forstwirt*innen ökologisch nachhaltig gestalten und den

Naturschutz fördern.

Politikwechsel statt Austausch von Minister*innenköpfen

Eine Stimme ist notwendig, die im Landtag die herrschenden Parteien immer wieder an ihre vorgetragenen Versprechungen erinnert und sie mit der Realität konfrontiert und sagt, was ist. Die aufgestaute Probleme drängen nach einem Politikwechsel. Zu einem Politikwechsel gehört eine völlig neue Kooperation der Beteiligten in Staat und Wirtschaft und von starken zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Fachexpert*innen, um die Herausforderungen von Klimakatastrophe, Pandemien und sozialer Krise zu bewältigen. Wir wollen mehr Eigentum in öffentliche Hand legen und so Wirtschaft wie auch Daseinsvorsorge dem Marktradikalismus entziehen. Ein starker Sozialstaat muss klare Regeln setzen, die Mensch und Natur schützen, damit wir langfristig demokratisch planen können, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen.

Klare Kante gegen jede Form der rechten Hetze

Dort, wo die extreme Rechte mit dem Finger zeigt, suchen wir die Zusammenarbeit, den Dialog und fördern Hilfe zur Selbsthilfe und Organisation. Dort, wo sie Menschen angreift und diskriminiert, stehen wir solidarisch an der Seite der Betroffenen.

Gegen rechte Angsttreiberei setzen wir die Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft. Wir wollen aus passivem Unmut aktive Veränderung machen. Dafür kommt es auf alle an.

Wir geben denjenigen eine Stimme, die auf den Schutz des Sozialstaats angewiesen sind. Dafür sind wir auch bereit, uns mit den Mächtigen anzulegen. Dafür will DIE LINKE im nächsten Niedersächsischen Landtag ebenso wie auf der Straße Druck machen. Wir können das auch, und zwar sowohl in der Opposition als auch

von der Regierungsbank aus. Wir sind aber keine Mehrheitsbeschaffer*innen für die Fortsetzung der neoliberalen Politik der Vergangenheit. Wir stehen für grundlegende Änderungen, die es nach den bestehenden Erfahrungen nur mit uns geben kann. Für diesen Politikwechsel braucht es eine starke LINKE im Landtag, die gemeinsam mit großen Teilen der Zivilgesellschaft, wie Gewerkschaften, Sozialverbänden und auch Umweltbewegung, Druck macht für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und demokratischere Politik.

Gerecht geht anders – Soziale Sicherheit für alle

Niedersachsen ist immer noch ein Bundesland mit tiefgreifenden sozialen Verwerfungen. Wir wollen die soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge zwischen Harz und Nordsee deswegen ausbauen. Dazu gehören ebenso sehr unabhängige Beratungsstrukturen, um Menschen bei Ärger mit dem Jobcenter zur Seite zu stehen, wie eigene Programme, um Menschen nach langer Arbeitslosigkeit wieder eine Perspektive in einem Job zu bieten. Die soziale Frage ist bei weitem nicht nur eine Frage für die Bundespolitik! Eine neue Landesregierung muss alle Instrumente zur Armutsbekämpfung nutzen, die sie hat. Die Würde des Menschen ist

unantastbar und nichts entwürdigt Menschen mehr als drückende Armut und erniedrigende Strukturen in der Sozialgesetzgebung. Tafeln und Suppenküchen leisten dort Hilfe, wo die öffentliche Fürsorgepflicht versagt hat. Das Land muss dafür sorgen, dass niemand auf die Leistung der Tafeln angewiesen ist.

Und darüber hinaus: Unser Bundesland muss im Bundesrat ganz vorne für die Abschaffung von Hartz IV und für eine armutsfeste Rente kämpfen. Immer noch jedes fünfte Kind in Niedersachsen ist arm, und dies ist immer die Armut der Eltern. Ebenfalls ist die weiterwachsende Altersarmut

ein Problem, dem wir uns endlich stellen müssen. Sozialleistungen müssen zum Leben reichen und eine Teilhabe am Leben gewährleisten!

DIE LINKE setzt sich ein für:

■ Einen eigenen Zuschlag an Empfänger*innen von Transferleistungen, den Niedersachsen zusätzlich gegen die angestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise zahlen soll. Die Beträge des Bundes sind viel zu gering. Der Zuschuss soll dabei unbürokratisch und unaufgefordert gezahlt werden.

■ Eine „Niedersachsen-Card“, welche Menschen, die unter 60% des Durchschnittseinkommens bekommen, einen kostenfreien Zugang zu Museen, Sportvereinen oder anderen Einrichtungen ermöglichen soll. Außerdem soll ein ermäßigter Zugang zum ÖPNV sichergestellt werden.

■ Eine gesicherte Finanzierung unabhängiger Schuldner- und Sozialberatungsstellen durch das Land

■ Ein Arbeitsmarktprogramm des Landes Niedersachsen mit der besonderen Förderung von Langzeiterwerbslosen in sozialversicherungspflichtige Arbeit und der notwendigen Fortbildung oder Umschulung – auch für Menschen über 35 – bei Zahlung von Unterhaltsgeld anstatt ALG II.

■ Eine gezielte Bekämpfung von Obdachlosigkeit, indem das Land ‚Housing First‘- Projekte in ganz Niedersachsen direkt unterstützt oder initiiert. Wohnungslose müssen direkt und mit entsprechender sozialer Beratung untergebracht werden.

■ Eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung von Hartz IV. Wir setzen uns ein für eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die das vom Bundesverfassungsgericht anerkannte Recht auf menschenwürdige Existenz und gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet. Die tatsächlichen Kosten für die Unterkunft müssen übernommen werden, um Zwangsumzüge zu verhindern.

Kurswechsel bei Gesundheit und Pflege in Niedersachsen

Niedersachsen steht vor einer Richtungsentscheidung. Jahrelang wurde das Gesundheitssystem kaputt gespart und auf Profit getrimmt. Die Corona-Pandemie zeigt einmal mehr, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem ist. Dabei sind die

Pflegenden in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie bei der Pflege zu Hause die tragenden Säulen unserer Gesundheitsversorgung. Ob als Beschäftigte in den Kliniken und Heimen oder als pflegende Angehörige, welche sich liebevoll um

ihre Nächsten kümmern – sie alle leisten Tag für Tag Herausragendes. Dennoch haben weder Bundes- noch Landesregierung irgendetwas getan, um die Missstände in der Pflege - zu niedrige Löhne; zu schlechte Personalschlüssel; Arbeitsbedingungen, die krank machen; steigende Eigenanteile bei den Heimkosten - auch nur ansatzweise in den Griff zu bekommen. Ganz im Gegenteil: Statt für die notwendige Entlastung zu sorgen, hat die Landesregierung das Arbeitszeitschutzgesetz für Pflegekräfte regelrecht ausgehebelt und die Pflegearbeitszeit auf 60 Stunden pro Woche ausgeweitet sowie Ruhezeiten aufgeweicht. Kein Wunder also, dass immer mehr Pflegekräfte dem Beruf den Rücken kehren und junge Menschen kaum noch für eine Ausbildung in der Pflege zu begeistern sind.

Unser Gesundheitssystem ist falsch organisiert, wenn zusätzlich eingerichtete Intensivbetten vielerorts nicht betrieben werden können, weil es nicht genügend Personal gibt. Wenn es an Vorhaltekapazitäten zur Krankenhausversorgung fehlt und unsere Krankenhäuser chronisch unterfinanziert sind. Doch trotz dieser Mängel hält die Landesregierung am bisherigen Finanzierungssystem und an der Zentralisierung von Krankenhäusern fest. Damit muss Schluss sein! Wir brauchen eine Krankenhausplanung, die sich an

wirklichen Pflegebedarfen ausrichtet und Reserven für Notfälle und Pandemien vorhält. Falsche politische Entscheidungen haben in den letzten Jahrzehnten dazu geführt, dass das System von Gesundheit und Pflege hierzulande auf Profit getrimmt ist. Falsche politische Entscheidungen, gegen die wir etwas tun wollen. Denn ein schlecht finanziertes und kommerzialisiertes Gesundheitssystem ist kein Naturgesetz und Gesundheit ist keine Ware, sondern muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein.

Gesunde Krankenhausplanung und -finanzierung

Niedersachsen hat noch etwa 170 Krankenhäuser. Verantwortlich für Investitionen ist das Land. Jedoch reichen die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von derzeit 120 Millionen jährlich nicht einmal ansatzweise aus, um die anfallenden Investitionskosten der Krankenhäuser zu decken. Der Investitionsstau im Krankenhausbau ist laut niedersächsischer Krankenhausgesellschaft (NKG) mit 2,2 Milliarden Euro so hoch wie nie zuvor. 41 dringend notwendige Bauprojekte von Kliniken würden derzeit wegen fehlender Investitionen des Landes nicht umgesetzt. Die Kliniken versuchen, diese Maßnahmen aus den Mitteln zur Patientenversorgung zu finanzieren. Die Folge ist ein enormer Kostendruck, dem viele Häuser mit Tariffucht oder

mit der Ausgliederung von Personal aus den Krankenhausunternehmen in sogenannte Servicegesellschaften zu begegnen versuchen. Damit hat die prekäre finanzielle Situation Auswirkungen auf die Qualität der Versorgung der Kranken. Die wachsende Zahl der Hygienemängel und ein eklatanter Anstieg krankenhausbewingter Infektionen sind ein deutliches Zeichen hierfür und enden insbesondere für ältere Menschen häufig tödlich.

Die jährlichen Krankenhausinvestitionen sollen zwar von 120 auf 150 Mio. Euro anwachsen, werden aber weiterhin nicht ausreichen, die anfallenden Investitionskosten der Krankenhäuser zu decken. Die niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) fordert eine dauerhafte Anhebung des jährlichen Investitionsprogrammes des Landes für Baumaßnahmen von 120 Millionen Euro auf mindestens 250 Millionen Euro ab dem Jahr 2022. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Niedersachsen fordert eine Erhöhung des Investitionsvolumens des Landes auf 550 Mio. Euro jährlich bei der Krankenhausinfrastruktur. DIE LINKE. Niedersachsen unterstützt diese Forderung als ersten Schritt hin zu einem Abbau des Investitionsstaus in den Kliniken. Denn die Gesundheitsversorgung muss sich an den Pflegebedarfen und an guter Qualität

orientieren. Hierfür müssen alle erforderlichen Investitionskosten durch das Land Niedersachsen finanziert und ein Sonderprogramm zur Behebung des Investitionsstaus aufgelegt werden. Darüber hinaus brauchen wir gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten in den Krankenhäusern: mehr Personal und eine gesetzliche Personalbemessung, die eine gute Versorgung sicherstellt. Die Anzahl der Krankenhäuser, die eine Geburtshilfe vorhalten, hat sich in den letzten Jahren reduziert, die Geburten sind jedoch in Niedersachsen angestiegen. 2022 sind nur noch 64 geburtshilfliche Abteilungen übriggeblieben. 2015 waren es noch 84. Die fehlende wohnortnahe Versorgung und überfüllte Kreißsäle können zu schweren gesundheitlichen Risiken für Gebärende führen. Daher unsere Forderung: Geburtshilfe ist ein Menschenrecht und muss in das Krankenhausgesetz ebenso wie die Grundversorgung aufgenommen werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Einen Krankenhausplan, der sich an Bedarf und Wohnortnähe orientiert.
- Den Erhalt kommunaler Krankenhäuser und die Rückführung bereits privatisierter Kliniken in die öffentliche Hand.
- Eine Erhöhung des Investitionsvolumens des Landes auf 550 Mio. Euro jährlich bei der Krankenhausinfrastruktur.

- Die Einrichtung eines landeseigenen Strukturfonds mit 1 Mrd. Euro aus Landesmitteln.
- Den Abbau des Investitionsstaus in den Krankenhäusern, Psychatrien und Unikliniken.
- Die Einführung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst für alle in einem Krankenhaus Beschäftigten.
- Ausreichende Kapazitäten für Notfälle wie Epidemien, Seuchen, Großunfälle oder Naturkatastrophen.
- Eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des nicht auf angemessene Versorgung ausgerichteten Systems der Fallpauschalen (DRGs).
- Verbindliche gesetzliche Regelungen für bedarfsorientierte Personalschlüssel in Krankenhäusern.
- Die Wiedereingliederung/Rückkehr von ausgelagerten Diensten (Reinigung, Küche, Labor) in die öffentlichen Kliniken.
- Eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Zwei-Klassen-Versicherung: Eine Gesundheits- und Pflegeversicherung für alle!
- Ein Landesprogramm „Medizinische Versorgung im ländlichen Raum“, um eine flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung sicherzustellen.
- Ein ausreichendes Angebot an Medizinstudienplätzen.

Pflege ist wertvoll und braucht mehr als nur Applaus vom Balkon!
Pflege ist eine gesamtgesellschaft-

liche Aufgabe und daher ein wichtiger Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge. Deshalb dürfen Pflegeheime keine Anlageobjekte sein, die Rendite zu liefern haben – sie gehören in die öffentliche Hand. Wir wollen eine Politik, die gerecht und solidarisch ist sowie eine menschenwürdige und bedarfsgerechte Pflege gewährleistet. Das bisherige Teilkaskoprinzip in der Pflegeversicherung ermöglicht jedoch überwiegend körperbezogene Versorgung im Akkord. Ein besonders trauriges Ergebnis profitorientierter Gesundheitspolitik sind die seit langem bekannten und andauernden „Missstände in der Altenpflege“. Die Wehrlosigkeit vieler Menschen mit Pflegebedarf und die weitverbreitete Mittellosigkeit, gerade im Alter, sorgen regelmäßig für unhaltbare Zustände und machen Schlagzeilen. Und daher arbeiten in Niedersachsen wie auch bundesweit viele Pflegenden täglich bis an ihre Belastungsgrenze, um einen Kollaps im Gesundheitswesen zu verhindern. Sie werden durch den Personalmangel dazu gezwungen, über ihre gesundheitlichen Grenzen zu gehen. Und die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung nochmal verschärft. Aber außer Applaus vom Balkon und leeren Versprechungen ist bei den Pflegenden in den letzten Jahren nicht viel angekommen. Das muss sich grundlegend ändern, damit nicht noch mehr Pflegekräfte den Job an den Nagel hängen und damit wieder

mehr Menschen für eine Pflegeausbildung gewonnen werden können.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Eine Aufwertung der Pflegeberufe durch gute tarifliche Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen.
- Die Einstellung und Ausbildung von mehr Pflegekräften.
- Eine menschenwürdige Altenpflege, die sich am konkreten Bedarf der Menschen ausrichtet.
- Verbindliche gesetzliche Regelungen für bedarfsorientierte Personalschlüssel in der Pflege.
- Ein Ende der „Minutenpflege“ durch eine bessere Fachkraftquote in den ambulanten Pflegediensten.
- Den Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für Menschen mit Pflegebedarf.
- Mehr Mitsprache von Betroffenen hinsichtlich ihrer Unterkunft und Verpflegung.
- Eine Bundesratsinitiative aus Niedersachsen zur Einführung einer solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung, durch die sichergestellt wird, dass alle in Deutschland lebenden Menschen, auch Politiker*innen, Selbstständige sowie Beamt*innen, Mitglied sind mit Beiträgen je nach ihrem individuellen Einkommen. Zur Berechnung sollen alle Einkommensarten herangezogen werden, inklusive Kapitalerträgen und Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung.

Gut versorgt und aufgehoben bis zum Lebensende

Viele Menschen treibt die Sorge um, dass sie im Alter oder bei einer schweren Krankheit mit Leid und Schmerz allein gelassen werden oder ihren Angehörigen zur Last fallen. Die Politik muss den Menschen diese Ängste nehmen und dafür sorgen, dass Menschen mit Pflegebedarf und pflegende Familienangehörige endlich genau diejenigen Hilfsangebote bekommen, die sie benötigen. So können etwa eine gute pflegerische Versorgung oder die Palliativmedizin dazu beitragen, dass vielen auch diese letzte Zeit noch lebenswert gemacht wird. In Niedersachsen hat sich in den vergangenen Jahren eine immer bessere Versorgung mit Hospizen, Palliativstationen und ambulanter Palliativversorgung entwickelt, bei der die Lebenszufriedenheit der Patient*innen sowie die Leidminderung im Mittelpunkt stehen. Solche Angebote wollen wir weiter fördern und ausbauen. Damit Betroffene und ihre Angehörigen die vorhandenen Angebote kennenlernen und nutzen können, wollen wir besser über die vorhandenen Möglichkeiten informieren.

Demokratie und Transparenz im niedersächsischen Gesundheitswesen

Für Niedersachsen wollen wir eine Gesundheitspolitik, die politische Verantwortung und demokratische

Mitbestimmung der Bevölkerung miteinander verbindet. Wir wollen dafür sorgen, dass krank machende Lebens- und Umweltbedingungen beseitigt werden. Eine umfassende Gesundheitsberichterstattung soll helfen, regionale und geschlechtsspezifische Gesundheitsziele in einem Landesgesundheitsplan zu entwickeln und umzusetzen. Die Gesundheitspolitik und die Planung des Landes mit den Kommunen soll dafür sorgen, dass die Menschen wohnortnah erhalten, was sie brauchen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die Organisation der Gesundheitsversorgung in öffentlicher und gemeinwohlorientierter Hand.
- Die Aufstellung eines Landesgesundheitsplans mit konkret überprüf-
baren Zielen.
- Die Bereitstellung umfassender und barrierefreier Gesundheitsversorgung für alle Menschen.
- Die kostenfreie Präventions- und Rehabilitationsangebote für alle Versicherten.
- Die Einsetzung von Anti-Korruptionsbeauftragten im Gesundheitswesen.

Die Bevölkerung in allen Regionen gut versorgen

Wer auf dem Land lebt, kann die Unterversorgung sehen: Es gibt immer weniger Arztpraxen und Apotheken. Eine medizinische Grundversor-

gung nah am Wohnort ist vielerorts nicht mehr vorhanden. Das wollen wir ändern. Wir wollen kommunale Versorgungszentren oder Polikliniken ermöglichen. Ergänzt werden können sie beispielsweise durch das Doc-Mobil, bei dem das medizinische Personal in Kleinbussen unterwegs ist, oder speziell geschulte Gesundheitsfachkräfte („Gemeindeschwestern“), die Hausbesuche machen und durch die Übernahme nichtärztlicher Tätigkeiten Arztpraxen entlasten. Apotheken können niedrigschwellige Angebote der Gesundheitsberatung und Prävention übernehmen.

Im ländlichen Raum muss der Rettungsdienst oftmals die Defizite der stationären Patientenversorgung kompensieren. Jedoch unterliegt die Finanzierung des Rettungsdienstes der Wirtschaftlichkeit und wird durch die Krankenkassen stark eingeschränkt. Dies bremst erheblich die Nachwuchsgewinnung und verschärft den Fachkräftemangel. Hier ist ein Umdenken nötig. Deshalb fordern wir eine unabhängige Fachkommission zur Festsetzung des Finanzbedarfs im Rettungsdienst.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die Einrichtung kommunaler Versorgungszentren bzw. Polikliniken.
- Die Einführung mobiler Arztpraxen
- Ein Förderprogramm für Hausarztpraxen im ländlichen Raum.

- Den Einsatz von speziell geschulten Fachkräften („Gemeindeschwestern“).
- Die Einführung von barrierefreien Shuttle-Services zu Arztpraxen und Apotheken.

Selbstorganisation und Rechte von Patient*innen stärken

Neben dem Ausbau des klassischen öffentlichen Gesundheitsdienstes setzen wir uns für die Stärkung der Selbstorganisation chronisch erkrankter Menschen und die Unterstützung ihrer Organisationen ein. Die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten von Betroffenen müssen weiter gestärkt werden. Wir wenden uns gegen die noch immer vorhandene Ausgrenzung von Erkrankten (wie z.B. im Bereich HIV/AIDS) und wollen eine Landespolitik, die Vorurteile abbaut und nicht schürt.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Bessere Förderung unabhängiger gemeinnütziger Organisationen wie die Krebs- und AIDS-Hilfen.
- Stärkere Förderung von unabhängigen Beratungsstellen für Frauen, Migrant*innen und LGBTIQ* (Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual/ Transgender, Queer, Intersexual und Asexual).
- Eine demokratische Stärkung und bessere finanzielle Ausstattung der oder des Landespatientenbeauftragten.

Psychische Erkrankungen besser behandeln

Bei immer mehr Erkrankungen handelt es sich um psychische oder psychosomatische Krankheiten, bedingt oder mitbedingt durch Stress, Mobbing, Arbeitsverdichtung und Erwerbslosigkeit. Gerade während des Lockdowns hat die Coronasituation, bei Geflüchteten die Erfahrung von Krieg und Flucht zu psychischen sowie traumatischen Belastungen geführt. In Niedersachsen fehlen jedoch vielerorts psychologische und psychotherapeutische Hilfsangebote. Ein gutes ambulantes Angebot von gemeindepsychiatrischen Einrichtungen wie zum Beispiel Tagesstätten und Kontaktstellen, möglichst in öffentlicher Trägerschaft, hilft Rückfälle und Krankenhausaufenthalte zu vermeiden und stabilisiert die Erkrankten. Derzeit werden insbesondere ambulante Angebote in gemeindepsychiatrischen Einrichtungen für traumatisierte Kriegsflüchtlinge gebraucht. Eine verbindliche und gute Personalausstattung ist im psychiatrischen Bereich besonders wichtig. Psychiatrie am Fließband hingegen vernachlässigt den therapeutischen Ansatz und kann die persönliche Lage der zu behandelnden Menschen oft nicht angemessen berücksichtigen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Eine stärker verzahnte psychiatrische und psychotherapeutische Versorgungsstruktur.
- Ein unabhängiges psychosoziales Beratungssystem auf kommunaler Ebene.
- Traumazentren mit integrierter Lebensberatung für Geflüchtete.

Gutes Leben und Gesundheit für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche aus Familien mit wenig Einkommen haben erhöhte Gesundheitsrisiken. Sie leben oft in Stadtteilen mit höherer Lärmbelastung und stärkerer Umweltverschmutzung. Die Folgen sind beispielsweise Häufungen von Atemwegserkrankungen, Allergien, frühkindliche Entwicklungsstörungen oder psychosomatische Erkrankungen. Kinder mit chronischen Erkrankungen wie Diabetes, Asthma oder Krebs benötigen besondere Unterstützung, um ihr Recht auf Bildung, Freizeit und Kultur wahrzunehmen. Deshalb ist die Förderung von Kinder- und Jugendgesundheit eine öffentliche Aufgabe. Wir wollen ihre Familien mit Schul- und Kita-Gesundheitsdiensten besser entlasten. Traumatische Erfahrungen in Kindheit und Jugend prägen ein Leben lang. Zentral um das zu verhindern ist Präventionsarbeit. Wenn es dafür bereits zu spät ist, braucht es Unterstützung und Hilfe für die Betroffenen und ihre Bezugspersonen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die Einführung breitenwirksamer Programme für Bewegung und gesunde Ernährung.
- Die Finanzierung von gesundem Essen in Kindertagesstätten und Schulen durch das Land, wobei in den öffentlichen Einrichtungen täglich mindestens ein vegetarisches oder veganes Menü angeboten wird.
- Eine ausreichende Finanzierung für die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen und von deren Bezugspersonen bei traumatischen Erfahrungen, wie z.B. Gewalt, Flucht oder Missbrauch, sowie für Präventionsarbeit.
- Den Ausbau niedrigschwelliger Programme zur Suchtprävention.
- Flächendeckende Therapieangebote für Suchtmittel konsumierende Kinder und Jugendliche.
- Die sofortige Entkriminalisierung und Legalisierung von Cannabis und die Abgabe in lizenzierten Shops als Bundesratsinitiative.
- Die sofortige und drastische Anhebung der Bagatellgrenze für die Strafverfolgung durch Landesregelungen, bis die Entkriminalisierung von Cannabis auf Bundesebene erreicht wird.

DIE LINKE steht für eine Gesundheitspolitik auf der Höhe der medizinischen Wissenschaft, die den Menschen als soziales Wesen und im Verhältnis der gesellschaftlichen Reproduktion begreift. Wir setzen uns

daher für eine medizinische Versorgung und soziale Verhältnisse ein, die sich nicht am privaten Profit, sondern am Bedarf der Menschen an einem gesunden und guten Leben orientieren. Denn Gesundheit ist das höchste persönliche Gut.

Unsere Vision ist Gesundheit als Menschenrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb gehört das Gesundheitswesen in die öffentliche Hand. Wettbewerb und Konkurrenz haben hier nichts zu suchen, denn Renditeziele dürfen nicht über die Versorgung der Patient*innen entscheiden. Statt Wettbewerb und Profitlogik im Gesundheitssystem wollen wir eine bedarfsorientier-

te Finanzierung, die allen Menschen einen Zugang zu guter medizinischer Versorgung auf dem neusten Stand ermöglicht. Das bedeutet bessere Vorsorge sowie bestmögliche Versorgung im Krankheits- oder Pflegefall. Die Leistungen des Gesundheitswesens sollen uneingeschränkt der bedarfsgerechten gesundheitlichen Versorgung aller im Land lebenden Menschen dienen. Sie müssen flächendeckend, wohnortnah, zeitnah und unabhängig von der sozialen Situation zur Verfügung stehen. Deshalb wollen wir uns als Stimme der Pflegerebellion im Landtag für einen Kurswechsel in der Gesundheits- und Pflegepolitik einsetzen!

Bildung und Jugendpolitik – gerecht, für alle & ein Leben lang

Bildung ist für DIE LINKE eine wichtige Grundvoraussetzung für die Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens sowie für eine lebendige, offene und demokratisch organisierte Gemeinschaft. Bildung öffnet nicht nur Türen für das Berufsleben, vor allem ist sie die Voraussetzung für die persönliche Entwicklung. Durch sie können wir die Freude am Lernen wecken, die Welt entdecken, um von ihr zu lernen und die Leidenschaft finden, uns aktiv in die Gestaltung unserer Zukunft einzubringen.

Bildung ist für uns ein Recht. Das bedeutet, dass allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unabhängig von ihrer örtlichen und sozialen Herkunft der Zugang zu Bildung gleichermaßen frei und möglichst wohnortnah ermöglicht wird. Jede und jeder muss auf Basis der eigenen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten am Bildungsprozess teilnehmen können. Genau deswegen wollen wir demokratisch organisierte Bildungsinstitutionen, für das Allgemeinwohl, in öffentlicher Hand.

Aus genau diesem Grund erteilen wir den Bildungsplänen der bisherigen SPD/CDU - Landesregierung eine Absage. Statt der derzeit wachsenden Unterfinanzierung von Schulen wollen wir sanierte Gebäude mit Platz und ausreichend Personal. Statt fallender Reallöhne wollen wir pädagogische Berufe bis in die Kita wertschätzen, unbefristet und angemessen entlohnt. Statt in einer Corona-Pandemie nur auf offene Fenster zu setzen, wollen wir Luftfilter in allen Klassenräumen. Wir wollen nicht nur über Jugendliche reden, sondern sie über ihre Entwicklung mitbestimmen lassen. Dem veralteten Bildungsverständnis, wonach Kindern ein Trichter auf den Kopf gesetzt wird, um ihn mit Wissen zu füllen, nur um Kinder fit für den Arbeitsmarkt zu machen, setzen wir ein humanistisches Bildungsideal entgegen. Bildung, die Neugier weckt, Spaß macht und Mut macht, die persönliche Entwicklung in die eigenen Hände zu nehmen.

Kita – auf den Anfang kommt es an

DIE LINKE will bereits den Jüngsten in unserer Gesellschaft die bestmögliche Bildung garantieren. Gerade die frühkindliche Bildung spielt in der Entwicklung von Kindern eine wichtige Rolle. Dabei wollen wir Kita als Ort der frühkindlichen Bildung von den Bedürfnissen der Kinder ausdenken und Bildung verstehen wir als

Persönlichkeitsbildung. Kinder sollen die Gelegenheit haben, sich selbst, andere Menschen und ihre Umwelt kennenzulernen und sich auszuprobieren. In der Kita können sie Vielfalt als Normalität erfahren. Inklusion soll daher kein Sonderthema, sondern eine Querschnittsaufgabe sein. Dafür braucht es genügend wohnortnahe Kindertagesstätten mit einer inklusiven Raumausstattung und einem guten Personalschlüssel. Die Erzieher*innen müssen angemessen bezahlt werden und ausreichend Zeit zur Verfügung haben, um jedem Kind mit seinen unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden zu können. Die Eltern sollen guten Gewissens und ohne Druck aus der Gesellschaft oder vom Arbeitgeber entscheiden können, wann und für wie viele Stunden am Tag sie ihr Kind in eine Kita geben. Hier zählt alleine das Wohlbefinden der Kinder. Für DIE LINKE. Niedersachsen ist es klar: Kitas, Krippen und Horte gehören flächendeckend ausgebaut, qualitativ ausfinanziert und mit Personal ausgestattet sowie gebührenfrei bereitgestellt.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Beitragsfreie Krippen, Kindergärten und Horte mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten.
- Gebührenfreie, qualitative und warme Mittagsverpflegung an allen Kitas, möglichst aus regionaler Herkunft.

- Eine Modernisierung der Kita-Ausstattung und eine Sanierung der vorhandenen Bausubstanz, um allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Startchancen zu ermöglichen.
- Ein Landesprogramm zum Ausbau von Krippenplätzen mit Ganztagsangeboten und eine konsequente Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Platz in der Kita.
- Einen besseren Betreuungsschlüssel für Krippen, Kindergärten und Horte: maximal vier Kinder im Alter bis zu drei Jahren und maximal acht Kinder im Alter bis zu sechs Jahren pro Erzieher*in.
- Die Ausbildung zu Erzieher*innen als Praxisintegrierte Ausbildung (PiA), sodass sich Schulunterricht und Praxiseinheiten abwechseln und eine Ausbildungsvergütung bezahlt wird wie in der dualen Ausbildung. Die Auszubildenden sollen nicht auf den Fachkräfteschlüssel angerechnet werden. Für die Praxisanleitung müssen ausreichend Wochenstunden zur Verfügung gestellt werden (mind. fünf Wochenstunden pro Azubi).
- Den Ausbau und Umbau von Kitas zu inklusiven Regelkitas mit entsprechender Raumausstattung und -gestaltung sowie ausreichender Personalausstattung, so dass alle Kinder mit ihren individuellen Bedürfnissen und Anforderungen einen Platz in einer Regelkita und damit in der Gesellschaft finden. Inklusion wird als

Querschnittsthema in Ausbildung und Fortbildung verstanden.

- Eine bessere Ausbildung für Tageseltern mit der Perspektive, in den Erzieher*innenberuf zu wechseln. Die Bezahlung muss mindestens dem gesetzlichen Mindestlohn entsprechen.
- Ein Quereinstiegsprogramm mit Praxis- und Theorieanteilen, welches die Qualität der pädagogischen Arbeit langfristig sichert, dem Fachkräftemangel entgegenwirkt und den Quereinsteigenden gute Arbeits- und Lernbedingungen zusichert.
- Ein flächendeckendes medienpädagogisches Weiterbildungsprogramm für Fachkräfte und Eltern, damit unsere Kinder früh lernen können mit neuen Medien umzugehen. Die Digitalisierung von Kitas muss medienpädagogisch begleitet und ausgewertet werden.
- Ausreichende Möglichkeiten für Erzieher*innen, sich für Weiterbildungsveranstaltungen freustellen oder diese anrechnen zu lassen: Eine vorurteilsbewusste und diskriminierungsfreie Pädagogik kann nur gelingen, wenn den Fachkräften in Ausbildung und Beruf die Gelegenheit zur Qualifikation gegeben wird.

Schule – gemeinsam und demokratisch lernen

DIE LINKE steht für das gemeinsame Lernen aller Schüler*innen. Unser zentrales Ziel ist Bildungsgerechtigkeit. Das nach unterschiedlichen

Schulformen gegliederte Schulsystem wollen wir in diesem Sinne weiterentwickeln: Unser Leitbild ist die Integrierte Gesamtschule, sie akzeptiert alle Kinder und Jugendlichen wie sie sind. An ihr sind alle Abschlüsse erreichbar und der Bildungserfolg ist nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Wir wollen eine demokratisch organisierte Schule mit umfassenden Mitspracherechten der Schüler*innen und der Beschäftigten. Durch Ganztagsangebote wollen wir das enge Unterrichtskorsett entzerren, der Stress soll aus dem Schulalltag verschwinden, für die Beschäftigten wie für die Schüler*innen. Hausaufgaben werden überflüssig, weil die schulische Bildung in der Schule bleiben soll und für die Freizeit Sport, Kultur und Freund*innen Vorrang haben sollen. Dafür wollen wir die Schulbildung aus dem von der Landesregierung verordneten Winterschlaf erwecken. Der Mangel an Lehrkräften, Sozialarbeitenden, Therapeut*innen und technischem Personal muss beendet werden. Das Sparen an der Bildung muss ein Ende haben! Das Lehrpersonal muss die Diversität unserer Gesellschaft widerspiegeln, so muss zum Beispiel der Anteil an Lehrkräften mit Migrationshintergrund erheblich vergrößert werden. Die Unterrichtsinhalte bedürfen ebenso einer Weiterentwicklung: Die Kolonialgeschichte muss genauso wie Migration und Flucht Bestandteil des Lehrplanes werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Eine Einstellungsoffensive für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen, Therapeut*innen und technisches Personal – in einem ersten Schritt muss der tatsächliche Bedarf an Personal eingestellt werden. Das bedeutet landesweit mindestens 7.500 Lehrkräfte. Durch weitergehende Einstellungen wollen wir die Klassen deutlich verkleinern.
- Eine deutliche Anhebung der Ausbildungskapazitäten für Lehrkräfte.
- Ein Quereinstiegsprogramm, welches langfristig eine hohe Qualität des Unterrichts sichert, dem Fachkräftemangel entgegenwirkt und den Unterrichtsausfall verringert. Die Quereinsteigenden brauchen gute Arbeits- und Lernbedingungen – dazu gehört auch ein gutes Einkommen während der Ausbildung bzw. Umschulung.
- Die Umstrukturierung der Lehramtsausbildung: Die zweiphasige wird durch die einphasige Ausbildung ersetzt. Die berufspraktischen Anteile wollen wir in die universitäre Ausbildung integrieren. Zudem wollen wir Lehrkräfte nicht mehr nur für bestimmte Schulformen ausbilden. Lehrkräfte müssen alle Schüler*innen eines bestimmten Altersspektrums unterrichten können.
- Eine Anhebung der Bezahlung der Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und Realschulen auf A13/E13.
- Das Angebot einer Vollzeitstelle

für alle Beschäftigten an Schulen. Teilzeitverträge sollen nur zustande kommen, wenn die*der Beschäftigt*e es wünscht.

- Die Entlastung aller Lehrkräfte durch eine neue Arbeitszeitverordnung. Sie muss Zeit vorsehen für das Arbeiten in multiprofessionellen Teams und für Weiterbildungsmöglichkeiten.

- Ausreichend ausfinanzierte Ganztagsgrundschulen, die auch in den Ferien als Schulhorte eine Betreuung anbieten. Das Recht auf einen Ganztagsgrundschulplatz ab 2026 darf nicht zu einem Billigmodell werden.

- Gebührenfreie, kindgerechte und gesunde Mittagsverpflegung aus regional angebauten Lebensmitteln an allen Schulen.

- Kostenlose Lern- und Lehrmittel für Schüler*innen und Beschäftigte.

- Eine Anhebung des Schulbudgets zur auskömmlichen Finanzierung von Klassenfahrten und Fortbildungen.

- Perspektivisch die Integrierte Gesamtschule als alleinige Schulform. Bis dahin sollen auch im gegliederten Schulsystem Abschlusungen und Sitzenbleiben die absolute Ausnahme sein.

- Die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenkonvention: Bis zur Einführung der IGS (Integrierte Gesamtschule) als alleinige Schulform müssen sich alle Schulformen in gleichem Umfang an der Inklusion beteiligen.

- Eine bessere Ausstattung und kleinere Klassen insbesondere für Schulen in herausfordernden Umgebungen. Dafür wollen wir einen Sozialindex einführen, aus dem sich Ressourcen für die Schulen nach unterschiedlichen Bedarfen ableiten. „Ungleiches muss ungleich“ behandelt werden, um der gegebenen strukturellen Benachteiligung entgegenzuwirken.

- Eine gebührenfreie Schüler*innenbeförderung – auch für die SEK II.

- Demokratisch und direkt gewählte Schüler*innen-Räte und Schüler*innen-Vertretungen an jeder Schule, auch an den Grundschulen, und die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten an Schulen.

- Eine Digitalisierung an Schulen, die nach pädagogischen Maßstäben ausgerichtet ist. Die rein technische Ausstattung macht noch lange keine Digitalisierung. Es benötigt dafür ausreichend technisches Personal. Für die Umsetzung und Etablierung medienpädagogischer Konzepte braucht es Zeit für die Beschäftigten. Das kann nicht einfach nebenbei und oben drauf gestemmt werden.

- Die Anerkennung der Sprachenvielfalt unter Schüler*innen und gezielte Förderung dieses Potentials. Vielsprachigkeit soll als grundlegendes Strukturelement der schulischen Bildung verankert werden.

- Die Förderung von herkunftssprachlichem Unterricht für alle

Kinder und Jugendlichen. Für viele Schüler*innen ist Deutsch eine Fremdsprache, die sie lernen müssen. Herkunftssprachlicher Unterricht ist ein Schlüssel dafür, um über das fundierte Erlernen der ersten Sprache einen viel besseren Zugang zu weiteren Sprachen zu bekommen. Der herkunftssprachliche Unterricht verhindert die kulturelle Abwertung der eigenen Sprache.

■ Eine viel stärkere Orientierung der Studentafeln und Lerninhalte am lebenspraktischen Unterricht. Inhalte und Fächer müssen unabhängig von unternehmerischem Einfluss bleiben. Inhalte und Lernformen müssen sich an den Zielen Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit orientieren.

■ Ein Verbot des Sponsoring durch Unternehmen.

■ Banken raus aus den Schulen!
Keine Zusammenarbeit mit Banken im Wirtschaftsunterricht!

■ Kein Werben für das Sterben – Bundeswehr raus aus den Schulen!

Ausbildung – alle brauchen einen Platz

DIE LINKE will allen Jugendlichen eine Ausbildung ermöglichen – kostenfrei, den persönlichen Neigungen entsprechend und qualitativ hochwertig. Die berufliche Bildung soll dabei nicht schlechter dastehen als ein Bachelorstudium. Durch die Verankerung von Qualitätskontrollen und bessere Freistellungsmöglichkeiten

für betriebliche Ausbilder*innen wird die Ausbildungsqualität für Lehrende und Lernende verbessert. Neben der mangelnden Anzahl an Ausbildungsplätzen stimmt oft auch die Qualität nicht: Ein Viertel der Azubis ist mit der Ausbildung unzufrieden, bei den Berufsbildenden Schulen ist es sogar fast jede*r zweite. Die psychische Belastung, bedingt durch zu hohe Anforderungen und schlechte Ausbildungsbedingungen, nimmt bereits in der Ausbildung zu. Alle Jugendlichen haben aber ein Anrecht auf einen guten Anschluss nach dem Schulabschluss, am besten an der Hochschule oder in der Dualen bzw. vollzeitschulischen Ausbildung; bei Bedarf gibt es zusätzliche Qualifikationsangebote, die zu einer Ausbildung führen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

■ Wer nicht ausbildet, soll zahlen: Es muss eine Umlagefinanzierung eingeführt werden, bei der Betriebe, die nicht ausbilden, eine Abgabe zahlen, die ausbildungswilligen Kleinunternehmen zugutekommt.

■ Wer keinen Ausbildungsplatz bekommen hat, erhält ein Angebot für eine vollzeitschulische oder außerbetriebliche Ausbildung an qualifizierten Ausbildungsstätten und die Möglichkeit auf Förderung durch das Schüler*innen-BAföG. Ziel der Ausbildung ist zudem, im zweiten Jahr möglichst in die betriebliche Ausbildung zu wechseln.

■ Eine optimale schulische und betriebliche Ausbildung. Dazu sollen die Stellen in den Berufsschulen ausgebaut werden, sodass Azubis mindestens zwei Mal in der Woche für sechs Stunden unterrichtet werden können. Gleichzeitig müssen die Kapazitäten der betrieblichen Ausbilder*innen gestärkt werden.

■ Einen Mindestlohn für Azubis sowie eine Aufwandsentschädigung für Praktikant*innen.

■ Den Ausbau der Volkshochschulangebote mit kostenfreien Kursen für Menschen mit geringem Einkommen, insbesondere im Bereich der beruflichen Fortbildung.

■ Die finanzielle Stärkung öffentlicher Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen, Bibliotheken, Musikschulen und anderer Kultureinrichtungen.

■ Bessere Arbeitsbedingungen an Volkshochschulen und Musikschulen: Feste Arbeitsverträge statt „Honorarverträge“!

■ Weiterbildungsangebote und Kultureinrichtungen mit Sozialtarifen bis hin zum kostenfreien Eintritt, die für alle zugänglich sind.

■ Ein günstiges Azubi-Ticket für den gesamten Nahverkehr in Niedersachsen.

Hochschulen – ausfinanziert, demokratisch und mit guten Arbeitsbedingungen

DIE LINKE. Niedersachsen steht für demokratische und soziale Hoch-

schulen, die in der Wissenschaft und Bildung dem Allgemeinwohl dienen. Demokratische Teilhabe aller Statusgruppen, Transparenz, die Überwindung von Diskriminierung jeglicher Art, die Sicherung der Durchlässigkeit im Bildungssystem, Lehre und Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung und eine hohe Qualität von Studium und Lehre, welche zur Mündigkeit anregen, sowie gute Studien- und Arbeitsbedingungen sind die entscheidenden Ziele, an denen wir die Hochschulpolitik messen. Hochschulen befinden sich seit Jahren in weitreichenden, betriebswirtschaftlich geprägten Veränderungsprozessen. Das so genannte Prinzip der unternehmerischen Hochschule soll Studierende zu Kunden machen, Lehre zu einer am Arbeitsmarkt ausgerichteten Dienstleistung und Hochschulen zu undemokratischen Unternehmen. Durch eine massive Unterfinanzierung sollen Hochschulen wie Unternehmen um Gelder konkurrieren, welche oft von privaten Geldgeber*innen kommen. Die Folgen sind Befristung, prekäre Arbeits- und Studienbedingungen sowie die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit durch Orientierung auf Profitinteressen. Nur mit ausfinanzierten Hochschulen lässt sich gute Arbeit in der Wissenschaft erreichen!

DIE LINKE setzt sich ein für:

■ Einen massiven Ausbau der Grund-

finanzierung, der einhergeht mit einem Entfristungsprogramm für die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen: „Dauerstellen für Daueraufgaben“.

■ Verbindliche Mindeststandards für gute Arbeit an Hochschulen: Schluss mit den Kurzzeitverträgen; Schluss mit den Kettenbefristungen!

■ Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, z.B. durch eine Reduzierung der Arbeitsbelastung: Gute Wissenschaft braucht ausreichend Personal.

■ Einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud). Bei einem Scheitern der bundesweiten Tarifverhandlungen wird sich die LINKE für die Aushandlung eines niedersächsischen Tarifvertrags einsetzen.

■ Eine Demokratisierung der Hochschulen durch Viertelparität in den Gremien sowie im akademischen Senat mindestens dort, wo es verfassungsrechtlich unbedenklich ist: Hochschulräte sind für die Beratung da, nicht für die Entscheidungsfindung.

■ Die Rechte der Personalräte an den Hochschulen dürfen nicht hinter denen in den anderen Bereichen der Hochschulverwaltung zurückstehen.

■ Eine Modernisierung der Infrastruktur und die Finanzierung von längst überfälligen Maßnahmen im Hochschulbau.

■ Ein Ende der Exzellenzinitiative: Flächendeckende, bedarfsgerechte und nicht wettbewerbsorientierte Ausfinanzierung für alle Studenten-

werke und für alle Hochschulen statt einzelner elitärer Leuchtturmprojekte.

■ Den bedarfsgerechten Ausbau der Studienplätze an allen niedersächsischen Hochschulen und einen offenen Hochschulzugang.

■ Keine weiteren Stiftungshochschulen. Stattdessen muss es ein Rückkehrprogramm für die bestehenden Stiftungen geben.

■ Einen freien Zugang und die kostenlose Bereitstellung aller Veröffentlichungen, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden (Open Access).

■ Die Offenlegung aller Drittmittelgeber im Sinne einer vollständigen Transparenzklausele.

■ Einen Stopp der Rüstungsforschung, gesetzlich verankerte Zivilklauseln und den Ausbau von Friedensforschung.

■ Bundeswehr raus aus den Hochschulen und Universitäten!

Studium – Bildung mündiger

Menschen ohne soziale Hürden

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass ein Studium frei von wirtschaftlichen Zwängen und finanziellen Nöten absolviert werden kann. Die Studierenden werden nicht als zu formende Humanressourcen behandelt, sondern als vollwertige Mitglieder der Hochschule. Der Einfluss von Wirtschaft und Lobbygruppen auf die Lehre ist zurückzudrängen. Das Studium muss so gestaltet sein, dass

Lehrende und Lernende ausreichend Zeit für Diskussion und Erkenntnisprozesse haben. Die soziale Herkunft sollte kein Kriterium für den individuellen Bildungserfolg sein. Die LINKE setzt sich dafür ein, die BAFöG-Förderquote von derzeit 11% deutlich zu steigern. Die Bedingungen, unter denen das Studium derzeit stattfindet, sind katastrophal. Leistungsdruck, Notenwahn, Regelstudienzeit, Konkurrenz zwischen Studierenden und die Langzeitstudiengebühren sind unzumutbar. Dies alles führt zu miserablen Lehr- und Lernbedingungen, in denen Studierende durch Lernstress und finanzielle Sorgen krank werden. Für DIE LINKE möchte dem Studium hingegen Zeit und Raum bieten, in denen Motivation, Neugier und Freude am Lernen ohne Zwang und Konkurrenz nachgegangen werden kann. Hochschulen sind Orte, in denen die Erfahrungen der Menschheit aus einem reichhaltigen kulturellen und wissenschaftlichen Erbe geschöpft werden können: Orte, um sich diese Welt gemeinsam wissenschaftlich anzueignen, Wissen zu mehren und seine Persönlichkeit weiterzuentwickeln im Sinne einer friedlichen und sozialen Gestaltung unserer Gesellschaft.

DIE LINKE setzt sich ein für:

■ Die Abschaffung aller Gebühren – einschließlich des Verwaltungs-kostenbeitrags und der Langzeitstu-

diengebühren – sowie eine bedarfsdeckende, elternunabhängige und staatliche Ausbildungsfinanzierung.

■ Eine Bundesratsinitiative für ein bedarfsgerechtes und elternunabhängiges BAFöG als ersten Schritt hierzu.

■ Die Abschaffung von verschulden Studiengängen zugunsten der Einführung von Studiengängen mit selbstbestimmtem Lernen.

■ Die stärkere Öffnung der Hochschulen für Menschen ohne Abitur, nicht nur auf dem Papier durch das Angebot von Brückenkursen, sondern auch verankert im Selbstverständnis jeder Hochschule und gestärkt durch öffentliche Förderprogramme.

■ Eine stärkere Unterstützung von Arbeiterkindern („First-Generation Studierende“) und der von Diskriminierung betroffenen Menschen an Hochschulen durch öffentliche Förderprogramme und verpflichtende Informationsangebote an allen Schulformen.

■ Die Öffnung der Hochschulen für Geflüchtete mit entsprechenden Sprachangeboten.

■ Den Nachweis der didaktischen Fähigkeiten als wesentlichen Bestandteil bei der Berufung von Professor*innen und Dozierenden.

■ Die demokratische, aus dem Wissenschaftswesen selbst heraus entstehende Weiterentwicklung und Qualitätssicherung von Studium und Lehre statt des derzeitigen Akkreditierungsverfahrens durch Externe.

- Die vollständige Durchlässigkeit von Bachelor- in Masterstudiengänge. Wer einen Bachelorabschluss macht, erhält einen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz.
- Die Aufhebung der Regelstudienzeit und die wirksame Abschaffung der Anwesenheitspflicht.
- Ein Ende der prüfungsgebundenen Exmatrikulation und des damit verbundenen bundesweiten Studierverbots.

Erwachsenenbildung - Bildung für eine demokratische Gesellschaft

Die Erwachsenenbildung nimmt einen zentralen Stellenwert im Erhalt und dem Ausbau unserer Demokratie sowie in der Gestaltung gesellschaftlicher Umbauprozesse ein. Politische Bildung ist eine wichtige Antwort auf die zunehmenden antidemokratischen Angriffe. Die niedersächsische Erwachsenenbildungslandschaft ist mit ihren noch 57 Volkshochschulen, 23 Heimvolkshochschulen und 7 Landesbildungseinrichtungen einzigartig in der Bundesrepublik. Die Qualität und Flexibilität, mit der wohnortnah auf gesellschaftliche Bildungsbedarfe in der Breite eingegangen werden kann, ist ein bildungspolitisches Pfund, das erhalten und ausgebaut werden müsste. Das Gegenteil ist der Fall: Im Zeitraum von 2000 bis 2019 müssen wir einen Realrückgang der Basis-Finanzhilfe für die Erwachsenenbildung in Niedersachsen von knapp 30 % (über 13 Mio.) feststellen.

Die Beschäftigten in diesem Bereich arbeiten immer öfter unter prekären Bedingungen, häufig ohne feste Anstellung und tarifliche Bezahlung. Die Erwachsenenbildung darf nicht ökonomischem Druck und vermeintlichen Sachzwängen geopfert werden. Allgemeine, berufliche, politische und kulturelle Erwachsenenbildung sind eine wesentliche Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und Honorarkräfte müssen daher an diejenigen des öffentlichen Dienstes angepasst, der ganze Bereich muss ausgebaut werden und darf nicht weiter veröden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die deutliche Aufstockung der Finanzhilfe nach dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG § 5, §6, §7) mindestens um das Doppelte, d.h. auf 100 Mio. Euro.
- Eine Förder- und Vergabep Praxis, die gute Arbeitsbedingungen sicherstellt, indem sie an die vollumfängliche Anwendung der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes und die Einrichtung von Dauerstellen geknüpft wird (Tariftreue bei der öffentlichen Auftragsvergabe).
- Eine höhere Entlohnung der Beschäftigten und Honorarkräfte, entfristete Stellen und Qualifizierungsmöglichkeiten, auch um zukünftig Menschen für die Arbeit in der Erwachsenenbildung zu gewinnen.

- Honorare für Honorarkräfte, die sich mindestens nach dem umgerechneten Lohnniveau der Festangestellten richten und einen Aufschlag in Höhe von 20% beinhalten, um damit Geschäftsrisiken wie Krankheit oder kurzfristige Absagen abzudecken.
- Die Errichtung eines Unterausschuss für Erwachsenenbildung im niedersächsischen Landtag, in dem die Akteur*innen aus der Weiterbildung in Fachfragen beratend hinzugezogen werden können, denn die Bedeutung der Erwachsenenbildung entspricht nicht ihrer Repräsentanz im niedersächsischen Landtag.

Kinder- und Jugendarbeit

Junge Menschen verbringen einen Großteil ihrer Zeit in Organisationen, die außerhalb der schulischen Bildung liegen – wie Sportvereine, Jugendverbände oder Jugendzentren. Sie engagieren sich in Vereinen und haben Freundschaftsnetzwerke. Gerade der Grundsatz der Freiwilligkeit dieses selbstbestimmten und selbstorganisierten Bildungsbereichs besitzt für Jugendliche einen besonderen Reiz und Stellenwert, in der besonderen Phase der Ablösung von der Familie. Hier können Jugendliche ohne Sanktionsdruck, selbstbestimmt, erfahrungs- und bedürfnisorientiert miteinander lernen. Die Angebote für eine offene Jugendarbeit in der Fläche sind verschwindend gering, weil sie als so genannte

freiwillige Leistung von den Kommunen bezahlt werden müssen. So fehlen dort außerhalb des bewundernswerten freiwilligen Engagements in sozialen Einrichtungen, Feuerwehr, Kirche und Sportverein Orte, die Jugendliche aufsuchen können, die sich nicht in den traditionellen Strukturen wiederfinden wollen. Jugendliche aller Altersstufen und von verschiedener Herkunft bilden in den Jugendverbänden und -zusammenschlüssen Sympathie- und Neigungsgruppen, die es innerhalb der Schule in dieser Vielfalt nicht gibt. Es werden wichtige soziale Erfahrungen im Umgang miteinander gemacht. Die Jugendverbandsarbeit bietet auch einen Schutzraum für Jugendliche, in dem sie niedrigschwellig und von Erwachsenen unbewertet Probleme, jugendrelevante und -spezifische Themen ansprechen können, wie es in anderen Bildungsräumen kaum möglich ist.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Eine stärkere institutionelle Förderung der Träger der außerschulischen Jugend- und Jugendverbandsarbeit. Die gezielte Förderung von Projekten ist ein wichtiges ergänzendes Instrument, darf jedoch die institutionelle Förderung weder schwächen noch ersetzen.
- Die Förderung offener Jugendarbeit in den Kommunen, und zwar auch durch eine anteilige Landesfinanzierung von qualifiziertem Perso-

nal: Mehr Jugendfreizeitstätten!

- Eine Erhöhung der Zahl hauptamtlich Beschäftigter in der Jugendarbeit, auch um damit ehrenamtliches Engagement in Jugendverbänden zu unterstützen und von administrativem und bürokratischem Ballast zu befreien.

- Die Stärkung der Jugendsozialarbeit und die gezielte Förderung von Programmen und Modellprojekten für besonders benachteiligte Jugendliche (etwa bei Armut, Obdachlosigkeit, Drogenmissbrauch und beim Übergang von der Schule in den Beruf).

- Die gezielte Ansprache und Förderung ausgegrenzter Jugendlicher mit Migrationsgeschichte durch integrative Angebote.

- Die stärkere Einbindung von Jugendlichen in die Politik, z.B. durch mehr unabhängige Jugendparlamente und Jugendräte.

- Mehr Freiräume für Jugendliche. Deshalb müssen Freiflächen zur Verfügung gestellt werden, z.B. durch die Förderung öffentlicher Bolzplätze, Graffitiflächen, Skater- und Streetballanlagen, Basketballplätzen und Proberäumen.

- Den Ausbau öffentlicher Freizeitangebote insbesondere in Gebieten mit sozialen Brennpunkten.

- Die finanzielle Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendarbeit durch Jugendfördersatzungen, die es Jugendverbänden und Gruppen erlauben, große Teile ihrer Kosten

erstattet zu bekommen.

- Die Förderung der eigenständigen Vertretung von Jugendverbänden durch die finanzielle und personelle Förderung von Kreis- und Stadtjugendringstrukturen.

Kinder- und Jugendpartizipation

Kinder und Jugendliche wollen nicht nur befragt werden, sie wollen teilhaben, mitwirken, wirklich mitbestimmen und nicht nur Zuschauer sein bei den Entscheidungen über ihre Belange. Sie brauchen selbstorganisierte Freiräume, um sich zu entwickeln, echte Mitbestimmung und das Zutrauen, um sich in die Gesellschaft einbringen zu können. Die derzeit diskutierten und bereits in der Umsetzung befindlichen Versuche, Kinder und Jugendliche einzubeziehen, gehen über Informieren sowie Wunsch- und Problemabfragen nicht hinaus. Wirkliche Beteiligung braucht aber einen verstetigten und wirkmächtigeren Rahmen als das unverbindliche „Wünsche und Kritik äußern“, bei dem dann letztlich die Verantwortung und Wirkmächtigkeit weiterhin bei den Handelnden aus „Politik“ und Verwaltung bleibt.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Den Einbezug der Jugendlichen in die Verwaltung von Jugendfreizeiteinrichtungen bis hin zur Selbstverwaltung.

- Den Aufbau und die Unterstützung

von Jugendparlamenten, -räten und -foren, welche in jugendrelevante Themen mit Entscheidungsbefugnissen eingebunden werden müssen.

- Die Einrichtung von Jugendbudgets, über deren Verwendung allein Jugendliche entscheiden.

- Mehr Mitsprache in Jugendhilfeausschüssen.

- Die Senkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 14 Jahre.

- Die Schaffung von Jugendräumen, in denen die jungen Menschen sich treffen und Zeit verbringen können.

Kinderarmut bekämpfen

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft einer jeden Gesellschaft. Doch leider sind ihre Entwicklungschancen stark von den finanziellen Rahmenbedingungen ihrer Eltern vorbestimmt. Die Armut und die damit verbundenen prekären Lebensbedingungen führen zur Erfahrung von sozialer Diskriminierung schon im frühesten Alter. Mit der Einführung von Hartz IV ist die Armut von Kindern und Jugendlichen auf Rekordniveau angestiegen. In Niedersachsen leben rund 200.000 Kinder und Jugendliche in Armut. Auch die gegenteilige Erfahrung von Privilegierung durch Herkunft gefährdet die soziale Entwicklung und fördert Elitedenken. Wir wollen das Recht der Kinder auf soziale Entwicklung zur Geltung bringen. Kinder brauchen unabhängig vom Einkommen der Eltern gleiche

Entwicklungschancen. Deshalb muss auch die Bekämpfung von Familienarmut im Zentrum einer präventiven Kinder- und Jugendpolitik stehen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die verstärkte Unterstützung der im sozialen Bereich tätigen demokratischen Selbsthilfeinitiativen.

- Die Gewährleistung ausreichender kostenloser Hausaufgaben- und Nachhilfeangebote.

- Die gezielte Förderung von pädagogischen Kompetenzen der Eltern.

- Mehr Informationen für arme Familien mit Kindern über schon bestehende Unterstützungsleistungen.

- Stadt- und Landkreis erstellen und veröffentlichen zusammen mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden jährlich einen Armutsbericht unter besonderer Berücksichtigung der Kinderarmut.

- Die Kommunen müssen die bisher in Deutschland nicht im Grundgesetz verankerte UN-Konvention über die Rechte von Kindern anerkennen.

- Kostenfreies und vollwertiges Mittagessen in allen Bildungseinrichtungen.

Wohnen ist ein Menschenrecht – Eine Wohnung für alle statt Profite für wenige

DIE LINKE fordert eine Umorientierung der Wohnungspolitik, die an den realen Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist. Das Recht auf Wohnen wird durch die europäische Sozialcharta formuliert und ist ein unumstößliches Grundrecht. Daher dürfen Wohnungen nicht wie andere Waren auf dem Markt frei gehandelt und dem Profitinteresse überlassen werden. Der Verlust der Wohnung stellt eine existenzbedrohende Situation dar, die mit allen Mitteln zu verhindern ist. Selbst in der Niedersächsischen Verfassung (Artikel 6a) steht, dass das Land seine Bevölkerung angemessen mit Wohnraum versorgen muss. Die Durchsetzung dieses Menschenrechtes auf Wohnung wird von den Regierungen auf allen Ebenen verhindert - wir brechen mit einer Politik, die Menschenrechte missachtet. DIE LINKE wird die Wohnungslosigkeit bis 2030 beenden.

Geringverdienende und Leistungsbezieher werden aus den Städten und ihren Speckgürteln verdrängt. Es fehlen barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Behinderungen und für Senior*innen, Großwohnungen für kinderreiche Großfamilien und Kleinwohnungen für allein Lebende und Studierende. In weiten Teilen Niedersachsens wurde

der Anstieg der Mieten durch die bisherige Landespolitik nicht aufgehalten. Wir werden dafür sorgen, dass die eigene Wohnung nicht mehr zur Schuldenfalle wird. Hierfür sind die Kosten der Unterkunft im Sozialrecht flächendeckend anzupassen und zu erhöhen. Angesichts grassierender Inflation sind hierbei Versorgungs- und Energiekosten besonders zu berücksichtigen. Miet-, Versorgungs- und Energieschulden, die den Erhalt der Wohnung bedrohen, sind von einem zu schaffenden Landesozialfonds zu übernehmen.

Der Bedarf an dringend benötigtem, günstigem Wohnraum nimmt gerade in den Ballungszentren Niedersachsens weiter zu. Die Sozialwohnungen sind aber konstant abgebaut geworden. Waren es 2018 noch 82.496, sind es jetzt nur noch 60.200 - ein Rückgang von über 25% in nur vier Jahren! Ursache dieser katastrophalen Entwicklung ist die arrogante Politik der rot-schwarzen Koalition in Niedersachsen, die sich nicht um die Mehrheit der Menschen im Land schert – erst recht nicht um die Wohnungs- und Obdachlosen. Der DGB Niedersachsen hat berechnet, dass bis 2030 mindestens 40.000 neue, landeseigene Sozialwohnungen nötig sind - diese werden wir schaffen!

Bodenspekulation ist zu einer Goldgrube für leistungsloses Einkommen geworden und hat zu einer besonderen Vermögenskonzentration in der Hand einer kleinen, reichen Oberschicht geführt. Gestiegene Bodenpreise sind zugleich Preistreiber für immer höhere Mieten. Das kommunale Vorkaufsrecht für Bauland muss erweitert werden; Kommunen müssen das Bauland selbst nutzen oder in Erbpacht vergeben.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Den Neustart des sozialen Wohnungsbaus gegen die Knappheit von Wohnraum.
- Den Start einer Wohnungsbauoffensive mit einer Landeswohnungsbauengesellschaft - wir schaffen 40.000 Wohnungen bis 2030 in Niedersachsen!
- Die grundsätzlich barrierefreie Gestaltung neugebauter Wohnungen, damit Menschen auch im hohem Alter dort wohnen bleiben können.
- Die Schaffung eines neuen, nicht profitorientierten Sektors der Wohnungswirtschaft. Dazu soll eine neue Landeswohnungsbauengesellschaft beitragen.
- Die Förderung kommunaler Wohnungsbauengesellschaften und genossenschaftlichen Wohnens.
- Die Berücksichtigung klimagerechter Anforderungen beim Wohnungsneubau.
- Die Einführung der vom Bundesge-

setzgeber bereitgestellten Mietpreisbremse in allen niedersächsischen Städten, auch wenn dieses Instrument ziemlich schwach ausgestaltet ist.

- Eine Bundesratsinitiative für ein neues Bundesgesetz, das es dem Land oder den Kommunen erlaubt, einen Mietpreisdeckel einzuführen.
- Die sofortige Einführung der Grundsteuer C, die das spekulative Nichtbebauen von baureifen Grundstücken und spekulativen Leerstand erfasst um die Bodenspekulation als Preistreiber zu bekämpfen. Die Einnahmen daraus dürfen nicht zu Lasten der übrigen Grundsteuereinnahmen der Kommunen gehen.
- Das Verbot spekulativen Leerstands.
- Die systematische Erfassung und Verpflichtung der Vermieter*innen zur Belegung von Leerstand. Ersatzweise soll Leerstand durch Kommunen belegt werden.
- Die Vergabe öffentlicher Flächen in Erbpacht zur Verhinderung von Grundstücksspekulationen und die Angleichung des Erbpachtzins an die Situation auf dem Wohnungsmarkt.
- Eine Bundesratsinitiative für einen Planungswertausgleich, mit dem leistungslose Planungsgewinne durch Höherbewertung von baureifen Grundstücken abgeschöpft werden können.
- Die Enteignung von Wohnungskonzernen und lokalen Oligarchen, die ihre Marktmacht schamlos aus-

nutzen, um die Mieten nach oben zu treiben, nach Art. 15 des Grundgesetzes.

■ Eine Nachschärfung des Zweckentfremdungsgesetzes und der Mieterschutzverordnung durch Einführung der Ersatzvornahme bei sozialwidrigem Verhalten des Vermieters.

Negative wirtschaftliche Folgen für den Vermieter dürfen kein Argument sein, notwendige Instandsetzungen zu unterlassen.

■ Sozialtarife für Energie und Wasser/Abwasser statt Sonderpreisen für Unternehmen.

■ Verbot von Sperren der Grundversorgung mit Wasser, Gas und Strom.

■ Einrichtung eines „Wohnsozialfonds“ zur Übernahme von Energie- und Versorgungsschulden.

■ Die Stärkung der Rechte von Mieter*innen über den Bundesrat.

■ Mieter*innenschutz überall: Beratungsstellen für Wohnungsnotfälle

wollen wir ausbauen und langfristig finanzieren.

■ Die Bereitstellung einer Wohnung für alle Wohnungslosen nach dem Konzept „Housing First“ für den Kampf gegen Wohnungslosigkeit.

■ Die Nutzung der landespolitischen Spielräume für eine Verbesserung des Mieter*innenschutzes z.B. durch Ausdehnung der Mieterschutzverordnung auf alle Gemeinden und Städte mit angespanntem Wohnungsmarkt.

■ Ein Mieter*innenstrommodell, das auf dezentrale Energieversorgung setzt und allen Mieter*innen eine ökologische Energieversorgung ohne Mehrkosten garantiert. Die energetische Sanierung darf nicht von Mieter*innen bezahlt werden müssen!

■ Den Schutz von Siedlungshäusern, die über das Erbbaurecht gebaut wurden. Die Klosterkammer darf ihr Eigentumsrecht nicht missbrauchen!

Verkehrswende sozial und klimagerecht umsetzen!

Mobilität im Alltag ist das Zurücklegen von Wegen um Ziele zu erreichen. Teil einer sozial verträglichen Verkehrspolitik ist daher auch eine Wohnungs- und Strukturpolitik, die es ermöglicht, alltägliche Wege kurz zu halten. Gleichzeitig ist Mobilität Voraussetzung für Bewegungsfreiheit und Teilhabe am gesellschaftlichen

Leben. Daher ist Mobilität für uns ein Grundrecht. Doch seit Jahren stagniert der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Niedersachsen und die letzten Landesregierungen haben daran nichts geändert. Wer auf dem Land lebt, kommt oft nicht um das Auto herum. Vor allem nachts stellt sich für viele Personen die Frage, wie

sie von der Schicht oder der Party sicher nach Hause kommen. Das ist eine große Herausforderungen und muss sich ändern! Ein gut ausgebauter und taktstarker Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) bietet Pendler*innen, Tourist*innen, Studierenden, Auszubildenden, Schüler*innen, jüngeren und älteren Menschen in Stadt und Land, lokal und überregional, die Chance, nachhaltig, ökologisch und barrierefrei mobil zu sein. Deshalb wollen wir den ÖPNV massiv ausbauen und allen Menschen die Fahrt einfach und unentgeltlich anbieten. Dann erreicht der ÖPNV auch Menschen, die bisher auf das Auto angewiesen sind. Ein gut ausgebauter ÖPNV zum Nulltarif, emissionsarm, vernetzt und barrierefrei ist der Kern einer klimagerechten und sozialen Verkehrswende!

Öffentlicher Nahverkehr für alle zum Nulltarif

Bei der Stadt- und Verkehrsplanung müssen die Sicherheits- und Mobilitätsinteressen von Fußgänger*innen, Radfahrenden und ÖPNV realisiert werden. Wer mehr Lebensqualität in der Stadt will, muss bei der Straßengestaltung ansetzen, damit Menschen sich gerne draußen aufhalten und fortbewegen.

Wir setzen uns für kurze Wege zwischen den Orten von Wohnen, Versorgung, Freizeit, Arbeit und

Bildung, sowie für eine fuß- und fahrradfreundliche Siedlungsstruktur ein. Wir treten ein für intelligente und vernetzte Systeme, für Busse und Bahnen in höchster Qualität, die für alle erschwinglich sind, sowie für attraktive, sichere Fuß- und Radwege, kurz: für lebenswerte Städte und Dörfer. Ein öffentlich organisiertes und deutlich verbessertes Netz im ÖPNV ist der Schlüssel dafür, künftig mehr Lebensqualität zu ermöglichen.

Im ländlichen Bereich ist der Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel erheblich schwieriger, weil die öffentliche Verkehrsinfrastruktur systematisch ausgedünnt wurde und oft nur noch in Ansätzen existiert. Deshalb braucht es nachhaltiges Programm zum Ausbau des ÖPNV in der Fläche mit mehr Buslinien, gegebenenfalls mit kleineren Bussen oder Sammeltaxen, kürzeren Taktzeiten und der Reaktivierung von Bahnstrecken, um ländliche Regionen für den ÖPNV zu erschließen. Denn nur mit einer attraktiven Alternative zum Auto kann die Verkehrswende in ländlichen Räumen gelingen. Für die Planung attraktiver Netze und Takte müssen Bürger*innen frühzeitig in deren Planung einbezogen werden.

Um mehr Menschen zu motivieren, auf Bus und Bahn umzusteigen und Klimaziele zu erreichen, müssen deutlich mehr Kapazitäten im öffentli-

chen Verkehr und viele neue Stellen mit guten Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Sozial gerecht ist eine klimagerechte Verkehrswende aber nur, wenn sie auch für alle erschwinglich ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der ÖPNV für alle kostenfrei wird, oder zumindest das 9-Euro-Ticket in Niedersachsen verstetigt wird. Dafür müssen erhebliche Landes- und Bundesmittel bereitgestellt werden. Erste Schritte auf Landesebene sind die Umwidmung von Finanzmitteln: Weg vom Straßenneubau und der unsinnigen Subventionierung defizitärer Regionalflughäfen, hin zum öffentlichen Verkehr. Eine Nahverkehrsabgabe, die Kommunen von ortsansässigen Unternehmen und Betrieben zum Ausbau des ÖPNV erheben können, muss rechtlich ermöglicht werden. Auf Bundesebene wollen wir u.a. die Finanzmittel für Dienstwagenprivileg und Dieselsubventionen umwidmen und beim nicht mehr benötigten Autobahnneubau Gelder in den Ausbau des ÖPNV umleiten. Statt immer neuer Autobahnen braucht es mehr kommunale, demokratisch kontrollierte Nahverkehrsunternehmen. Um mehr Menschen für die Nutzung des ÖPNV zu begeistern, muss dieser nicht nur erschwinglich, sondern auch deutlich einfacher zu nutzen sein. Statt des bisherigen unübersichtlichen Tarifestrüpps fordern wir die Vereinfachungen der Tarife. Bahn-

höfe und Haltestellen sind auf die Bedürfnisse der Fahrgäste auszurichten und müssen barrierefrei sein. Und die ÖPNV-Beschäftigten brauchen faire Arbeitsbedingungen - tariflich abgesichert und mit ausreichenden Lenk- und Ruhezeiten.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die Einführung eines steuerfinanzierten Nulltarif im ÖPNV. Erste Schritte sind deutlich geringere Fahrpreise.
- Die Bereitstellung einer angemessenen Landes- und Bundesfinanzierung zur Sanierung der ÖPNV-Infrastruktur.
- Eine bessere Vernetzung der einzelnen Verkehrsmittel im ÖPNV. Umsteigewartezeiten sollen auch im ländlichen Raum 15 Minuten nicht überschreiten.
- Die Entlastung der Kommunen zugunsten einer deutlich stärkeren ÖPNV-Landesfinanzierung, u.a. durch Umwidmung von Subventionen für den Auto- und Flugverkehr, Umwidmung von Finanzmitteln für Autobahnen- und Straßenneubau, sowie für Regionalflughäfen.
- Den Erhalt von Bahn und kommunalen Verkehrsbetrieben in öffentlichem Eigentum. Wo möglich, sollen diese wieder dorthin zurückgeführt werden.
- Mehr Linien und kürzere Taktzeiten für Bus und Bahn in ganz Niedersachsen.

- Die Verbesserung von Nahverkehrsangeboten über Gemeinde- und Kreisgrenzen hinaus, besonders in den Tagesrandzeiten und an Wochenenden.
- Einen verpflichtenden ÖPNV-Anschluss für neue, aufkommensstarke Wohngebiete.
- Die Planung einer Verkehrswende mit Mitspracherecht der Bürger*innen von Anfang an.
- Die Einrichtung kostenloser P&R-Plätze sowie gesicherter Fahrradabstellmöglichkeiten an Knotenpunkten, Busbahnhöfen und Bahnhöfen.
- Die Beschäftigung der ÖPNV-Bediensteten in öffentlicher Hand mit tariflich geregelter Bezahlung und angemessenen Lenk- und Ruhezeiten.
- Den barrierefreien Ausbau und die angemessene Beleuchtung aller Haltestellen.
- Den Ausbau von Rufbussen und Anrufsammeltaxen.
- Förderprogramme für elektrische Busse, wie Oberleitungsbusse oder batteriebetriebene Busse mit Schnellladestationen an Haltestellen.

Niedersachsen ist am Zug – Vorrang für die Schiene!

Große Passagierzahlen und Gütermengen können effizient, umweltfreundlich und kostengünstig auf der Schiene transportiert werden. Das macht die Bahn zu einem der wichtigsten Bausteine in einer klimagerechten Verkehrswende,

denn die Schiene hat den geringsten Energie- und Flächenverbrauch. Ein hoher Anteil an Elektromobilität ist praktisch sofort realisierbar. Gesundheitliche Belastungen, Verkehrsinfarkte und Dauerstaus auf Straßen lassen sich durch einen konsequenten Streckenausbau und die Reaktivierung stillgelegter Strecken nachhaltig reduzieren. Gleichzeitig ist der Schienenverkehr ein wirksames Instrument, um sozialverträgliche Beschäftigungsverhältnisse durchzusetzen und Lohndumping und miesen Arbeitsbedingungen in der LKW-Logistik entgegenzuwirken. Die von der EU vorgeschriebene Ausschreibung von Schienenverkehrsleistungen, bei denen sich die Wettbewerber*innen vor allem auf Kosten des Personals unterscheiden können, lehnen wir als unsoziale Wettbewerbsverzerrung durch inakzeptables Lohndumping ab. Zugleich setzen wir uns auf Bundesebene für die vollständige Rückführung der Bahn in eine öffentlich-rechtliche Eigentumsform statt die Führung als profit-getrimmter Aktiengesellschaft ein und wollen das „Rosinenpicken“ privater Anbieter*innen auf lukrative Strecken beenden. Um die staatliche Bahn pünktlich und servicefreundlich zu gestalten, ist mehr gut bezahltes Personal nötig und sind mehr Mitbestimmungsrechte für Gewerkschaften/Betriebsräte und Fahrgastvertretungen einzuräumen. Güter sollen vorrangig auf der

Schiene und auf den Wasserwegen transportiert werden. Dem Land Niedersachsen kommt insbesondere die Aufgabe zu, die Hinterlandanbindung der Nordseehäfen zu verbessern. Die bestehenden Magistralen zwischen Hannover und Hamburg sowie Hannover und Bremen sind bereits jetzt überlastet. Selbstverständlich kommt dafür auch der Bau neuer Trassen in Frage, die Orte erschließen würden, die bislang über keinen Schienennetzanschluss verfügen. Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene erfordert einen deutlichen Ausbau des verkehrsmittelübergreifenden Containerverkehrs. Dafür müssen größere Gewerbegebiete wieder mit Gleisanschlüssen ausgestattet werden. Neue, aufkommensstarke Gewerbegebiete sollen nur noch mit Gleisanschluss genehmigt werden. Wir fordern ferner erste Schritte in Richtung eines öffentlichen und schienengebundenen Güterverkehrs mit Hilfe kommunaler Packstationen und kleinerer Güterbahnhöfe, vor allem im ländlichen Raum. In den Ballungsgebieten sollen die kommunalen Verkehrsbetriebe prüfen, ob und wie Güterverkehre auf die kommunale Schiene verlagert werden können. Dafür ist eine bessere Verknüpfung der überregionalen Bahn mit dem kommunalen Schienennetz nötig.

DIE LINKE setzt sich ein für:

■ Die Verlagerung des Güterverkehrs

auf Schienen und Wasserwege.

- Ein Reaktivierungsprogramm stillgelegter Bahnstrecken für den Personenschienenverkehr unter rechtzeitiger Einbeziehung von Bürger*inneninitiativen und anwohnenden Menschen.
- Die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten für den Güterverkehr auf den Magistralen. Neben dem Ausbau der bestehenden Strecken ist dabei auch der Bau neuer Trassen zu prüfen.
- Die Förderung von Lärmschutzmaßnahmen beim Schienenverkehr.
- Den barrierefreien Ausbau aller Bahnhöfe mit Verbesserungen des Service.
- Den Ausbau von Sitzmöglichkeiten und Wetterschutz.
- Den Vorrang der öffentlichen Bahn bei Ausschreibungen von Schienenverkehrsleistungen.
- Die Zurverfügungstellung eines Containerterminals in maximal 50km Entfernung jedes aufkommensstarken Gewerbegebietes um Container so weit wie möglich über die Schiene (oder mit Binnenschiff) zu transportieren.
- Den Gleisanschluss aller mittleren und großen Betriebe, die den Einzelwagenverkehr nutzen können.
- Die Prüfung des Aufbaus eines Netzes von Güterbahnhöfen nach dem Vorbild der Bahncenter der City-Logistik in der Schweiz für den Transport von Stückgut und Paketen.
- Die Förderung des Kombiverkehrs

(LKW auf die Schiene).

■ Eine ausreichende Ausstattung aller Züge des Personenverkehrs mit Platz für Gepäck, Fahrräder, Kinderwagen und Rollstühle.

■ Ein Elektrifizierungsprogramm mittels Ausbau der Oberleitungen für das niedersächsische Schienennetz.

■ Den Anschluss aller Mittelzentren an den schienengebundenen Personennahverkehr.

■ Den Rückkauf von privatisierten Schienen und anderer Infrastruktur, damit Niedersachsen schnell die Gleise sanieren und Strecken reaktivieren kann.

■ Ein Förderprogramm für den Aus- und Neubau von Stadtbahnen.

■ Den Ausbau eingleisiger Strecken auf zweigleisig und den Wiederaufbau zurückgebauter Weichen um eine höhere Taktdichte mit größerer Zuverlässigkeit zu erreichen.

■ Die Errichtung von Modellprojekten mit Straßenbahnen mit der Spurweite des Eisenbahnnetzes, damit diese als Regionalzüge aus der Stadt ins Umland fahren können (Karlsruher Modell).

Mit dem Rad – Niedersachsen neu entdecken!

Ein Teil zur Lösung der immensen Verkehrsprobleme ist das Fahrrad. Denn in Stadt und Land sind viele Strecken, die Menschen zurücklegen, kürzer als zehn Kilometer. Fahrräder sind preiswert, ökologisch und

benötigen wenig Geld und Raum für die Infrastruktur. Dennoch finden sie bisher noch nicht die notwendige Beachtung bei der Umsetzung der notwendigen Verkehrswende. Das muss sich ändern! Denn mit einem größeren Anteil an Fahrrädern können wir Lärm-, Schadstoff- und Gesundheitsbelastungen reduzieren und Innenstädte autofrei umgestalten. Deshalb kommt dem Ausbau des inner- und überörtlichen Radwegenetzes eine bedeutende Rolle zu. Dieser Ausbau kann nicht nur durch Neubau erfolgen, sondern vorrangig durch Umverteilung von Verkehrsflächen – hin zum Fahrrad, auch damit nicht immer neue Flächen versiegelt werden müssen. Dabei ist sicherzustellen, dass der Radverkehr als Teil des Umweltverbundes den ÖPNV sinnvoll ergänzt. Deshalb braucht es sichere Fahrradabstellmöglichkeiten an Bushaltestellen und Bahnhöfen, insbesondere im ländlichen Raum. Das Radwegenetz und die Infrastruktur sollen zur Erledigung von Fahrten mit dem Fahrrad einladen und das Radfahren auch sicherer werden lassen. Mit dem Aufkommen von E-Bikes, Pedelecs und Lastenrädern lassen sich auch im ländlichen Raum übliche alltägliche Strecken mit dem Rad zurücklegen und alltägliche Aufgaben leichter ohne Auto erledigen. Gerade in Innenstädten kann auch der Transport von leichten Gütern etwa bei Paket- oder Lieferdiensten klimafreundlich aufs Fahrrad verlagert werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die landesweite Planung des Radwegenetzes, insbesondere auch über Gemeinde- und Kreisgrenzen hinweg. Die Radwege sollen den aktuellen Standards der Niederlande entsprechen.
- Die Unterstützung der Kommunen beim Ausbau von Radwegenetzes und Fahrradständern.
- Die Schaffung von Ladestationen für E-Bikes, sowie bewachte Radstationen an Bahnhöfen und Abstellplätzen für Lastenräder.
- Die Förderung sicherer Abbiegemöglichkeiten und separater Radwege.
- Ausreichende und kostenfreie Radmitnahmekapazitäten im Nahverkehr.
- Komfortable und sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder in Fahrradhäusern an Verkehrsknotenpunkten sowie wohnortnahe Fahrradunterstellmöglichkeiten in Fahrradhäuschen.
- Den Ausbau von Radwegen an Straßen des Landes und Radschnellwegen.
- Einen ausdefinierten Stellplatzschlüssel für sichere Fahrradabstellanlagen im Wohnungsneubau.

Gut zu Fuß in Niedersachsen

Wir alle sind Fußgänger*innen. Dennoch wird diese Art der Mobilität auf allen Ebenen der Verkehrspolitik am meisten vernachlässigt. Die Sicherheit der Fußgänger*innen gerät dabei buchstäblich immer wieder unter die

Räder der PKW und LKW. Attraktive und sichere Fußwege erhöhen die Lebensqualität vor Ort. Deshalb fordern wir sichere Querungshilfen, Ampeln mit fußgänger*innenfreundlichen Grünphasen und Ausweitung von Tempo 30 km/h insbesondere in Wohngebieten, Einkaufszonen, vor Schulen, Kindergärten, Altenheimen und vergleichbaren Einrichtungen innerorts als Regelgeschwindigkeit einzuführen. Das schützt Fußgänger*innen und reduziert Unfallrisiken, sowie Lärm- und Schadstoffbelastung.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die Anlegung mehr sicherer Querungshilfen mit längeren Grünphasen die Ermöglichung von Tempo 30 km/h als Regelgeschwindigkeit in Innenstädten.
- Die Neuverteilung des Straßenraums zugunsten von Fuß- und Radverkehr.
- Den Ausbau und die Erweiterung von Fußgängerzonen die Schaffung mehr barrierefreier Absenkungen an Fußwegen.

Wasserwege nutzen

Niedersachsen hat ein gut ausgebautes Wasserwegenetz, auf dem ein energiesparender und klimaschonender Transport vor allem von Gütern umgesetzt werden kann. Dafür müssen die Schiffe schnellstmöglich auf klimaneutrale Treibstoffe bzw. Antriebsarten umgerüstet werden. Wir

wollen bestehende Fährverbindungen erhalten und Ausbaupotenziale prüfen. Hafenskapazitäten sollen dort ausgebaut werden, wo es notwendig und umweltschonend möglich ist. So wollen wir mehr LKW-Verkehr auf die Wasserwege verlagern ohne natürliche Gewässer weiter auszubaggern.

DIE LINKE setzt sich ein für:

■ Die Unterstützung der Binnen- und Hochseeschifffahrt bei der zeitnahen Umrüstung auf klimaneutrale Treibstoffe bzw. Antriebsarten.

■ Den Ausbau der Hafenskapazitäten und die Verbesserung der Schienenanbindung, um LKW-Verkehr auf Wasserwege und Bahn zu verlagern.

■ Die Aufnahme von Fähr- und Inselverbindungen in den allgemeinen ÖPNV, sowie die Ausdehnung von Verbundtickets und Niedersachsen-ticket auf Fährverbindungen. Schwerbehinderte mit einer Wertmarke müssen auch die Fähren und alle Inselverbindungen kostenfrei nutzen können.

■ Die Unterbindung der (weiteren) Vertiefung natürlicher Gewässer wie Weser und Elbe.

Straßenverkehr: Sanierung und Umwidmung statt Neubau

Das landeseigene Straßennetz wollen wir nur noch nach umfassender verkehrstechnischer und ökologischer Untersuchung erweitern. Bei einer Erweiterung sollen dafür andere

versiegelte Flächen wieder entsiegelt werden. An Stellen mit genügend alternativen Verkehrswegen, fordern wir einen gezielten Straßenrückbau. Die Finanzmittel für Straßenneubau müssen in andere Verkehrsträger fließen. Wir lehnen alle Pläne zum Neu- und Ausbau von Autobahnen, die weitere klimaschädliche Flächenversiegelungen mit sich bringen, in Niedersachsen ab und unterstützen Bürger*inneninitiativen, die sich dagegen wenden. Vor allem die geplante A20, die in West-Ost-Richtung durch das nördliche Niedersachsen verlaufen soll, ist ökologisch schädlich, weil sie wichtige Moorflächen beeinträchtigt. Darüber hinaus ist sie verkehrlich überflüssig und unverhältnismäßig teuer, da noch ein gesonderter Elbtunnel gebaut werden müsste.

Auf Bundesebene wollen wir die Privatisierung in Form der neu geschaffenen Autobahn GmbHs rückgängig machen. Geschwindigkeitsbegrenzungen tragen nicht nur zu mehr Verkehrssicherheit und weniger Lärm bei, sondern sind auch gut fürs Klima. Deshalb wollen wir, dass sich Niedersachsen im Bundesrat für ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Bundesstraßen einsetzt. Eingriffe in die Natur, die mit der Sanierung und dem Betrieb von Straßen verbunden sind, müssen durch begleitende Naturschutzmaßnahmen ausgeglichen werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Ein klares Nein zum weiteren Neubau von Autobahnen. Auf die geplante A20 und die Erweiterung der A39 können wir verzichten.
- Das Ende von Versiegelung und Zerschneidung von Naturflächen zugunsten von Straßenbau.
- Die Umverteilung von Finanzmitteln für den Straßenneubau zugunsten von Fahrrad und ÖPNV.
- Eine eindeutige Positionierung Niedersachsens gegen die Privatisierung von Autobahnen und Bahn.
- Eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines Tempolimits von 120 km/h auf Autobahnen.
- Die Förderung von Fahrgenossenschaften und genossenschaftlichen Mobilitätszentralen („Car-Sharing“).
- Die umweltgerechte und naturschutzkonforme Pflege des Straßenbegleitgrünstreifens.

Luftverkehr

Der jetzige Luftverkehr belastet das Klima und anwohnende Menschen in besonders hohem Maße und muss daher deutlich reduziert werden. Hier ist vor allem bei Kurzstreckenflügen anzusetzen. Niedersachsen muss sich dafür einsetzen, diese bundesweit abzuschaffen und Subventionen für Regionalflughäfen einzustellen. Diese Gelder müssen in voller Höhe dem ÖPNV zugutekommen. Nachtflüge lehnen wir ab, da sie für Anwohner*innen in den Flugschneisen zu

nicht hinnehmbaren Ruhestörungen führen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Den Stopp des Flughafenausbaus.
- Die Umwidmung aller Subventionen für Regionalflughäfen (Betriebskostenübernahmen, Investitionszuschüsse etc.) zugunsten des ÖPNV. Den Beschäftigten der Regionalflughäfen sind ggf. Ersatzarbeitsplätze im ÖPNV anzubieten.
- Eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Subventionierung des Flugverkehrs durch niedrige Kerosinsteuern.
- Die Erstellung eines Fluglärmaktionsplanes für mehr Lärmschutz bei Starts und Landungen.
- Ein striktes Nachtflugverbot.
- Eine Bundesratsinitiative für die bundesweite Abschaffung von Kurzstreckenflügen.

Wirtschaft sozial und nachhaltig gestalten

Niedersachsen ist einer der wichtigsten Industriestandorte in Deutschland. Egal ob in der Automobilindustrie, der Herstellung von Windkraftanlagen, maritimer Hafenvirtschaft oder Landwirtschaft, überall leisten Menschen zwischen Nordsee und Harz einen wertvollen Beitrag zur Gesellschaft. Doch die Wirtschafts- und Arbeitswelt ist seit Jahren enormen Veränderungen ausgesetzt. Mit den Agenda 2010-Reformen wurden Leiharbeit und Befristungen erleichtert und haben bei den Beschäftigten zu deutlichen Verschlechterungen geführt. Unternehmen steigen viel zu oft aus Tarifverträgen aus, was zu deutlichen Verschlechterungen bei den Beschäftigten führt. Ein weiterer entscheidender Umbruch ist für uns der technologische und ökologische Wandel. Die Arbeitsplätze in der niedersächsischen Industrie müssen aktiv gesichert werden und dürfen nicht dem Markt überlassen werden. Das Land Niedersachsen ist hier in der Verantwortung. Deswegen wollen wir erneuerbare Energie fördern, Autoindustrie in nachhaltige Mobilitätsindustrie umbauen, die grüne Herstellung von Stahl aktiv gestalten und die Forschung dazu unterstützen. Dies muss gemeinsam mit den Gewerkschaften passieren, denn wenn wir den Umbau der Wirtschaft

allein den Konzernen überlassen, sind es am Ende die Beschäftigten, die die Zeche zahlen.

All diese Entwicklungen haben sich schon vor der Corona-Pandemie abgezeichnet, wurden durch diese aber noch einmal verstärkt. Unser Leitbild für Niedersachsen heißt:

Arbeitslosigkeit bekämpfen, unbefristete und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze bei gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit. Wir fordern gute Ausbildung und eine existenzsichernde Vergütung für Auszubildende, mehr Mitbestimmung, besseren Gesundheitsschutz sowie Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ohne Nachteile für die Beschäftigten.

Gute Arbeit für alle Beschäftigten

Gute Arbeit bedeutet für uns: unbefristet, tariflich entlohnt, mit angemessenem Gesundheitsschutz und darf nicht krank machen – für alle Beschäftigten. All dies muss auch eine zukünftige Landesregierung bei Ausschreibungen und Gesetzen berücksichtigen. DIE LINKE zeigt in Berlin, Bremen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern wie wir gute Arbeit auch in der Landespolitik fördern und gestalten können. Die Landesregierung ist einer der größten und wichtigsten Arbeitgeber in Niedersachsen und kann in den Landesverwaltungen mit gutem Bei-

spiel voran gehen. Durch Förder- und Vergabebedingungen kann das Land direkt die Arbeitsbedingungen in zahlreichen Projekten in ganz Niedersachsen vorgeben. Bisher wird dieses Instrument von der Landesregierung halbherzig bis gar nicht genutzt. Dabei muss es ein Kernanliegen einer sozialen Landespolitik sein, gute Arbeit zu garantieren.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Einen Mindestlohn von 13 Euro bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, der regelmäßig automatisch angepasst wird. Wer 45 Jahre in Vollzeit arbeitet, soll eine Rente oberhalb der Grundsicherung bekommen.
- Die Erhöhung der Arbeitsstandards und eine bessere Kontrolle der Einhaltung von Mindeststandards in der Schlachthofindustrie.
- Den Umbau des Landes-Vergabegesetzes: Öffentliche Aufträge in Niedersachsen dürfen nur noch an Unternehmen gehen, die wenigstens einen Mindestlohn von 13 Euro zahlen, auf Leiharbeit verzichten und sich an die Tarifverträge in der Branche halten. Unternehmen, die keinem Tarifvertrag angehören, sollen keine öffentlichen Aufträge mehr erhalten. Die Vergabeauftraggeber müssen wieder eine Kontrollpflicht erhalten.
- Den Einsatz Niedersachsens für die Vereinfachung allgemeinverbindlicher Tarifverträge – auch gegen den Willen der Unternehmerverbände.

■ Das Ende der Aufweichung von Sonntagsöffnungszeiten. Sonntagsöffnungen müssen nach dem Arbeitszeitgesetz die absolute Ausnahme sein.

■ Die Zahlung einer existenzsichernden Vergütung an Auszubildende im öffentlichen Dienst. Nach bestandener Prüfung sind sie unbefristet zu übernehmen.

■ Eine Gesetzesinitiative im Bundesrat für die Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung. In der gegenwärtigen Transformation muss auch die Personalplanung der paritätischen Mitbestimmung unterliegen.

■ Die anonyme Durchführung von Bewerbungsverfahren beim Land und den Kommunen. Durch entsprechende Gesetzgebung und Hilfestellung sind auch anonyme Bewerbungsverfahren im privaten Sektor zu fördern.

■ Die Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit: gleichwertige Arbeit gleicher Lohn!

■ Die Öffnung der Hochschulen auch für Berufstätige ein.

Eine Wirtschaft für alle

Die Corona-Krise hat viele Probleme in unserer niedersächsischen Wirtschaft verschärft. Für uns als LINKE ist klar, dass die Wirtschaft dem Menschen zu dienen hat und nicht umgekehrt. Für uns steht deswegen die Sicherung und Schaffung von gut bezahlten Arbeitsplätzen im Vordergrund. Dafür wollen wir gemeinsam

mit den Gewerkschaften eine aktive Wirtschaftsförderungs- und Industriepolitik betreiben. Dafür müssen wir bereit sein, uns aktiv in die Wirtschaft des Landes einzumischen, statt als Land nur den Rahmen vorzugeben. Es müssen Konzepte für regionale Wirtschafts- und Sozialräte entwickelt werden. Die niedersächsische Wirtschaft muss dabei in ihrer vollen Breite betrachtet werden: Von Großkonzernen, bis hin zu der breiten Masse an kleinen und mittleren Unternehmen, sowie den Läden vor Ort.

Die Landesregierung war in den letzten Jahren viel zu passiv und hat die Gestaltung des Wandels der Wirtschaft den Märkten überlassen, was für Unsicherheit in den Regionen und bei den Beschäftigten geführt hat. Unternehmen der Daseinsfürsorge gehören in die Öffentliche Hand, damit Produkte und Produktionsverfahren klimaschonend eingesetzt bzw. gesteuert und gute Arbeitsplätze gesichert werden. DIE LINKE. Niedersachsen steht konsequent an der Seite der Beschäftigten und wird um jeden Arbeitsplatz in Niedersachsen kämpfen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

■ Die Stärkung von betrieblicher Mitbestimmung und Unternehmensformen mit Mitarbeitenden-Beteiligung. Wir unterstützen Formen der Wirtschaftsdemokratie.

■ Eine abgestimmte öffentliche Förderkulisse in Norddeutschland mit der Verknüpfung von ökonomischen mit sozial-ökologischen Kriterien.

■ Die Gestaltung des sozialen und ökologischen Wandels in der niedersächsischen Wirtschaft. Dazu wollen wir Transformationsräte unter Einbindung von Wissenschaft, Gewerkschaften und Betriebsräten bilden, um z.B. die Umstellung auf die Produktion durch Grünen Wasserstoff in der Stahlindustrie zu begleiten. Dazu gehört auch die Entwicklung von Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten der Beschäftigten.

■ Die Förderung von Starts-Ups und innovativen Kleinunternehmen sowie die öffentliche Nutzbarmachung ihrer Technologien gerade in den Bereichen Digitalisierung und Nachhaltigkeit.

■ Die Schaffung gesetzlicher Regelungen analog dem VW-Gesetz für alle großen Betriebe. Diese sollen den Betriebs- und Personalräten größere Rechte einräumen und insbesondere Betriebsverlagerungen oder -schließungen gegen den Willen der Belegschaft unmöglich machen.

■ Die Verteidigung des Landesanteils an VW gegen Angriffe. Das Land Niedersachsen muss endlich seinen Einfluss im Aufsichtsrat gemeinsam mit den Arbeitnehmervertreter*innen nutzen, um im Interesse des Gemeinwohls und der Beschäftigten stärker auf die Konzernausrichtung Einfluss zu nehmen. Eine starke Landesbe-

teilung ermöglicht eine Politik der Arbeitsplatzsicherheit, ökologischer Verantwortlichkeit und menschenwürdiger Arbeitsbedingungen.

■ Die Förderung von von Erneuerbaren Energien. Es darf es zu keinem weiteren Verlust von Arbeitsplätzen kommen!

■ Die Gründung einer Niedersächsischen Beteiligungsgesellschaft, die aktiv bei Unternehmensschief-lagen und Insolvenzen eingreifen kann. In solchen Fällen soll das Land Eigenkapital im Tausch gegen Unternehmensanteilen zur Verfügung stellen und über die Einhaltung guter Arbeitsbedingungen und von Tariflöhnen in dem Betrieb wachen.

■ Die strategische Landesbeteiligung an Unternehmen um Insolvenzen, Betriebsverlagerungen oder Übernahmen zu verhindern.

■ Einen Verfügungsfonds zum Ankauf oder Anmietung leerstehender Ladenlokale. Dieser soll Kommunen mehr Möglichkeiten geben, aktiv in die Gestaltung attraktiver Innenstädte einzugreifen.

Zulieferindustrie

Die Zuliefer*innen der Automobilindustrie werden durch den Umstieg auf E-Mobilität und Digitalisierung sehr stark vom Arbeitsplatzabbau betroffen sein. Damit die Beschäftigten auf den Weg in die Zukunft mitgenommen werden können, bedarf es zum einen einer Qualifizierungs-

offensive in den Betrieben und zum anderen eine Analyse für die Unternehmen, wie sie sich zukünftig aufstellen und weiterhin Teil der Wertschöpfungskette bleiben können. Eine Grundlage dieses umzusetzen, ist die von den Sozialpartner*innen geschaffene Transformationsagentur, deren Gründung erst durch den im Jahre 2021 abgeschlossenen Zukunftstarifvertrag möglich wurde. Im Strategiedialog Automobilwirtschaft des Landes Niedersachsen wurde das Projekt der Transformationsplattform umgesetzt. Dies soll die kleinen und mittelständischen Unternehmen dabei unterstützen, ihre Kompetenzen zu sichten und so helfen neue Produkte zu entwickeln, damit und die Betriebe sich in der sich stark verändernden Wertschöpfungskette etablieren können. Dies wurde von der niedersächsischen Landesregierung nicht weit genug forciert, es fehlt eine Komplettanalyse für die Zulieferindustrie.

DIE LINKE setzt sich ein für:

■ Eine weitere finanzielle und personelle Aufstockung der Transformationsagentur zur Unterstützung der Betriebe bei Dekarbonisierung und Digitalisierung.

■ Die Erstellung einer Datenbasis zur Zulieferindustrie in Niedersachsen, welche eine Analyse jedes einzelnen Betriebs beinhaltet und helfen soll neue, Geschäftsfelder zu kreieren

bzw. zu etablieren. In Thüringen gibt es eine solche Komplettanalyse, in Niedersachsen nicht.

■ Die Unterstützung der klein- und mittelständischen Unternehmen durch die Landesregierung bei Anträgen für Fördergelder aus dem Zukunftsfond des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.

Transformation der Industrie sozial, demokratisch und ökologisch gestalten

Niedersachsen muss als wichtiges Bundesland für die Automobilindustrie eine führende Rolle in der Transformation von Industriearbeitsplätzen einnehmen. Die gravierenden Veränderungen in der Arbeitswelt müssen ökologisch, sozial und demokratisch gestaltet werden. Die Wirtschaft digitaler und klimaneutral umgebaut werden. Dafür braucht es massive Investitionen für zukunftsfähige sichere Arbeitsplätze und konkrete Perspektiven für die Beschäftigten. Laut einer Erhebung der IG Metall mit dem Transformationsatlas fehlt in mehr als der Hälfte der Betriebe eine Strategie für die Bewältigung der Transformation. Mehr als 70% der Beschäftigten sind nicht informiert, wie es zukünftig weitergeht mit ihren Betrieben. Das zeigt, wie notwendig die Ausweitung der Mitbestimmung in den Betrieben ist. Das Land Niedersachsen braucht eine progressive Finanz- und

Wirtschaftspolitik, um durch Anreize nachhaltige Investitionen und Planungssicherheit zu schaffen. Die Schuldenbremse ist eine Investitions- und Zukunftsbremse, die wie ein Bremsklotz bei der Transformation wirkt. Die Schuldenbremse könnte durch den vom DGB vorgeschlagenen Niedersachsenfond ausgehebelt werden (siehe Kapitel „Öffentliche Aufgaben müssen ausreichend finanziert werden“). Die Transformation wird entlang der Wertschöpfungskette neue Geschäftsmodelle und Prozesse schaffen. Die Menschen in den betroffenen Betrieben müssen dazu bedarfsgerecht qualifiziert und ausgebildet werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die Einrichtung eines Fonds von 75 Milliarden Euro zum Umbau des Industriestandortes Niedersachsen in der Transformation.
- Die Einrichtung eines Landesfonds, der die Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitnehmer*innen finanziell unterstützt.
- Die Nutzung der Berufsschulen als Weiterbildungszentren für neu entstehende Berufsfelder.

Digitales Niedersachsen

Ein Flächenland wie Niedersachsen wird von den Versäumnissen der Landesregierung in Sachen Digitalisierung besonders hart getroffen. Ganze Landstriche sind noch weiße

Flecken in Sachen schnelles Internet. Teilweise ist sogar die Internetversorgung an sich nicht gewährleistet. Betroffen sind vor allem Dörfer und Zugstrecken in ländlichen Regionen. Ähnlich sieht es in Sachen Mobilfunkabdeckung aus. Wir wollen diese Probleme durch massive Investitionen angehen. Die Gemeinden in Niedersachsen dürfen von der Digitalisierung nicht ausgegrenzt werden, sondern müssen mit einbezogen werden. Wir wollen die Digitalisierung der Verwaltung und des Landes mit den Menschen und von öffentlicher Seite her gestalten. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, dass die privaten Akteure nicht in der Lage sind, Niedersachsen fit für die Zukunft zu machen und mit guter digitaler Infrastruktur auszustatten.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die konsequente Digitalisierung der Verwaltung, damit Bürger*innen, sowie Unternehmern leichter Anträge, Formulare und andere Behördengänge abwickeln können. Dabei soll auf Open Source (quelloffene) Software gesetzt werden, um einseitige Abhängigkeiten zu verhindern.
- Die Entwicklung einer quelloffenen einheitlichen Verwaltungssoftware für die niedersächsischen Kommunen. Allen Kommunen sollen kostengünstige Hosting-Angebote für den Betrieb gemacht werden.
- Eine Investitionsoffensive für neue

Funkmasten um alle weißen Flecken auf der niedersächsischen Funklochkarte zu schließen - gerade in den ländlichen Bereichen.

- Die Förderung des Breitbandausbaus in Niedersachsen. Dabei sollen die Mobilfunknetze in öffentliche Hand überführt werden. Kommunen sollen dabei unterstützt werden, eigene Breitband-Projekte aufzulegen. Die Kontrolle über die Netzwerke soll nicht bei wenigen großen Unternehmen liegen.
- Den Einsatz von Glasfaser statt Kupferkabel.
- Die Gestaltung der Digitalisierung von Verwaltungsabläufen gemeinsam mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften, sowie die Schaffung ausreichender Weiterbildungsangebote.
- Eine Ausweitung der Qualifizierungsförderung. Den Menschen muss ohne Lohnverlust eine zweite Ausbildung ermöglicht werden.

Zukunftsfähige und nachhaltige Häfen

Die zahlreichen Niedersächsischen Häfen an der Küste und im Binnenland sind wichtiger Teil unserer Infrastruktur. Unsere Häfen sind in Ihrer Bedeutung eine wichtige Lebensader und starke Partner für die Wirtschaft. Von den Häfen profitiert eine Vielzahl von Industrie- und Dienstleistungsbereichen, die in allen Regionen und Wirtschaftssektoren unseres Landes angesiedelt sind. Nichtsdestotrotz

ist die strategische Entwicklung der Häfen und der Hafenwirtschaft weitgehend der politischen Diskussion und öffentlichen Entscheidungsfindung entzogen. Ohne Regulierung führen die Häfen einen gnadenlosen Konkurrenzkampf und schaffen so Überkapazitäten. Die Rückgewinnung öffentlicher Steuerungskompetenz und gesellschaftlicher Entscheidung ist daher eine vorrangige Aufgabe. Einen Betrieb als allgemeiner Schwerlasthafen ohne Widmung alternativer Energien lehnt DIE LINKE ab. Notwendig ist eine breitere Aufstellung im Gesamtfeld alternativer Energien und Klimawirtschaft. Dafür bietet Niedersachsen hervorragende Möglichkeiten, in die jetzt investiert werden sollte. Die Häfen Niedersachsens sind ein wichtiger Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor mit einer hohen lokalen Wertschöpfung und einer sehr vielfältigen Struktur. Die Sanierung der Häfen und ihr qualitativer Ausbau muss eine höhere Priorität erhalten als bisher. Im Containergeschäft sind die Zeiten stetig wachsender Umschlagszahlen bis auf Weiteres vorbei. Häfen benötigen eine national und EG-weit abgestimmte Hafenpolitik, die auf Kooperation statt Konkurrenz setzt. Die stärkere Digitalisierung und Automatisierung der Häfen ist ein Trend, der nicht einfach der Kalkulation privater Betreiber*innen überlassen werden darf, sondern im Rahmen

einer öffentlichen Strategie und unter Beteiligung von Gewerkschaften und Beschäftigten gestaltet werden muss. Wir wollen, dass eine Digitalisierungsstrategie für die Häfen erarbeitet wird, die insbesondere der Perspektive der Beschäftigten Rechnung trägt. Unser Ziel ist es, tarifliche und betriebsverfassungsrechtliche Vorschriften so auszuweiten, dass technologischer Wandel zum Wohle und zum Schutz der Beschäftigten genutzt werden kann.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Eine engere Kooperation der norddeutschen Häfen im Rahmen einer nationalen und EG-weiten Hafenstrategie. Die Häfen müssen sich auf gemeinsame soziale und ökologische Standards einigen, um den Konkurrenzdruck nicht auf den Rücken von Umwelt und Beschäftigten abzuladen.
- Die Erarbeitung einer Digitalisierungsstrategie für die Häfen gemeinsam mit Gewerkschaften und Betrieben eine. Die Digitalisierung soll von den Beschäftigten gestaltet werden und nicht über diese hinweg.
- Ein Verbot des Kriegsgeschäftes aus Niedersachsen. Der Umschlag von Waffen an unseren Häfen soll analog zum Umschlag von Kernbrennstoffen verboten werden.
- Die Anpassung der Hafenverordnung für Ladungssicherungsarbeiten – "Laschen ist Hafearbeit".

Gleiche Rechte und gleiche Chancen für Frauen – gerade jetzt

Das Leben von Frauen hat sich verändert. Sie stehen im Beruf und leisten dennoch die meiste Carearbeit in der Familie. Es muss alles perfekt sein. Die Arbeitsteilung im Privaten könnte besser sein. In der Coronazeit hat sich gezeigt, dass doch wieder Frauen im Privaten wie im Beruflichen automatisch mehr Arbeit übernehmen. Doch diese Arbeit und die dadurch errungene sozialisationsbedingte Qualifikation bringt im Erwerbsleben kein Plus. Der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern lag 2018 im Landesdurchschnitt bei 20 %, d.h. Frauen verdienen gemessen am Brutostundenverdienst im Durchschnitt ein Fünftel weniger als Männer. Ferner zeigt sich, dass das Phänomen in hochqualifizierten Berufsgruppen mit hoher Vergütung tendenziell stärker ausfällt. Deshalb werden wir die Beschäftigten in sogenannten Frauenbereichen wie Sozial- und Erziehungsdienste, in den Pflegeberufen und auch die Einzelhändler*innen u. v. andere mehr dabei unterstützen, dass sie eine Entlohnung erhalten, die den Anforderungen ihrer Arbeit entspricht. In vielen dieser Bereiche ist Personalmangel die Regel. Das muss abgeschafft werden. Arbeitszeitverkürzung ist der nächste Punkt, der angegangen werden muss. In einem Projekt im Krankenhaus in

Wuhan wurde während Corona aufgezeigt, dass 6-Stunden-Schichten Leben der Patient*innen retten und den Krankenstand bei Beschäftigten senkt.

Frauen sind besonders häufig von prekärer Beschäftigung betroffen. Durch die zunehmende Deregulierung des Arbeitsmarktes, verbunden mit einer geringen finanziellen und gesellschaftlichen Anerkennung dieser Berufe, ergibt sich für Frauen ein hohes Armutsrisiko im Alter, aber auch bereits im Erwerbsleben. Die prekären und diskontinuierlichen Erwerbsverläufe haben im Zusammenhang mit einer Doppelbelastung durch familiäre Verpflichtungen ebenso starke negative Auswirkungen auf die Lebensqualität von betroffenen Frauen. Dies trifft auch auf Frauen mit Migrationsgeschichte zu, die in wachsendem Ausmaß im öffentlichen und privaten Bereich Pflege- und Care-Arbeiten übernehmen.

Nach wie vor, in der Coronazeit sogar noch stärker, sind Frauen noch immer täglich häuslicher Gewalt und Diskriminierung im Erwerbsleben und in Organisationen ausgesetzt. Dagegen werden wir uns verstärkt einsetzen. DIE LINKE betont, dass es Zeit ist, Zeit für die Familie, für

das Ehrenamt und für sich selbst zu erkämpfen. Für die Familie heißt dies, Zeit für die Carearbeit und Zeit miteinander. Dabei unterstützen wir die Gewerkschaften in Niedersachsen. Aber, es ist auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Das Land Niedersachsen muss sich aktiv für die Gleichstellung von FLINTA* (Frauen, Lesben, Intersexuelle, Nicht-Binäre, Transgender- und Agender-Personen) einsetzen und für FLINTA* Schutzräume schaffen. FLINTA* müssen politisch, gesellschaftlich und beruflich endlich gleichermaßen teilhaben können. Wir brauchen Zeit zum Leben, Lieben, Lachen!

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die gerechte Entlohnung von gleicher Arbeit und gleichwertiger Arbeit.
- Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich.
- Diskussion und Neuverhandlung von Strukturen in Betrieben und Organisationen.
- Die Einführung des 8. März – des Weltfrauentages – als niedersächsischen Feiertag.
- Eine verstärkte Etablierung und Durchführung von Maßnahmen innerhalb des Prozesses der Aufstellung von öffentlichen Haushalten, mit dem Ziel, die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und schließlich zu erreichen.
- Eine 50-prozentige Geschlechterquotierung (FLINTA* - unquotiert) in

den Leitungsgremien öffentlicher und durch den Staat beeinflussbarer Einrichtungen und Unternehmen.

- Die Einrichtung von Rückzugsorten für stillende Personen sowie kleine Kinder (0-3 Jahre) in durch das Land beeinflussbaren Einrichtungen und Unternehmen.
- Finanzielle Förderung von Studien zur genderfreundlichen Medizin und Weiterbildung von Ärzt*innen zu den neuesten Erkenntnissen der Studien.
- Eine bedürfnisorientierte (erhöhte Kapazitäten im weiblichen Sanitärbereich, Wickelbereich auf Männertoiletten) Ausstattung in den sanitären Anlagen in öffentlichen und durch den Staat beeinflussbaren Einrichtungen und Unternehmen (gendergerecht).
- Ein Paritätsgesetz, welches bei zukünftigen Landtagswahlen eine quotierte Besetzung (abwechselnd FLINTA* - unquotiert) der Landeslisten aller Parteien festlegt.

Sorgearbeit anerkennen

Corona hat uns die Bedeutsamkeit von Care-Arbeit – sprich Tätigkeiten der Fürsorge, Pflege und des Sich Kümmerns noch einmal stark vor Augen geführt. Es waren in erster Linie Frauen, die zu Hause neben der Homeoffice-Tätigkeit dafür gesorgt haben, dass Kinder betreut, zu pflegende Angehörige im Alltag unterstützt und der Haushalt geführt wurden. So sehr wir uns auch eine gleichberechtigte Aufteilung dieser

Tätigkeiten wünschen, ist sie derzeit nicht Realität und so übernehmen für einen Großteil dieser nicht bezahlten Arbeit Frauen die Verantwortung. Zahlreiche Probleme offenbaren sich beim näheren Betrachten von Pflege- und Care-Arbeit. Sie wird entweder unbezahlt oder schlecht bezahlt erledigt.

Care-Arbeit ist essentiell und wird dennoch kaum wahrgenommen - sie scheint unsichtbar. Das wird insbesondere dann zum Problem, wenn diese Arbeit in Konkurrenz zum Erwerbsleben steht, weil dann weniger Zeit zum Geldverdienen bleibt und noch keine staatliche Absicherung z.B. im Alter gewährleistet ist. Carearbeit muss gleichwertig entlohnt werden, denn sie nützt der Erwerbsarbeit. Wenn wir weiterhin wollen, dass Menschen sich für die Familiengründung entscheiden und ggf. sogar mehr als ein Kind bekommen, dann müssen wir dafür sorgen, dass Personen, die sich verstärkt um die Familie, den Haushalt oder zu pflegende Angehörige kümmern, dafür entlohnt werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Einen Anspruch auf Hebammenhilfe in Niedersachsen. Das Land hat die Ausbildung und Finanzierung von ausreichend Hebammen sicherzustellen.
- Die Ausübung von Druck auf die Tarifpolitik durch Unterstützung der

Streikaufrufe von Gewerkschaften und Pflege.

- Die intensivere Unterstützung pflegender Angehöriger bei Antragsstellungen.
- Die Erhöhung der Pflegegelder für pflegende Angehörige.
- Die Leistung von Unterhaltsvorschuss auch über 72 Monate hinaus.
- Die Erhöhung Erwerbsminderungsrenten für Menschen mit niedrigem Einkommen oder kurzer Arbeitszeit.
- Die Verlängerung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten für pflegende Angehörige.
- Die Herabsetzung von Pflichtbeitragszeiten aus sozialversicherungsrechtlichen Arbeitsverhältnissen.

Schutz vor geschlechtsbezogener und häuslicher Gewalt

Nach wie vor sind Frauen und Mädchen in unserer Gesellschaft von Gewalt, Benachteiligung und Diskriminierung betroffen. Auch von den negativen Auswirkungen der Coronakrise waren Frauen und Mädchen in besonderem Maße betroffen, sei es durch ihre Lohnarbeit in sogenannten Careberufen oder durch den Anstieg häuslicher Gewalt in dieser Zeit. Die Grundproblematik sind die immer noch vorhandenen patriarchalen Strukturen. Deren Auflösung ist das Ziel, zum Wohle aller Geschlechter, für ein gleichberechtigtes Miteinander. Solange wir es nicht schaffen, das Patriarchat vollständig zu been-

den, müssen wir uns, auch auf Landesebene, dafür einsetzen, die von den Folgen betroffenen Menschen zu unterstützen indem wir zum Beispiel Schutzräume für Frauen und Mädchen schaffen, indem wir gemeinsam kontinuierlich daran arbeiten, die Möglichkeiten der Frauen zur Teilhabe an Politik, Beruf und Gesellschaft zu erweitern und zu fördern und indem wir uns dafür einsetzen, die Gender-Pay-Gap zu bereinigen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul Konvention).
- Eine Pauschalfinanzierung der Frauenhäuser und die Schaffung von ausreichenden und bedarfsgerechten

Frauenhausplätzen. Die Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen für Opfer sexualisierter und häuslicher Gewalt muss sichergestellt und aufgestockt werden.

- Die Schaffung von mindestens einem Frauenhaus in jedem Landkreis, jeder kreisfreie Stadt und jeder Großstadt.
- Die pandemiekonforme Umrüstung aller Frauenhäuser.
- Den Beitritt Niedersachsens zum Fonds Sexueller Missbrauch als viertes Bundesland.
- Die landesfinanzierte Zurverfügungstellung von Beratungszentren für sexualisierte Gewalt und sexuelle Belästigung im beruflichen und ehrenamtlichen Kontext für jede Stadt ab 30.000 Einwohner*innen.

Klima und Umwelt schützen

Die skrupellose Ausplünderung der Naturressourcen, die Schädigungen der Umwelt und vor allem die klimaverändernden Eingriffe in die unseren Planeten umgebende Atmosphäre haben ein solches Ausmaß erreicht, dass die bisherige Art des Produzierens und Lebens die Grenze der Belastbarkeit bereits überschritten hat. Die Klimakrise wartet nicht. Die Schäden an den Ostfriesischen Inseln, die Dürren 2019 und 2020

oder das Hochwasser im Ahrtal 2021 machen es deutlich: Die Auswirkungen sind verheerend und sie sind konkret. Global drohen Dürreperioden, Waldbrände, gewaltige Stürme, das Abschmelzen der Pole und der damit verbundene Anstieg des Meeresspiegels, Teile der Erde unbewohnbar zu machen. Verwüstungen und das beginnende Auftauen der Permafrostböden mit dem Freisetzen riesiger Mengen die Atmosphäre be-

lastender Methangase werden diese schädlichen Entwicklungen noch weiter verschlimmern. Es drohen im Zuge dieser Entwicklungen deutlich mehr Hungersnöte, neue Kriege um Ressourcen wie Wasser und riesige Fluchtbewegungen. Die Fortsetzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise kann diese Entwicklungen nicht aufhalten - im Gegenteil, sie beschleunigt sie noch. Ihr Marktmechanismus ist für soziale und ökologische Fragen blind. Ohne starke Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaftsweise werden die 2015 auf der Klimakonferenz in Paris formulierten Ziele, die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, nicht eingehalten werden können und die Menschheit ihren eigenen Untergang besiegeln.

DIE LINKE verknüpft als einzige Partei die ökologische mit der sozialen Frage. Lebensqualität sowie gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen sind ohne einen echten sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft nicht möglich. Gleichzeitig darf eine nachhaltige ökologische Wende nicht zu Lasten der ärmeren Bevölkerungsteile umgesetzt werden, schon allein, weil die größten Konzerne des Planeten gleichzeitig auch die größten Emittenten von Treibhausgasen sind. Es ist die kapitalistische Art des Wirtschaftens, die einen Raubbau an den natürlichen Ressourcen betreibt und unsere Umwelt übermäßig belastet.

Das Landes Klimaschutzgesetz muss schnellstmöglich verschärft werden. Als Zieljahr der Klimaneutralität muss 2045 angestrebt werden. Die Landesregierung muss umfassende Energiesparmaßnahmen mit einem klaren Zeitplan ergreifen.

Die Energiewende beginnt vor Ort

An der Inflation 2022, die maßgeblich energiepreisgetrieben ist, zeigt sich deutlich: Die Energiewende ist auch Sozialpolitik. Wir verfolgen das Ziel, die Gewinnung von Energie so zu gestalten, dass sie ausschließlich aus erneuerbaren Quellen erfolgt. Die kommunale Energieversorgung soll vor Ort transparent, demokratisch und dort wo möglich genossenschaftlich, unter Beteiligung der Bürger*innen und der betroffenen Beschäftigten organisiert werden.

Sauberer Strom ist aus Wind, Sonne, Bioabfällen und umweltfreundlich genutzter Wasserkraft in Niedersachsen zu gewinnen. Zum Heizen kommt die Energie aus Erdwärme und von der Sonne. Einige energieintensive Industrien und die chemische Industrie können zunehmend mit Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen wird, arbeiten. Die umweltschädliche Erzeugung von Wasserstoff aus Erdgas, mit Strom aus primär dafür errichteten Holzkraftwerken oder sogar aus Atomkraft, wie sie uns von interessierter Seite

als angeblich alternative Energiequelle verkauft wird, lehnen wir ab.

Der notwendige sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft ist auch arbeitsmarktpolitisch von hohem Interesse: In vielen niedersächsischen Regionen, wie auch infrastrukturschwachen Räumen wie in Ostfriesland entstehen tausendfach sichere Arbeitsplätze. Nicht nur in der Produktion, sondern auch im örtlichen Handwerk. Kommunen profitieren von den Gewerbesteuererinnahmen der Windparks, regionale Wirtschaftskreisläufe werden gestärkt.

Photovoltaik und Solarthermieanlagen auf Dächern von öffentlichen Gebäuden erzeugen große Mengen regenerativer Energie ohne jeglichen zusätzlichen Flächenbedarf. Wir wollen die ordnungsrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um regenerative Energien und Energieeffizienz zur Pflicht zu machen. Wo das aus Gründen des Bestandsschutz nicht möglich ist, sind Förderprogramme aufzulegen.

Die bisher ergriffenen Maßnahmen der Landesregierung werden diesen Anforderungen nicht gerecht. Es passiert viel zu wenig von dem, was technisch machbar und politisch notwendig ist, um möglichst schnell vollständig aus der Atomkraft und fossilen Energieträgern wie Kohle,

Öl und Erdgas aussteigen zu können. Alle Kohlekraftwerke im Land müssen schnellstmöglich stillgelegt werden. Es braucht ein Konzept, wie Niedersachsen aus den fossilen Energien wie Gas komplett aussteigt, den Energieverbrauch senkt und möglichst schnell klimaneutral wird. Mit der einseitigen Orientierung auf die Offshore-Windenergie werden eher Kapitalinteressen der großen Energiekonzerne in den Blick genommen. Wind und Sonne, Biomasse und Wasser brauchen keine riesigen Kraftwerkseinheiten. Sie müssen nicht über tausende Kilometer transportiert werden – Produktion und Verbrauch können besser regional und demokratischer organisiert werden.

Mit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben Pläne der Landesregierung, in Stade und Wilhelmshaven Terminals für sog. LNG-Gas (Flüssiggas) zu fördern, erneut an Fahrt aufgenommen. DIE LINKE lehnt das ab. Gleiches gilt für Gasbohrungen im Wattenmeer. Die Emissionen aus der Erdgasförderung schaden nachgewiesen dem Klima weltweit. Statt in neue Infrastruktur für Erdgas zu investieren, die erst in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts in Betrieb genommen werden würde, brauchen wir einen Plan, aus dem Erdgas und der Abhängigkeit von Energieimporten auszusteigen. Kurzfristig müssen zur Sicherung der Ver-

sorgungssicherheit die Gasspeicher in Niedersachsen vergesellschaftet und unter öffentliche Kontrolle gestellt werden.

Das Energieeinsparpotenzial ist längst nicht ausgereizt, weder im Verkehrsbereich, noch bei der Energienutzung im gewerblichen und privaten Bereich. Dieses endlich umzusetzen, nutzt der Umwelt und ist gleichzeitig kostengünstig für die Nutzer*innen. Große Potentiale zur Bindung von CO₂ liegen in Mooren und Wäldern.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Den Kohleausstieg Niedersachsens bis 2030.
- Die intensive Förderung der ökologischen Energiewende bestehend aus energetischer Sanierung, Energieeffizienz und zügigem Ausbau dezentraler, alternativer Energieversorgung mit Landesmitteln in Forschung und Umsetzung.
- Eine Umkehr der Tarifstrukturen, nach denen bisher die Kleinverbraucher*innen hohe, die Großverbraucher*innen aber niedrige Tarife zahlen. Kommunen, in denen die Preisgestaltung sich vor allem an sozialen Kriterien orientiert, sind besonders zu fördern.
- Die Einrichtung öffentlich kontrollierter, kommunal oder genossenschaftlich verwalteter Energiewerke, die die Möglichkeiten nutzen, durch

intelligentes Stoffstrom-Management die erneuerbaren Energien vor Ort (Wasser, Wind, Sonne, Abwärmenutzung biologischer Prozesse) optimal miteinander zu verzahnen und mit energetischer Sanierung aller Gebäude zu verknüpfen.

- Die Übertragung von Stromversorgungsnetzen in öffentliche Kontrolle, am besten in die Hand kommunaler Versorgungsverbände oder von Energiegenossenschaften.
- Eine flächendeckende, warmietenneutrale Förderung von Energieeinsparungsmaßnahmen in Gebäuden über die landeseigene Bank. Die Änderung der niedersächsischen Bauordnung dahingehend, dass Neubauten strengerer energetischen Standards entsprechen müssen. Diese muss eine Pflicht zu Photovoltaik-/Solarlagen auf Neubauten enthalten sowie zur entsprechenden Ausrüstung aller öffentlichen Gebäude.
- Ein landesweites Förderprogramm zur Wärmedämmung von Gebäuden mit nachwachsenden Dämmstoffen.
- Die Einwirkung der Landesregierung auf die Energieversorger*innen, ihre Tarife so zu gestalten, dass eine preisgünstige Grundversorgung gewährleistet wird und zur Gegenfinanzierung überdurchschnittlicher Verbrauch teurer gemacht wird.
- Die Umstellung aller Landeseinrichtungen umgehend auf regenerative Energieträger. An Gebäuden von Landeseinrichtungen sollen geeig-

nete Flächen zur Solarenergiegewinnung genutzt werden.

■ Die Nutzung industrieller Abwärme in Fernwärmenetzen die vorrangige Nutzung von Onshore-Windkraft gegenüber großen Offshore-Windparks. Mit einem eigenen niedersächsischen Repowering-Gesetz muss die Nutzung insbesondere von Onshore-Windkraftanlagen erleichtert und effektiver gestaltet werden.

■ Die stärkere Unterstützung und Finanzierung von Forschung und Entwicklung zu Energiespeichern. Niedersachsen muss eine Vorreiterrolle einnehmen.

■ Die „Fütterung“ von Biogasanlagen darf ausschließlich mit heimischen land- und forstwirtschaftlichen Rückständen und nicht mit verfütterbarem Grünschnitt erfolgen. Den zusätzlichen Anbau spezifischer energiereicher Pflanzen wie Mais zum ausschließlichen Biogaseinsatz lehnen wir ab.

■ Die Entwicklung und Umsetzung eines Programms zur Renaturierung von Mooren. Zugleich fordern wir ein Aufforstungsprogramm. Dadurch kann wirksam auf natürliche Weise CO₂ gespeichert werden.

Atomausstieg realisieren – Gefährdungen verhindern

Wir haben eine Vision eines strahlenfreien Niedersachsens für uns und unsere Nachfolgegenerationen. Wir wollen nachfolgenden Generationen

ein strahlenfreies Niedersachsen übergeben. Wenn die Zusagen eingehalten werden, wird ab Anfang 2023 kein Atomkraftwerk in Niedersachsen mehr am Netz sein. Das ist ein Erfolg der Anti-AKW-Bewegung. Aber: An keinem Ort in Deutschland ist so viel radioaktiv strahlender Müll gestapelt wie in Gorleben im niedersächsischen Wendland. Keine Region ist durch den Widerstand der dort lebenden Menschen und der vielen Tausenden, die sie aus ganz Europa unterstützen, so zum Symbol des Kampfes gegen den atomaren Wahnsinn geworden. Es ist wissenschaftlich längst bewiesen, dass Salzstöcke wie in Gorleben als Endlagerstätte ungeeignet sind.

Das marode Atommülllager Asse II bei Wolfenbüttel gilt als das größte Umweltproblem des Landes. Im ursprünglich als „Versuchsendlager“ offiziell ausgewiesenen, ehemaligen Salzbergwerk verrotten rund 126.000 Fässer mit radioaktivem und chemisch toxischem Müll und drohen, das Trinkwasser für uns, unsere Kinder, Enkel- und Urenkelkinder bis hin zu Weser und Elbe zu vergiften. Das alte und marode Eisenerzbergwerk Schacht KONRAD in Salzgitter wird derzeit zu einem Atommüllendlager umgebaut, obwohl es in keiner Weise den heutigen Sicherheitsanforderungen entspricht. Deshalb muss beim Schacht KONRAD ein sofortiger

Baustopp verhängt werden. DIE LINKE kämpft in enger Zusammenarbeit mit den Bürger*inneninitiativen im Wendland um Schacht KONRAD, um Würgassen, um die Asse und um die Atomkraftwerke Grohnde und Emsland sowie der Brennelemente-Fertigung in Lingen energisch für einen unumkehrbaren Atomausstieg und für eine andere Energiepolitik. Dabei konzentrieren wir uns auf folgende Kernforderungen:

Die Produktion weiteren Atommülls muss durch die unverzügliche Stilllegung aller Atomanlagen beendet werden. Wir setzen bei der Durchsetzung des unverzüglichen Atomausstiegs auf einen schnellstmöglichen Abschluss des Ausstiegs und auf eine sicher gebunkerte Aufbewahrung des Atommülls; jeder Lagerungsschritt muss technisch revidierbar sein. Alle Vorhaben, radioaktiven Abfall in Salz „end“zulagern, sind gescheitert.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Das Ende von Vorfestlegungen auf mögliche Atommülllager, sowohl geografisch als auch auf spezifische geologische Formationen.
- Die unverzügliche Rückholung und sichere Zwischenlagerung des toxischen Mülls in der Asse sowie die anschließende Sanierung der Asse die Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses des Endlager KONRAD. Das Endlager darf nicht in Betrieb gehen!

Keine Atmomüll-Zwischenlagerung im grenznahen Würgassen. Würgassen ist Überschwemmungsbiet.

- Die Schließung der atomaren Brennelementfertigungsanlage in Lingen.
- Die Sperrung der niedersächsischen Häfen für den Transport von Atombrennstäben und Atommüll.
- Die Veröffentlichung der Katastrophenpläne für noch existierende Atomanlagen das entschiedene Entgegenreten allen Versuchen auf EU-Ebene, dem Atomstrom eine Renaissance zu verschaffen.
- Eine Bundesratsinitiative, damit Deutschland aus dem Euratom-Vertrag aussteigt, der Europäischen Atombehörde, für die weiterhin „die Kernenergie eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belegung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt darstellt.“ (Aus der Präambel des Euratom-Vertrages). Der durchsichtige Versuch, Atomkraft als saubere und klimafreundliche Energievariante darzustellen, wie es auf EU-Ebene versucht wird, stößt auf unseren erbitterten Widerstand.
- Eine Bundesratsinitiative dafür, dass die Energiekonzerne für eine sichere Zwischenlagerung des Atommülls deutlich stärker zur Kasse gebeten werden. Wir fordern die vollständige Kostenübernahme der Atomkonzerne für die zukünftige Endlagerung – kein Freibrief für Konzerne!

Gefährdung von Natur und Umwelt – konsequentes Handeln dringend erforderlich

Niedersachsen als Flächenland hat eine reichhaltige Natur. Natürliche Landschaftsbereiche, Pflanzen und Tiere sind aber auch hier in Gefahr. Mehr als die Hälfte der Fläche Niedersachsens wird landwirtschaftlich genutzt und ist mit der verbreiteten industriellen Landwirtschaftsweise nicht als Natur zu bezeichnen. Unser Wald, der für die CO₂-Bilanz und als Lebensraum eine wichtige Rolle spielt, wird in erster Linie als Holzlieferant gesehen. Für eine möglichst gewinnsteigernde Waldnutzung werden Baumarten angepflanzt, die schnell viel brauchbares Holz liefern. Monokultur-Forste gefährden das Gleichgewicht der Arten und ihre Vielfalt. Zunehmend werden Flächen versiegelt, die somit für eine natürliche Wasserversickerung nicht mehr zur Verfügung stehen. Flüsse werden tiefer ausgebaggert und kanalisiert statt sie in ihrem natürlichen Verlauf mit Überflutungsflächen und einem natürlichen Mündungsgebiet zu erhalten. Der Ausbau der FFH-Gebiete geht zu langsam, entspricht nicht den Vorgaben der EU und hat zudem millionenschwere Strafen aus EU-Vertragsverletzungsverfahren zur Folge. Unsere Grundwasservorräte sind bedroht: durch trockenheitsbedingte, mangelhafte Ergänzung der Grundwasservorräte und durch übermäßige

Entnahmen, sowie von Schadstoffen und zu viel ausgebrachter Gülle. Gleichzeitig treten bei Starkregen und in küstennahen Gebieten Sturmfluten auf, die die Entwässerung gefährden.

Altlasten und Salzeinleitung in die Werra durch den Konzern „Kali und Salz“ sowie Pestizide wie Glyphosat und Düngereintrag aus Intensivlandwirtschaft vergiften Wasser, Boden und Luft und damit auch den Menschen.

Für große Gaskavernenprojekte in Ostfriesland wird hochkonzentrierte Salzsole in die Ems und die Nordsee verklappt; die Genehmigung der Gaspipelines und Kavernenlager erfolgt auf der Grundlage des Bergrechts, das Anwohner*innen-Rechte nahezu vollständig ignoriert.

Die Erdgas- und Erdölförderung in Niedersachsen hat jahrzehntelang keine Rücksicht auf Mensch und Natur genommen. Hochgiftige Schlammablagerungen, Giftstoffe im Trink- und Grundwasser und jahrelanges, ungefiltertes Abfackeln von Erdgas bringen nun 10-20 Jahre später erschreckende Ergebnisse: Deutlich vermehrte spezifische Krebserkrankungen im Umfeld der Förderplätze. Die Industrie weist jegliche Verantwortung von sich und die Landesregierung handelt viel zu langsam.

Zusätzlich werden – gefördert mit öffentlichen Mitteln – von großen Erdgasfirmen bei der Erdgassuche und -förderung hochgiftige Chemikalien in den Untergrund verpresst („Fracking“), was zusätzlich in mehreren Regionen bereits zu Grundwasserschäden geführt hat. Erdbebenschäden bei der konventionellen Erdgasförderung, sowie beim Fracking sind häufig weitere Belastungen für die Bevölkerung.

DIE SPD-CDU-Landesregierung hat die Erdgasfirmen sogar noch belohnt. Mehr als 250 Millionen Euro wurden vom Land nicht eingenommen, weil die Regierung die Förderabgabe zu Gunsten der Konzerne gesenkt hatte. Die genaue Zahl der Subvention ist bis heute geheim.

Auch in Niedersachsen nimmt das Artensterben zu. So lange die konventionelle Landwirtschaft auf Chemie (Dünger und Pestizide) setzt und je mehr die Temperatur ansteigt und je instabiler die Ökosysteme werden, desto mehr Tier- und Pflanzenarten verlieren wir. Insekten sind für das Bestäuben von Fruchtblüten unerlässlich. Bienen sind durch Umweltbelastungen gefährdet. Die Landesregierung hat mit dem „Niedersächsischen Weg“ einen ersten Schritt getan, diese Probleme anzugehen. Das reicht aber nicht.

Nicht nur in Stadtgebieten ist es zu laut, auch an Bahnstrecken und Flugschneisen außerhalb der Städte nimmt die gesundheitsgefährdende Lärmbelastung zu.

Die Vision der LINKEN ist, dass unsere Kinder und Kindeskiner viele verschiedene Lebensräume, Tier- und Pflanzenarten erleben können. Die Luft, die wir atmen, und das Wasser, das wir trinken, müssen frisch, sauber und gesund sein. DIE LINKE will unsere Natur in ihrer Vielfalt sowie Mensch und Umwelt vor Gefährdungen schützen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Das Ende der Abholzung von Alleen unter dem Vorwand der Unfallvermeidung.
- Das Ende von Flächenversiegelung – stattdessen: Entsiegelung ungenutzter Flächen.
- Die Ausweitung von Grünflächen für die Erhöhung der Lebensqualität – Erhalt und Ausweitung innerstädtischer Grünbereiche.
- Eine Förderung des Landes für die Einrichtung kommunaler Gemeinschaftsgärten.
- Die Errichtung von Ausgleichsflächen im Rahmen von Baumaßnahmen in räumlicher Nähe.
- Die Erhaltung und Ausweitung von Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Stärkung von Biotopverbänden, Ausweitung der LÖWE (Langfristige

Ökologische Wald-Entwicklung) –
Schutzziele auch auf private Waldflächen.

■ Ein Landesaufforstungsprogramm, um mehr Waldflächen zu schaffen – für das Klima und als Erholungsflächen.

■ Eine völlige Einstellung des Torfabbaus in Niedersachsen und Sicherung weiterer Moorflächen im Programm Natura 2000.

■ Den Erhalt und Neueinpflanzung von Saumbiotopen wie Hecken, Feldrainen, Gewässerrandstreifen von mind. 5m zum Erhalt der Artenvielfalt.

■ Wirksame Maßnahmen zum Schutz der Bienen.

■ Sicherung des Bestands der Wölfe, präventive Schutzmaßnahmen und vollständigen Schadensausgleich für durch Wolfsriss betroffene Schäfer*innen.

■ Jagdausübung ausschließlich nach ökologischen Prinzipien, keine „Lustjagdveranstaltungen“ für Prominente.

■ Das Ende der Verwendung von Tropenholz in öffentlichen Einrichtungen.

■ Die Einrichtung von Wildbrücken und Tunneln über Straßen, die Waldgebiete zerschneiden.

■ Keine Weser-, Elbe- oder Emsvertiefung – auch wegen der dadurch zunehmenden Versalzung der Binnengewässer.

■ Den freien Zugang zur Natur überall, insbesondere an der gesamten niedersächsischen Nordseeküste.

■ Die Rückverlegung von Deichen

zur Schaffung von Flächen, auf denen sich das Wasser ausdehnen kann und Erhöhung der Deiche.

■ Die Abstimmung mit Hessen und Thüringen mit dem Ziel des Verbots einer weiteren Versalzung von Werra und Weser durch die Firma Kali & Salz.

■ Die Regulierung der Grundwasserentnahme durch die Industrie und in gefährdeten Gebieten auch durch die Landwirtschaft.

■ Die kontrollierte Reinigung von Industrieabwässern.

■ Die erhebliche Einschränkung der Verwendung von Gülle.

■ Die Entwicklung eines Konzeptes für die getrennte Versorgung mit Brauch- und Trinkwasser gemeinsam mit den kommunalen Versorgungsunternehmen. In besonders gefährdeten Gebieten kann auch der Einbau getrennter Systeme baurechtlich vorgeschrieben werden.

■ Die Stellung von Genehmigungsverfahren für Gaskavernen und -leitungen unter das Umweltrecht mit verbindlicher Umweltverträglichkeit.

■ Das Ende der ungefilterten Abfackelung bei der Erdgasförderung – Absolutes Verbot des sog. Abblasens von Gas.

■ Das Ende neuer Genehmigungen zur Förderung von Erdgas und Erdöl in Niedersachsen.

■ Die ordnungsgemäße Entsorgung hochgiftiger Abfälle aus der Erdöl- und Erdgasförderung.

■ Eine umfangreiche Landesstudie

zur Ursachenermittlung der Krebshäufungen und anderer Krankheiten im Umfeld von Erdgas- und Erdölförderstätten.

- Das Totalverbot des Frackings.
- Die Verhinderung des Baus von LNG-Terminals.
- Die Verstärkung der Gefährdungsabschätzung und der Sanierung von gefährlichen Altlasten, sowie die Schaffung eines Fonds zur landesweiten Altlastensanierung unter Heranziehung der Industrie.
- Den Stopp des zunehmenden Müllberg durch Einwegbecher. Jährlich werden mehrere Milliarden Coffee-to-go-Becher in Deutsch-

land verbraucht – wir wollen uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass zukünftig Mehrwegbecher mit einem Pfandsystem genutzt werden. Übergangsweise sollen die Einwegbecher in Niedersachsen mit einer Umweltabgabe belastet werden.

- Ein landesweites Lärmschutzprogramm unter Einschluss eines Nachtflugverbotes für niedersächsische Flughäfen.
- Die Verstärkung der personellen und finanziellen Landesressourcen, um effektiv die Bevölkerung vor schädlichen Einflüssen aus Industrie und Verkehr schützen zu können.

Demokratie und öffentliches Allgemeinwohl

Kultur von allen und für alle

DIE LINKE geht von einem umfassenden Kulturbegriff aus. Unser Ziel ist, dass Kultur offen und vielfältig ist und dass alle Menschen sie in dieser Vielfalt gestalten und erleben können. Keine Person darf vom Zugang zu Kultur ausgegrenzt sein, weil sie ein geringes Einkommen hat oder auf dem Land wohnt. Wir wollen, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene Kultur selbst gestalten können und treten deshalb für offene und selbstverwaltete Förderstrukturen ein.

Neben den großen Landeseinrichtungen wie Opern, Theatern und Museen

gibt es viel mehr und auch neue Ausprägungen von Kultur. Freie Theater, kleine Kinos, Clubs, Festivals, Soziokultur und kulturelle (Jugend-)Bildung fallen zu oft unter den Tisch, obwohl hier mit vergleichsweise wenig Geld viel erreicht werden könnte. Eine lebendige Kulturszene ist Ausdruck für eine lebendige Gesellschaft. Kultur schafft Innovation. Sie ist ein Labor für gesellschaftlichen Fortschritt.

Kulturell Tätige sind oft schlecht bezahlt und unzureichend abgesichert. Seit 2018 wurden die Vergütungen nicht erhöht. Und viele kulturelle Angebote sind nicht bezahlbar für die vielen

Menschen mit niedrigen Einkommen oder für Hartz IV-Beziehende. Kultur darf nichts Elitäres sein, dass sich nur ein Teil der Menschen leisten kann und von dem viele ausgegrenzt sind.

In der Corona-Krise hat besonders das kulturelle Leben gelitten. Betroffen sind die Kunstschaffenden. Solo-Selbständige und Kleinstunternehmer*innen leben am Rande ihrer Existenz. Die finanziellen Folgen der Corona-Krise gefährden auch kulturelle Einrichtungen, weil die Regierenden hier Sparpotentiale sehen. Die Spielstättenförderung für die freien Theater ist immer noch nicht gesichert. Projekte der freien Kulturszene, aber zunehmend auch etablierte Einrichtungen, kämpfen um ihr Überleben. Kulturelle Einrichtungen leiden zunehmend unter einem an die Substanz gehenden Investitionsstau. Theater und Orchester benötigen Planungssicherheit durch langfristig angelegte verbindliche Förderverträge. Niedersachsen liegt bei der Kulturförderung im bundesweiten Vergleich an drittletzter Stelle. Kulturminister Thümmler hat ein Kulturfördergesetz eingebracht, das so unkonkret ist, dass es auch wegbleiben könnte.

DIE LINKE setzt sich ein für:

■ Die Aufstockung der Kulturförderung, einschließlich der Mittel der Kommunen, mindestens auf das Durchschnittsmaß aller Bundesländer.

■ Eine niedersächsische Kulturagentur, die Kunstschaffenden und Kulturprojekten Managementservices, Projektunterstützung und Informationen über landeseigene Projekte gibt.

■ Ein spezielles Landesprogramm zur Unterstützung von Kunstschaffenden, die unter der Corona-Krise gelitten haben.

■ Freien oder mindestens stark ermäßigten Eintritt in kulturellen Landeseinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Finanzschwache.

■ Die Ausweitung von theater-, musik-, museums- und medienpädagogischem Angebot, insbesondere in den ländlichen Regionen.

■ Den Ausbau der Kinder- und Jugendtheater.

■ Barrierefreiheit und inklusive Angebote in Kultureinrichtungen – was nur mit ausreichendem Personal möglich ist.

■ Die Absicherung kultureller Einrichtungen auf kommunaler Ebene durch ausreichende Landeszuschüsse.

■ Die Förderung von Kulturentwicklungsplanung auf kommunaler Ebene.

■ Die gezielte Förderung und Bereitstellung von Kulturflächen.

■ Förderprogramme zu Begegnungsstätten, -räumen und Orten des Austauschs.

■ Kulturinitiativen von migrantischen Gruppen, die wir als wertvollen Beitrag zu kultureller Vielfalt und gesellschaftlicher Integration unterstützen werden, ebenso wie die Förderung

von antirassistischer, feministischer, antifaschistischer und kritischer Kulturarbeit.

■ Eine Stärkung von Kultur- und Kulturförderung in der Fläche sowie Kulturförderung und Fördermöglichkeiten transparent zu machen und tendenziell Fördermittel von Image- zu Basisprojekten umschichten.

■ Eine zuverlässige institutionelle Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur, Förderung unabhängiger Kulturinitiativen, auch Pop-Musik und Graswurzelkultur.

■ Die Definition von Klubs als Kulturstätten im Baurecht.

■ Die Novellierung des Landesmediengesetzes mit dem Ziel, unabhängige Einrichtungen wie Lokalsender und offene Kanäle zu schützen und weiter auszubauen.

■ Eine stärkere Unterstützung von Initiativen für Bürgerrundfunk.

■ Die Mitbestimmung der Beschäftigten bei der Auswahl der Intendanz.

■ Die Anschließung einer Bundesratsinitiative für eine bessere soziale Absicherung von Kunstschaffenden und die Aufnahme der Arbeitslosenversicherung in die Künstlersozialkasse.

■ Rechtlich abgesicherte unbefristete Arbeitsverträge für Kunstschaffende mit einer Bezahlung, die den jeweiligen Qualifikationen angemessen ist statt befristeter Kettenverträge.

Sport: Dabei sein können ist für alle wichtig

Sport gehört wie Bildung und Kultur zur gesellschaftlichen Teilhabe. Denn Sport bringt Lebensqualität, verbindet Menschen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung ihrer sozialen Beziehungen. Er fördert Selbstvertrauen und das Bewusstsein für die eigenen Fähigkeiten. Er fördert die Gesundheit und die Rehabilitation nach Krankheit und Verletzungen.

Sport ist eine öffentliche Aufgabe. Der Zugang dazu darf nicht privaten Gewinninteressen untergeordnet werden. Sport liefert wertvolle Beiträge dazu, Brücken zwischen Menschen zu schaffen, Menschen mit körperlichen Einschränkungen zu fördern, Toleranz zu leben und Vorurteile abzubauen. Er bietet Chancen für interkulturelle Verständigung und kann dazu beitragen gesellschaftliche und geschlechtsspezifische Beschränkungen in Frage zu stellen und zu überwinden.

In der Corona-Krise mussten viele sportliche Aktivitäten ausfallen. Die allermeisten Mitglieder sind ihren Vereinen treu geblieben. In Zusammenarbeit mit dem Landessportbund müssen jetzt die Landeszuschüsse für die Sportförderung dringend aufgestockt werden, um die Rückkehr der Aktiven zu den sportlichen

Angeboten zu erleichtern und die sportliche Betätigung für alle zu ermöglichen.

In den Städten und Gemeinden in Niedersachsen unterstützt DIE LINKE Sportentwicklungspläne, die darauf abzielen, allen Interessierten die Möglichkeit zur Teilhabe zu geben. Finanzielle Kürzungen bei der Förderung des Breitensports lehnen wir ab.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Den Erhalt und Ausbau öffentlicher Sportanlagen und die Erhöhung der Landesmittel für Sanierung und Neubau.

- Sportvereine, die wegen Corona in finanzielle Schwierigkeiten gekommen sind. Diese sind aus Landesmitteln zusätzlich zu unterstützen.

- Eine Landesförderung der Sportvereine mit dem Ziel, für Kinder im ersten Schuljahr eine kostenlose Mitgliedschaft im Sportverein zu ermöglichen.

- Die Stärkung von Sportförderung und die gesetzliche Verankerung von Sport als kommunale Pflichtaufgabe, sodass ein breites Angebot für unterschiedliche Interessen ermöglicht wird.

- Einen Beitrag des Landes an die Kommunen zur Förderung der Teilhabe am Breitensport.

- Die Erhöhung der Übungsleiter*innenpauschalen, damit Qualifizierungsmaßnahmen für Übungs-

leiter*innen vor allem im Kinder- und Jugendbereich kostenfrei werden.

- Flächendeckend barrierefreie Sportanlagen.

- Die Möglichkeit, Schwimmen zu lernen für alle Menschen, gerade auch jene, die spezielle Angebote brauchen.

- Die Förderung der Teilnahme von Geflüchteten am normalen Vereins-sport.

- Das gezielte Ansprechen von Bevölkerungsgruppen, gemeinsam mit dem Landessportbund, die im Vereinssport bislang unterrepräsentiert sind die Förderung von Projekten gegen Diskriminierung und Gewalt im Sport.

Gerechtigkeit: Vor und nach Gerichtsurteilen

DIE LINKE strebt einen Rechtsstaat an, der für alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft gleichermaßen funktioniert, der kurze Verfahrenswege und Verfahrenssicherheit gewährleistet. Der Zugang zur Justiz darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir wollen einen Strafvollzug, der resozialisiert und einen nachhaltigen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung leistet. Wir wollen die sozialen Ursachen von Kriminalität aufheben.

Die Verfahren vor Gericht dauern in Niedersachsen viel zu lang. Es gibt einen riesigen Rückstau von Fällen, vor allem im Bereich der Sozialge-

richte und der Verwaltungsgerichte. Dadurch werden Betroffene in der Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche behindert.

Der Strafvollzug muss noch viel mehr zur Resozialisierung hin orientiert werden. Einfaches Wegsperrern schafft nur Rückfalltäter*innen.

Die Beratungskostenhilfe wird in Niedersachsen immer restriktiver gewährt, so dass Rechtssuchende mit geringem Einkommen benachteiligt werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die Neueinstellung von Richter*innen, vor allem bei Sozial- und Verwaltungsgerichten.
- Die Befreiung des Zugangs zur Beratungskostenhilfe von bürokratischen Hindernissen.
- Den Ausbau des Schlichtungssystems durch Mediation und der Täter-Opfer-Ausgleichsprogramme.
- Eine wirksamere Strafverfolgung von Wirtschaftsstraftäter*innen und vor allem von Steuerhinterziehung durch eine personelle Verstärkung der Finanzämter.
- Mehr Personal in den Vollzugsanstalten und die Weiterentwicklung des offenen Vollzugs nach skandinavischem Vorbild.
- Einen personellen Ausbau der Bewährungshilfe.
- Arbeitgebende-Rentenversiche-

rungsbeiträge auch im Strafvollzug.

- Mindestlohn und Mindestsicherung für Gefangene.
- Eine Abschaffung des einfachen Dienstes im Justizdienst und eine Höhergruppierung der Stelleninhaber*innen zur Sicherung der Gleichbehandlung gegenüber anderen Beamt*innen.
- Einen Ausbau der Mitbestimmung der Richter*innen-Räte bei allen personellen Entscheidungen, insbesondere bei Beförderungen, zur Stärkung der richterlichen Unabhängigkeit.
- Wiedergutmachung begangenen Unrechts. Das gilt für die bis 1969 zu Gefängnisstrafen verurteilten Homosexuellen, ebenso wie für die Opfer der Berufsverbote in den 70er und 80er Jahren.

Öffentliche Aufgaben müssen ausreichend finanziert werden

Unser Leitbild ist das eines sozialen, gerechten und demokratischen Staates. Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten. Wir wollen ein leistungsfähiges Land Niedersachsen. Niedersachsen soll auf Bundesebene sein ganzes Gewicht dafür einsetzen, eine sozial gerechte Steuergesetzgebung herzustellen.

Die Schulden des einen sind immer das Geldvermögen eines anderen. Daher gibt es in unserer Gesellschaft keine Schuldenkrise. Es gibt eine Verteilungskrise. Sie ist Ergebnis der

jahrelangen Umverteilungspolitik von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN zu Gunsten der Reichen. In Niedersachsen gibt es inzwischen ungefähr 150.000 Vermögensmillionär*innen und ca. 2.000 Menschen, deren Einkommen im Jahr mehr als eine Million Euro ausmacht.

Straßenausbaubeitragssatzungen wollen wir durch Landesgesetz ausschließen, weil sie einseitig die Anwohnenden belasten und nicht die Verursachenden des Straßenverkehrs.

Das Kreditaufnahmeverbot in unserer Landesverfassung, das verniedlichend „Schuldenbremse“ genannt wird, ist zurückzunehmen. Durch die Rückkehr zur Schuldenbremse, geht auch die öffentliche Nachfrage zurück. Dadurch droht der Rückfall in eine Rezession. Der DGB Niedersachsen hat vor dem Hintergrund der bestehenden verfassungsrechtlichen Regelung einen „Niedersachsen Fond“ vorgeschlagen. Damit könnten physische Investitionen aus dem Kernhaushalt auf einen landeseigenen Fonds übertragen werden, z.B. in eine Wohnungsbaugesellschaft des Landes als Teil dieser Einrichtung. Mit dem Niedersachsen Fond, der natürlich demokratischer Kontrolle unterliegen muss, liegt ein Konzept auf dem Tisch, das für die finanzielle Absicherung einer sozia-

leren Politik genutzt werden kann. Volkswirtschaftlich ist das Kreditaufnahmeverbot unsinnig, weil es Arbeitsplätze schaffende, dringend notwendige öffentliche Investitionen behindert, dem Land Gestaltungsspielräume für eine am Gemeinwohl orientierte Politik nimmt und damit in der Tendenz staatliche Stellen zum Sozialabbau nötigt.

Das Land soll die niedersächsische Förderbank (NBank) wesentlich stärker als bisher für gezielte Förderprogramme zur Transformation der Gesellschaft nutzen. Dabei geht es um günstige Kredite und Zuschüsse, aber auch um Unternehmensbeteiligungen.

Die mehrheitlich landeseigene Norddeutsche Landesbank (NORD/LB) hat als Anstalt des öffentlichen Rechts einen öffentlichen Auftrag, den sie kaum noch wahrnimmt. Die NORD/LB soll als Bank des Landes und der Sparkassen durch ihre Geschäftspolitik den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft unterstützen, z.B. durch Kredite und Investitionen in den Bereichen regenerative Energie, sozialer Wohnungsbau oder durch gezielte Beteiligungspolitik. Die kommunalen Sparkassen und die NORD/LB verfügen über erhebliches Kapital und hohe Fachkompetenz und sollen ihre Geschäftspolitik stärker an ihrem öffentlichen Auf-

trag orientieren. Die politischen Entscheidungstragenden haben es in der Vergangenheit versäumt die Geschäftsstrategien ihrer Kreditinstitute entsprechend zu beeinflussen.

Im Steuervollzug, der Sache des Landes ist, liegen riesige Reserven, weil nicht einmal die bestehenden Steuergesetze konsequent angewendet werden. Dafür müssten allerdings die Finanzämter personell deutlich aufgestockt werden.

Wir werden das ändern und entsprechend den Vorschlägen des DGB und der Steuergewerkschaft folgende Punkte umsetzen:

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die Einbringung einer Gesetzesinitiative im Bundesrat für die Wiedererhebung der Vermögenssteuer.
- Die Einbringung von Gesetzesinitiativen im Bundesrat für erhöhte Großerben- und Körperschaftssteuern.
- Die Einbringung einer Gesetzesinitiative im Bundesrat für die Einführung einer Börsenumsatzsteuer.
- Die Einbringung einer Gesetzesinitiative im Bundesrat für die Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine Gemeindegewerbesteuer, die nicht nur Unternehmen, sondern auch Selbständige und Freischaffende mit einbezieht und langfristig die Einnahmesituation der niedersächsischen

Kommunen verbessert.

- Einen jährlichen Ausbau der Steuerverwaltung um 100 zusätzliche Stellen und die Aufhebung des dortigen Beförderungsstaus, um allein dadurch jährlich rund 500 Millionen mehr an Steuern von den Reichsten im Land zu erheben.
- Die Einführung einer niedersächsischen Waffenbesitzsteuer zur Reduzierung des privaten Waffenbesitzes.
- Die Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes durch die Einführung neuer kommunaler Steuern auf unverhältnismäßigen Verkaufsflächenverbrauch oder spekulativen Leerstand von Gebäuden (Leerstands-Steuer).
- Die sofortige Einführung der Grundsteuer C, die das spekulative Nichtbebau von baureifen Grundstücken erfasst.
- In Sofortprogramm zur Stärkung der Innenstädte und urbanen Zentren, das sich an den Forderungen des niedersächsischen Städtetags orientiert.
- Neuverhandlung der Kirchenstaatsverträge zum Abbau nicht gerechtfertigter Privilegien.
- Die Kürzung von Abgeordnetenlöhnen, Minister*inneneinkommen und Staatssekretär*inneneinkommen auf ein angemessenes Maß. Pensionen für ehemalige Minister*innen und Staatssekretär*innen sollen erst mit Eintritt des gesetzlichen Renteneintrittsalters gezahlt werden.

Mehr Demokratie wagen

Bürger*innen wollen an den politischen Entscheidungen teilhaben. Eine lebendige Demokratie braucht aber mehr direkte Demokratie auf allen Ebenen, damit die Einwohner*innen ihre Interessen besser wahrnehmen und sich an Entscheidungen des demokratischen Gemeinwesens aktiv beteiligen können.

Immer noch ist es auch in Niedersachsen so, dass vielen Menschen ohne deutschem Pass das Wahlrecht vorenthalten wird, obwohl sie hier schon lange leben, arbeiten und auch Steuern zahlen. Das Wahlrecht für den Landtag besteht erst ab einem Alter von 18 Jahren, während es für kommunale Vertretungen ab 16 Jahren besteht.

Demokratische Teilhabe besteht aber nicht nur darin, wählen zu gehen. Bürger*innenentscheide und Volksabstimmungen sind Elemente der direkten Demokratie. Die Quoren für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide nach der Landesverfassung sind viel zu hoch. Das Gleiche gilt für die entsprechenden Elemente direkter Demokratie auf kommunaler Ebene. DIE LINKE will diese Rechte erleichtern und zu einem selbstverständlichen Bestandteil politischer Beteiligung machen. Um den Einfluss der Bürger*innen zu erweitern, muss das Kommunalrecht

so geändert werden, dass das ganze Wahlgebiet in einer Liste erfasst wird.

Transparenz ist eine Voraussetzung für eine Politik, die den Menschen zugewandt ist. Alle gewählten Gremien sollten, soweit es geht, öffentlich tagen. Das wichtigste kommunale Gremium neben dem Rat oder Kreistag, der Verwaltungsausschuss, Samtgemeindeausschuss oder Kreisausschuss, tagt dagegen nicht öffentlich, sondern geheim. Die Mitglieder des Landtages und auch kommunale Abgeordnete sollten verpflichtet werden alle Einkünfte aus Tätigkeiten neben ihrem Mandat offenzulegen.

Demokratie wird auch kommunal beschädigt, wenn die finanzielle Ausstattung der Kommunen gar keine Entscheidungsspielräume mehr zulässt. Die Schere zwischen armen und reichen Kommunen klafft weit auseinander. So sind viele Kommunen finanziell nicht mehr in der Lage, für ihre Einwohner*innen wichtige und notwendige Investitionen zu tätigen. Das grundgesetzlich garantierte Recht der kommunalen Selbstverwaltung existiert für diese Kommunen nur noch auf dem Papier. Der bestehende kommunale Finanzausgleich wird den ungleichen Bedingungen zwischen den Kommunen nicht gerecht.

Die gegenwärtige Landesregierung hat die Demokratie nach dem Kommunalverfassungsgesetz zurückgebaut. Bürger*innenentscheide wurden weiter erschwert und sind jetzt z.B. nicht mehr bei geplanten Krankenhausschließungen erlaubt. In den Gremien der Selbstverwaltung wurde für die Besetzung der Mandate das Höchstzahlverfahren nach d´Hondt eingeführt, damit sich die aus Wahlen hervorgehende Pluralität der verschiedenen Parteien nicht mehr in den kleineren Gremien widerspiegelt.

Noch immer ist das Recht der Kommunen sich wirtschaftlich zu betätigen und damit eigene Einnahmen zu generieren, um Gestaltungsspielräume zu erschließen, mit Fesseln belegt, die einem kapitalistischen Leitbild entsprechen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Das kommunale Wahlrecht für alle, die ihren ersten Wohnsitz mindestens drei Monate in der Kommune haben.
- Die Senkung des Wahlalters für den Landtag auf 16 Jahre.
- Die Absenkung der Hürden für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide.
- Die Erleichterung kommunaler Bürger*innenentscheide, die zu allen Sachfragen möglich sein sollen, die in die Entscheidungskompetenz der jeweiligen kommunalen Vertretung fallen.

- Eine Reform der Kommunalverfassung für: die Öffentlichkeit des Verwaltungsausschusses, Samtgemeindeausschusses oder Kreisausschusses; die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit für die Kommunen; die Besetzung der Gremien nach dem gerechteren Hare-Niemeyer-Verfahren.

- Eine frühe Beteiligung der Einwohner*innen bei allen Planungen in der Kommune und im Land unter Nutzung digitaler Medien.

- Eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen zur Sicherstellung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts.

- Ein Informationsfreiheitsgesetz nach Hamburger Vorbild.

Privatisierung ist Raub öffentlichen Eigentums

Der Reichtum des Landes konzentriert sich in wenigen Händen. Die öffentliche Armut nimmt zu, verstärkt durch geringere Steuereinnahmen in der Zeit der Corona-Pandemie. Wenn das Geld knapp wird, ist schnell das Thema „Verscherbeln öffentlichen Eigentums“ auf dem Tisch. Der Bundesfernstraßenbau soll künftig noch stärker in öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) abgewickelt werden. Die Beschäftigten der Auftragsverwaltung in der Landesstraßenbaugesellschaft fürchten um ihre tariflich gesicherten Arbeitsplätze, wenn sie auf private Straßenbaugesellschaften übergehen sollten. Privat finanzierte

Straßen sind aber teurer und werden letztlich von den Verkehrsteilnehmer*innen bezahlt werden müssen.

Privatisierung ist Raub öffentlichen Eigentums. Sie schränkt demokratische Beteiligung ein und muss teuer bezahlt werden. Der Verkauf öffentlichen Eigentums insbesondere in der Daseinsvorsorge muss auf allen Ebenen rückgängig gemacht werden. ÖPP-Projekte („Öffentlich-private Partnerschaften“) sind eine Variante der Privatisierungspolitik, bei denen die Risiken durch öffentliche Haushalte abgedeckt, die Gewinne aber von den privaten Investoren eingestrichen werden. Das lehnt DIE LINKE strikt ab. Sie will stattdessen Einrichtungen in öffentlichem Eigentum stärken, z.B. die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und die Norddeutsche Landesbank, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Krankenhäuser, Wohnungsbaugesellschaften, Energieversorgungsunternehmen, Verkehrsunternehmen sowie Bildungs- und Kultureinrichtungen, die dem Land oder den Kommunen gehören. Ihre Geschäftspolitik ist am Allgemeinwohl auszurichten.

Auch staatliche Beteiligungen an privaten Unternehmen wie bei VW oder Salzgitter AG haben eine infrastrukturell und volkswirtschaftlich wichtige Bedeutung für das Land und sind deshalb zu schützen. Der staat-

liche Einfluss ist zur Sicherung der Arbeitsplätze, für ökologisch sinnvolle Produktionen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu nutzen.

Freiheit braucht Gleichheit beim Zugang zu digitalen und analogen Medien

Das offene Internet bietet vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten an öffentlichen Entscheidungen des Landes. Es kann Transparenz schaffen und die Demokratie festigen, wenn es nicht den Verwertungsinteressen privater Dienstleister*innen untergeordnet wird. Notwendige Investitionen für ein flächendeckendes schnelles Internet für alle stehen immer noch aus. Weder der Wohnort noch die finanzielle Situation der Einwohner*innen dürfen zu einer digitalen Spaltung der niedersächsischen Gesellschaft führen. An Bildungseinrichtungen darf die Chancengleichheit nicht durch das Fehlen von Endgeräten bei Menschen mit geringem Einkommen gefährdet werden.

Zur Transparenz des Umgangs mit dem Internet gehört, dass öffentlich erhobene nicht personenbezogene Daten frei zugänglich sind und in einem bearbeitbaren Format zur Verfügung stehen, dass die Weiterverarbeitung erlaubt (Open Data). Open-Source-Software sollte in allen öffentlichen Einrichtungen eingeführt werden.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist das Eigentum der Gebührenzahlenden. Die Aufsicht obliegt ihnen. Medienkompetenz entwickelt sich nicht zuletzt durch eigenes Tun. Inhalte kritisch hinterfragen zu können ist nur möglich, wenn die Konsument*innen-Perspektive verlassen werden kann und Bürger*innen zu Produzent*innen werden können. Die Bürger*innen-Medien müssen eine echte dritte Säule im Rundfunksystem bilden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Einen Breitband-Ausbau in Stadt und Land in genossenschaftlicher und kommunaler Trägerschaft.
- Freies WLAN in öffentlichen Gebäuden.
- Die Unterstützung von Freifunkinitiativen.
- Die Sicherstellung von Netzneutralität durch entsprechende Bandbreiten. Keine Volumen- und Geschwindigkeitsbegrenzungen, die mit höheren Kosten verbunden sind.
- Meinungsfreiheit im Netz, die ein wichtiges Gut bleibt. Das schließt nicht aus, rechtsextreme und rassistische Hetze wirksam bekämpfen zu können.
- Den Ausbau des Bürger*innenfunks und der Bürger*innenmedien ohne Werbung oder andere Formen der Kommerzialisierung. Bürger*innen-Sender und Offene Kanäle müssen ausreichend finanziert werden.

Sicherheit ohne Überwachungsstaat

Kriminalität ist in erster Linie eine Folge von ungelösten sozialen Problemen. Politiker*innen anderer Parteien nutzen das Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung nicht selten für demagogische Vorstöße, um Bürger*innenrechte zu beschneiden oder sich öffentlich gegen Minderheiten zu stellen, seien es Geflüchtete, Bettelnde, Drogenabhängige oder Prostituierte. Die Zahl der Verbrechen und Gewalttaten nimmt aber seit Jahren ab.

Die Überwachung im öffentlichen Raum nimmt dagegen zu. Kameras auf Bahnhöfen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, an öffentlichen Plätzen, Supermärkten und anderswo sollen Straftaten verhindern, tatsächlich aber verlagern sie Kriminalität nur. Sie stellen Bewohner*innen, die in den Blick der Kameras geraten, unter Generalverdacht. Die Kontrolle über die Verwendung und die Speicherung dieser Daten ist für die Bürger*innen kaum möglich.

Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung werden Bürger*innenrechte eingeschränkt. Nicht größere Sicherheit, aber stärkere Überwachung ist das Ergebnis der gegenwärtigen Sicherheitspolitik in Bund und Land. Der Weg in den Überwachungsstaat muss durch demo-

kratische Kontrollen und Begrenzung gespeicherter Daten verbaut werden.

Das Land unterhält einen Geheimdienst („Verfassungsschutz“), der nicht ausreichend parlamentarisch kontrolliert ist und ein gefährliches Eigenleben entwickelt. Die Verfassung schützt er nicht. Die niedersächsische Landesregierung hat den Schnüffelapparat ausgebaut und Personal- ebenso wie Sachmittel aufgestockt. Zur Kontrolle werden die Mitglieder des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zwar informiert, doch die Interna des Geheimdienstes bleiben auch Ihnen verborgen.

Demokratie verwirklicht sich auch in außerparlamentarischen Aktivitäten. Diese werden immer noch durch unverhältnismäßige Einschränkungen des Versammlungsrechts begrenzt, wobei dem „Verfassungsschutz“ sogar eigene Rechte eingeräumt werden.

Mit dem NPOG – Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz – werden wichtige Grundsätze, die ihren Ursprung in den Lehren aus dem Faschismus haben, weiter ausgehebelt. Das Verhältnis zwischen Bürger*innen und dem Staat wird auf den Kopf gestellt und alle Menschen, die gewissen Normen nicht entsprechen, stehen unter einem Generalverdacht. Die Unschuldsvermutung

wird unterlaufen und Menschen können bis zu 35 Tage nur auf Verdacht in Gewahrsam genommen werden. Rechtsstaatlichkeit heißt auch Schutz des Einzelnen vor staatlicher Willkür.

Wir wollen eine bürger*innennahe Polizeiarbeit. Sie muss verhältnismäßig sein und die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten, ohne Freiheitsrechte oder demokratische Kontrollrechte einzuschränken. Polizist*innen sollen im Dienst grundsätzlich anonymisiert Nummern oder Namensschilder tragen, damit sie ggf. identifiziert werden können.

Polizei, Schulen und öffentliche Verwaltungen liegen in der Hoheit des Landes. Das Land Niedersachsen muss beispielhaft vorgehen und dafür Sorge tragen, dass Bürger*innen weder bei der Polizei noch auf dem Amt in irgendeiner Form Rassismus, Sexismus oder einer anderen Form von Diskriminierung ausgesetzt sind. Besonders bei der Aus- und Weiterbildung von Erzieher*innen und Lehrer*innen muss der Aspekt Antirassismus und Respekt in den Fokus gestellt werden.

Eine unabhängige Beschwerdestelle zur Untersuchung polizeilichen Fehlverhaltens sichert Rechte von Einwohner*innen und mindert zugleich die Gefahr, dass durch falsch verstandenen Corps-Geist polizei-

interne Verfehlungen nicht geahndet werden.

Die flächendeckende Warnung der Bevölkerung ist schon viele Jahre Thema, aber wird kaum umgesetzt. Die Sirene ist immer noch das ideale Mittel die Menschen zu alarmieren und sich dann zu informieren, welche Gefahr vorliegt.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Eine Demokratisierung des Versammlungsrechts und die Rücknahme der Restriktionen, die durch frühere Regierungen geschaffen wurden.
- Eine demokratische Reform des Polizeirechts, d.h.: keine Verdachtsinhaftierungen, pseudonyme Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen und eine unabhängige Beschwerdestelle für Polizeianglegenheiten.
- Eine Rückkehr der Polizei in die Fläche.
- Die Auflösung des staatlichen Geheimdienstes „Verfassungsschutz“ und seine Ersetzung durch ein transparent arbeitendes wissenschaftliches Institut, das demokratiefeindliche Bestrebungen analysiert und auswertet.
- Die Entmilitarisierung der Ausstattung der Polizei, d.h.: kein Einsatz von Maschinengewehren, Tasern und Militärfahrzeugen.
- Eine Studie zu Rassismus und anderen menschenfeindlichen

Einstellungen innerhalb der Sicherheitsbehörden und ein konsequentes Vorgehen gegen extrem rechte Netzwerke in der Polizei, der Justiz und weiteren Sicherheitsbehörden.

- Die stärkere Einbeziehung von Migrant*innen in den öffentlichen Dienst und dafür interkulturelle Kompetenz als Einstellungskriterium zu berücksichtigen.
- Den Ausbau und die Verstetigung von Strukturförderung für Migrant*innenselbsthilfeorganisationen.
- Ein wirksames Antidiskriminierungsrecht, dass sich am Berliner Antidiskriminierungsgesetz orientiert und Partizipation und Teilhabe von Migrant*innen umfassend regelt.
- Den Aufbau von flächendeckenden Sirenenetzen zur Warnung der Bevölkerung.

Ländlichen Raum lebendiger machen!

Entfaltung und lebendige Dörfer statt Armut und Verödung

Niedersachsen ist ein Flächenland mit vielfältiger Landschaft: Küsten, Wattenmeer, Moore, Heide, Wälder, Berge und Seen. An die Landwirt*innen und Forstwirt*innen in den ländlichen Räumen wird eine Vielzahl von Anforderungen gestellt. Sie sollen ökologisch nachhaltig produzieren, die Landschaft mit ihren Naturräumen pflegen, gleichzeitig aber wirtschaftlich arbeiten. Das alles bei einem großen Preisdruck durch Konzerne und einer starken Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels. Sie gehen einem Beruf nach, der an 365 Tagen im Jahr ihre Aufmerksamkeit fordert. Gleichzeitig leiden sie und ihre Familien unter einer gesellschaftlichen Stimmung, in der ‚den Landwirt*innen‘ prinzipiell die Schuld an Tierleid, Naturzerstörung und dem Rückgang der Artenvielfalt gegeben wird. Unter diesem Druck geben immer mehr Landwirt*innen auf oder finden keine Nachfolge. So verlieren dörfliche Strukturen ihre Stützen und die Konzentration und Industrialisierung der Land- und Forstwirtschaft schreitet voran.

Während einige Regionen unter Abwanderung und Entvölkerungstendenzen leiden, steigen in besonders touristisch geprägten Regionen und

im Umland der größeren Städte die Wohnkosten und die Preise für Bauland. In unter Abwanderung leidenden Ortschaften und Dörfern bildet sich ein Teufelskreis aus: mangelnden Arbeitsplatzperspektiven, Schulschließungen, Schließungen von Arztpraxen und kulturellen Angeboten wie Jugendtreffs, Dorfkeipen und Büchereien, schlechter Anbindungen an den Nahverkehr, verschwindende Geschäfte des täglichen Bedarfs und Wegzug. Um den zu brechen braucht es wirtschaftliche Perspektiven und, als Grundlage dafür, eine funktionierende Infrastruktur. Die verfehlte Siedlungspolitik führt zu leeren Ortszentren, während gleichzeitig immer mehr Fläche versiegelt wird.

Der Mangel von Haus- und Fachärzt*innen sowie schlechte Bus- und Bahnverbindungen sind bis in die Vororte der größeren Städte ein Problem. Zu oft sind Busverbindungen ausschließlich für den Schüler*innen-Transport eingerichtet und fahren in den Schulferien überhaupt nicht, oder die Abendstunden und Wochenenden sind vom Busverkehr ausgenommen.

Das „Ehrenamt“ ist eine wichtige Säule des Zusammenlebens, gerade auf dem Lande. Tausende von ehrenamtlichen Kräften leisten eine Arbeit

für das Gemeinwohl, die wortwörtlich nicht bezahlbar ist. Gerade im Bereich der Hilfsorganisationen und Feuerwehren basiert der Katastrophenschutz in Niedersachsen zu mehr als 90% auf diesen Kräften.

Für die LINKE ist klar: Infrastruktur und Kultur dürfen nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Sie bilden die Grundlage für eine hohe Lebensqualität auch abseits der urbanen Zentren. Wir wollen Busverbindungen bis auf die Dörfer, idealerweise stündlich, zumindest aber als Rufbus. Wir wollen Dorfgemeinschaftshäuser, Gemeindebüchereien und Landärzt*innen zur Regel machen. Mit einem millionenschweren Förderprogramm soll wie in Thüringen (dortiges Volumen 4 Mio. Euro) die Nahversorgung in ländlichen Räumen gefördert werden. In zu vielen Ortschaften und Dörfern in Niedersachsen ist selbst der Lebensmitteleinkauf mit einer Fahrt einige Dörfer weiter verbunden, da in der Marktlogik Händler*innen nicht nach der Lebensqualität der Menschen, sondern nach großem Absatzpotenzial fragen. Dies stellt insbesondere mobilitätseingeschränkte und finanzschwache Personen vor Herausforderungen. Die Schaffung von wohnortnahen Versorgungspunkten und Stärkung von Wochenmärkten soll dagegen dazu beitragen, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen Niedersachsens

zu schaffen. Finanzschwache Kommunen können von einem solchen Programm ebenso profitieren wie Vereine, Verbände sowie Kleinst- und Kleinunternehmer*innen. Mit dieser Initiative soll auch die regionale Wertschöpfung in den Mittelpunkt rücken. Kurze Transportwege tragen dem Klimaschutz Rechnung. Soziale Begegnungsstätten wie Jugendtreffs, Kulturhäuser oder Dorfkneipen sollen gefördert werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Ein Landesprogramm der regionalen Wirtschaftsförderung für Nahversorgung, regionale Wirtschaftskreisläufe zur Stärkung der Kaufkraft auf dem Land und Bildung von Regionalvermarktungsinitiativen.
- Wohnortnahe soziale Zentren in Dörfern, die als Orte der Begegnung dienen und Basisleistungen wie Post, Bank und öffentlichen Internetzugang sowie Veranstaltungsräume anbieten.
- Eine flächenschonende Siedlungspolitik bei gleichzeitiger Revitalisierung der Ortskerne.
- Ein Förderprogramm für Einkaufsbusse, mobile Verkaufswagen und genossenschaftlich organisierte Dorfläden zur Verbesserung der Nahversorgung in kleinen Kommunen.
- Ein dichtes ÖPNV-Netz: Bahnhöfe und stillgelegte Eisenbahnstrecken sind zu reaktivieren. Es braucht eine Anbindung der Gemeinden untereinander und zur nächsten Stadt mindes-

tens im Stundentakt von 5 – 23 Uhr.

■ Ein Landesförderprogramm für den Ausbau der Fahrradwege auf dem Land.

■ Kultur im ländlichen Raum: Reise-theater und mobile Kinos.

■ Die Gewährung ärztlicher Versorgung auf dem Land durch öffentlich getragene kommunale Versorgungszentren, Gemeindegewerkschaften und die Förderung der Niederlassung von Ärzt*innen.

■ Den Ausbau des Internetzugangs in der Fläche (Breitband) sowie Wohnortnahe WLAN-Hotspots.

■ Eine dezentrale Energiegewinnung und die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen.

■ Zusätzliches Personal für die Polizei in kleinen Kommunen bis 20.000 Einwohner*innen und den Stopp der Schließung von Polizeidienststellen.

Sozial-ökologischen Umbau gemeinsam mit den Landwirt*innen gestalten

Niedersachsen ist Agrarland Nummer 1 in Deutschland. Über 2,6 Millionen Hektar Land werden von der niedersächsischen Landwirtschaft bearbeitet. Bäuer*innen kommen außerdem wichtige gesellschaftliche Aufgaben zu. Sie versorgen nicht nur die Märkte mit Lebensmitteln, sondern produzieren auch für den lokalen Verbrauch, sie schützen die Kulturlandschaft im ländlichen Raum und können einen wichtigen Beitrag

zum Anbau und bei der Verwertung erneuerbarer Rohstoffe leisten. Die niedersächsische Landwirtschaft ist deswegen aus den ländlichen Räumen nicht wegzudenken und ein wichtiger Motor für Veränderungen.

Viele Veränderungen in den letzten Jahren haben unsere Landwirte jedoch in Not gebracht. Der Klimawandel und die daraus resultierenden Dürren belasten viele Betriebe und die Umstellungen auf mehr Tierwohl oder der Verzicht auf Pestizide sind mit Umstellungskosten verbunden. In Anbetracht dessen, dass Landwirte dem ständigen Preisdruck auf dem Markt ausgeliefert sind und gerade durch die großen Discounter, Tönnies und Co. unter Druck gesetzt werden, darf die Politik sie bei all diesem Wandel nicht allein lassen, sondern muss unterstützen. Für uns sind gerechte Erzeugerpreise die Grundvoraussetzung für mehr Tierwohl und gute Löhne in der Landwirtschaft. Diese müssen gegen die Interessen von Konzernen wie ALDI und Rewe durchgesetzt werden!

Als LINKE wollen wir eine soziale und ökologische Landwirtschaft gemeinsam mit den Bäuer*innen gestalten. Viele Landwirt*innen haben bereits jetzt ein großes Interesse am Umwelt- und Klimaschutz, denn sie sind selbst direkt den Auswirkungen des Klimawandels ausgesetzt. Wir setzen

als Alternative zu dieser Entwicklung auf eine am Gemeinwohl orientierte, sozial gerechte, ökologische und nachhaltige Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die aktive Unterstützung von Landwirt*innen bei einer profitablen Direktvermarktung. Lebensmittel sollen vor allem vor Ort verkauft werden. Öffentliche Einrichtungen sollen die Zutaten für ihre Kantinen möglichst aus regionaler Landwirtschaft beziehen. So wollen wir die Landwirt*innen in ihrer Unabhängigkeit von den Discountern, Tönnies und Co. unterstützen.
- Die Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe bei den notwendigen Investitionen und Umstellungen auf eine größere Vielfalt von Ackerkulturen, um sie sowohl gegenüber Marktschwankungen als auch den Auswirkungen des Klimawandels widerstandsfähiger zu machen.
- Die Förderung von Landwirtschaftsbetrieben, die ökologische

und nachhaltige Maßnahmen umsetzen und ein besonderes Gewicht auf soziale Standards im Bereich der Arbeit legen.

- Die wissenschaftliche Prüfung von Pestiziden, die im Zweifel bei einem ernsthaften Verdacht auf Gesundheitsschädigung verboten werden. Die Landwirt*innen sollen mit den Problemen, die sich aus diesem Verbot ergeben, nicht allein gelassen werden, sondern Unterstützung vom Land erhalten.
- Faire Erzeugerpreise. Die Landwirt*innen dürfen nicht dem Preisdiktat der Discounter überlassen werden. Analog dem Mindestlohn brauchen wir Mindesterzeugerpreise.
- Mehr Bauernland in der Hand von Bäuer*innen. ‚Landgrabbing‘ durch große Konzerne soll unterbunden werden. Das Land soll deswegen ein Gesetz zum Schutz der heimischen Landwirtschaft auf den Weg bringen. Durch ein Vorkaufsrecht für landwirtschaftliche Flächen wollen wir hier als Land direkt eingreifen können.

Antifaschismus & Gleichstellung

Alle Menschen in Niedersachsen müssen die gleiche Möglichkeit haben, ein gutes und auskömmliches Leben zu führen. Zentral sind für uns deswegen die Kämpfe für die

Gleichstellung der Geschlechter, für den Schutz und die Förderung von Minderheiten und ein konsequenter Einsatz für mehr Inklusion in Niedersachsen. Wir wollen, dass alle Men-

schen gleich am Leben in unserem Bundesland teilhaben können und nicht benachteiligt werden.

Die Gefahr von rechts steht dieser Vision jedoch entgegen: Über 200 Menschen sind in Deutschland seit 1990 durch Rechte Gewalt ums Leben gekommen. Inzwischen nimmt rechter und rassistischer Hass auch in unseren Parlamenten und im Internet immer mehr Raum ein. Durch die Corona-Pandemie und die Verwicklungen von Reichsbürger*innen- und Querdenker*innenszene haben diese Spannungen zugenommen.

Als DIE LINKE. Niedersachsen setzen wir uns für einen modernen und alltäglichen Antifaschismus ein, der nicht nur ein Label bleibt, sondern die gesellschaftlichen Probleme analysiert und reflektiert. Antifaschismus ist für uns ein Versprechen. Ein Versprechen dafür, dass die Menschenwürde eines jeden in Niedersachsen nicht angetastet wird. Dafür müssen wir vor allem in Bildungs- und Gedenkstättenarbeit investieren, der militanten Rechten auch ordnungspolitisch die Stirn bieten können.

Ebenfalls muss das Land sich gezielt für die Förderung und Gleichstellung von Frauen und vielfältigen Lebensweisen einsetzen. Noch immer sind die meisten gesellschaftlichen Kon-

texte männlich dominiert und Frauen müssen um die Anerkennung ihrer Leistungen kämpfen. Dabei tragen sie den Großteil der Familien- und Sorgearbeit und haben gerade im Rahmen der Corona-Pandemie viele Überlastungen wegtragen müssen. Sie sind dabei viel zu oft Opfer von Sexismus und Gewalt und müssen auch hier geschützt werden und diese Gewalt muss konsequent bekämpft werden.

Gleiches gilt für Menschen mit Behinderung. Inklusion muss für uns eine Selbstverständlichkeit werden, auch in der Landespolitik. Deswegen wollen wir, gemeinsam mit den Behinderten selbst und ihren Initiativen, ihre Rechte stark machen und ihre Möglichkeiten für mehr Teilhabe und Mitbestimmung erweitern.

Antifaschismus – gemeinsam für Verbesserung statt Spaltung von rechts

Im Jahr 2019 zählte die Landesregierung ganze 1.824 rechte Straftaten in Niedersachsen und noch immer müssen Menschen in Niedersachsen jeden Tag um ihre Sicherheit fürchten. Wir wirken für breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich Nazis in den Weg stellen. Wir werden jedoch die regierenden Parteien immer daran erinnern, dass sie mit ihrer unsozialen, sozialdarwinistischen und rassistischen Politik einen wichtigen Beitrag

zum Aufschwung von extrem rechten Parteien geleistet haben. Gemeinsam mit vielen antifaschistischen Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen, Initiativen und Organisationen arbeiten wir in Bündnissen gegen die Rechten. Rechten Aufmärschen widersetzen wir uns mit zivilem Ungehorsam wie Blockaden und anderen Aktionsformen. Der Staat darf antifaschistisches Engagement nicht behindern oder kriminalisieren. Faschistische Organisationen müssen konsequent verboten, rechte Straftaten effektiv verfolgt werden.

DIE LINKE stellt sich als antifaschistische Kraft an die Seite all derjenigen, die Nazi-Demos blockieren, Festivals gegen Rechts und für Demokratie organisieren und an die Seite derer, die Nazis weder in ihren Vierteln noch auf dem platten Land dulden. Wir greifen gemeinsam in bunten zivilgesellschaftlichen Bündnissen, den rechtsextremen Diskurs an und benennen ihre unsozialen Programme. Wir kritisieren diejenigen, die sich im Fahrwasser der Rechtspopulist*innen bewegen. Wir sind solidarisch mit den Opfern rechter Gewalt und mit allen Antifaschist*innen, die von staatlicher Repression betroffen sind.

DIE LINKE setzt sich ein für:

■ Einen Unterstützungsfond für die Opfer von rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt.

■ Den Aufbau einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft gegen rechte und rassistische Gewalt.

■ Einen Untersuchungsausschuss zu Verstrickungen des NSU in Niedersachsen.

■ Die Förderung von weiteren Programmen für Austeigende aus der rechten Szene.

■ Die Förderung und Unterstützung von antifaschistischen Initiativen, statt deren Diffamierung.

■ Die verlässliche und langfristige Förderung von antifaschistischen Kulturveranstaltungen.

■ Ein Ende der politischen Repressionen gegenüber antifaschistisch Aktiven.

■ Den Schutz ehrenamtlich Aktiver und die konsequente Zerschlagung extrem rechter Netzwerke.

■ Den Erhalt und die Ausweitung der Mahn- und Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus sowie des antifaschistischen Widerstandes.

■ Die Einführung des 8. Mai, des Tag der Befreiung, als gesetzlichen Feiertag in Niedersachsen.

■ Die Schaffung von Beratungs- und Weiterbildungsangeboten zu Hasssprache im Internet.

■ Den Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse für extreme Rechte und Reichsbürger*innen.

Barrierefreies Niedersachsen – selbstbestimmte Behinderten- politik

Inklusion ist eine wichtige Querschnittsaufgabe und muss in allen Bereichen der Landespolitik ernst genommen werden. Als DIE LINKE. Niedersachsen wollen wir die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen konsequent umsetzen. Dieses übergreifende Ziel wollen wir stets bedenken, wenn wir Ideen und Konzepte auf Landesebene erarbeiten. Alle Menschen, mit oder ohne Behinderungen, sollen barrierefrei, gleichberechtigt und in vollem Umfang am gesamten gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ob Frühförderung, Schule, Arbeitsmarkt, Wohnen, Freizeit: Im gesellschaftlichen Miteinander darf kein Lebensbereich die Inklusion ausblenden. Ebenso sollen Barrieren gesenkt werden durch mehr Übersetzung in Leichte Sprache und Gebärdendolmetschen. Inklusion gibt es aber nicht zum Spartarif, sondern die Politik muss endlich anfangen, Geld in die Hand zu nehmen. Nur so können wir zeitnah und flächendeckend die Gleichstellung von Behinderten in Niedersachsen voranbringen. Die letzten Landesregierungen haben hier mit dem Geld geknausert und sind viele Antworten schuldig geblieben.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die konsequente Umsetzung von Barrierefreiheit in allen öffentlichen Gebäuden und Behörden, sowie an öffentlichen Arbeitsplätzen.
- Die Weiterentwicklung der Stelle der Behindertenbeauftragten des Landes zu einer, mit mehr Mitteln ausgestatteten, Inklusionsbeauftragten, die in allen Bereichen der Landespolitik über die Einhaltung von Inklusion wacht.
- Die berufliche Aus- und Weiterbildung von Lehrer*innen in Förderpädagogik. An jeder Schule müssen förderpädagogische Fachlehrkräfte für die gesamte Unterrichtszeit zur Verfügung stehen.
- Den barrierefreien Umbau aller Bahnhöfe, Busse, Bahnen und weiteren Fahrzeuge des ÖPNV. Das Land Niedersachsen soll den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen im Nahverkehr fördern.
- Den Beschluss des ver.di-Bundeskongresses vom 26.09.2015: „Mindestlohn für alle, auch in Sozial- und Behindertenwerkstätten sowie in Justizvollzugsanstalten“.
- Die direkte Wahl der Behindertenräte durch die Betroffenen selbst, statt ihrer Ernennung. Außerdem sollen sie mehr Mittel für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt bekommen.
- Das zur Verfügung stellen aller Informationen und Formulare staatl. Stellen in Einfacher und Leichter Sprache und in barrierefreien Formaten.

- Das Gebärdendolmetschen der Landtagsitzungen im Livestream und die zeitnahe Übersetzung der Protokolle in leichte Sprache.
- Ein landesweites Investitionsprogramm, um alle Schulen in Niedersachsen barrierefrei umzurüsten. Die ‚Förderschule‘ soll in Zukunft entfallen und Menschen mit Behinderung sollen in den Regelschulbetrieb aufgenommen werden.

Akzeptanz aller Geschlechter sowie sexueller Lebensweisen

Wir stehen für die Akzeptanz und Anerkennung vielfältiger Lebensweisen, geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen ein. Obwohl Niedersachsen ein tolerantes und weltoffenes Land sein will, sind Ausgrenzung, Diskriminierungen, Beleidigungen und auch Gewalt immer noch bittere Realität für Schwule, Lesben, Transgender und Intersexuelle. FLINTA* (Frauen, Lesben, Inter, Non-Binary, Trans und Agender) sollen nicht wegen ihrer geschlechtlichen, LGBTIQ* (Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual/Transgender, Queer, Intersexual und Asexual) nicht aufgrund ihrer sexuellen Identität be-

nachteiligt werden. Noch viel zu viele Menschen können in der Öffentlichkeit, in Schulen oder bei der Arbeit ihre Identität nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Dauerhafter Einsatz für Akzeptanz, Vielfalt und Gleichberechtigung muss für die niedersächsische Landespolitik eine höhere Priorität haben; das gilt vor allem im Schulbereich.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Eine Aufnahme des Verbots der Diskriminierung wegen sexueller Identität in die Landesverfassung.
- Die Stärkung der Aids-Prävention und der Integration von HIV-positiven Menschen.
- Eine geschlechtsneutrale Sprache bzw. für eine die Vielfalt der Geschlechter widerspiegelnde Sprache in der öffentlichen Verwaltung.
- Die flächendeckende Schaffung queerer Begegnungsorte und die Etablierung von psychosozialer, spezialisierter Beratung für queere/LGBTIQ*, auch für Jugendliche. Wir unterstützen die Errichtung queerer Zentren in Niedersachsen, die diese Beratung gewährleisten können.

Frieden und Internationalismus

Als konsequente Friedenspartei steht DIE LINKE für ein Ende aller Kriege – in der Ukraine, aber auch im Jemen,

in Mali, in Syrien und überall auf der Welt. Nur eine gewaltfreie Welt bietet die Voraussetzung für eine inter-

nationale Entwicklung gegen Armut, Klimanotstand und Pandemien. Nur durch Frieden können Menschenrechte (auch die sozialen) umgesetzt werden. An die Stelle von Kriegshandlungen müssen Verhandlungen treten. Konflikte bedürfen der politischen, diplomatischen und absolut zivilen Regulierung. Nur Entspannungspolitik und damit verbundene gemeinsame Abrüstung sowie gegenseitige Sicherheitsgarantien gewähren Sicherheit. Die 180-Grad-Wende der bundesdeutschen Außenpolitik über Nacht, sowie das damit verbundene größte Aufrüstungsprogramm der Nachkriegszeit lehnen wir ab. Ein neues Zeitalter des kalten Krieges, atomare Teilhabe und das Befeuern einer Aufrüstungsspirale kann nur in den Abgrund führen. Wir brauchen stattdessen mehr sinnvolle Investitionen in zivile Belange, soziale Probleme gibt es genug. Wir sagen Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und zu Waffenexporten! Nein zu einer weiteren Militarisierung der EU! Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem. Atomwaffen sind endlich zu ächten. Unser Ziel ist eine nachhaltige, zivile, an den gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtete und demokratisierte Wirtschaft!

Friedensstandort Niedersachsen

Niedersachsen hat erhebliche Möglichkeiten, um zum internatio-

nen Frieden beizutragen. Von der Forschung, über die Bildung bis zur Wirtschaft, alle Bereiche können etwas dazu beitragen geflüchteten Menschen zu helfen, die Entwicklung anderer Länder zu fördern und Kriegsursachen zu beheben. Das Land Niedersachsen hat langjährige Partnerschaften in Afrika, z.B. Eastern Cape in Südafrika. Diese Partnerschaften sind auszubauen. Waffenschmieden und Militärforschung, die mit Krieg ihr Geschäft verdienen, machen Niedersachsen hingegen zu einem der bedeutendsten Rüstungsstandorte in der Bundesrepublik. Niedersachsen ist zudem eins der wichtigsten Aufmarsch- und Durchmarschgebiete der Bundeswehr sowie der NATO. Gemeinsam mit der Friedensbewegung kämpfen wir daher dafür, dass Niedersachsen zum Friedensstandort wird.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Von Niedersachsen ausgehende Initiativen für europaweite Stadtkommunikation zur Förderung von Solidarität und Verständnis, sowie die Förderung des Programms „Mayors for Peace“.
- Eine Initiative der Landesregierung für die Schließung des NATO-Truppenübungsplatzes Bergen.
- Die bessere Ausstattung von THW & Katastrophenschutz, statt dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren.
- Die Erstellung eines jährlichen,

öffentlich zugänglichen Rüstungsberichts, in dem die Produktion, die Erforschung sowie der Ex- und Import von Rüstungsgütern in Niedersachsen erfasst werden.

- Die Beendigung von Rüstungsexporten aus Niedersachsen.
- Die Abschaffung des so genannten „Celler Trialogs“, an der Politik, Wirtschaft und Militär teilnehmen.

Rüstungskonversion hin zu sinnvoller Arbeit

DIE LINKE. Niedersachsen steht für die Vergesellschaftung und Umwandlung der Rüstungsproduktion sowie ihrer Arbeitsplätze in zivile Arbeit. Es braucht eine neue Wirtschaftsstruktur, die der sozialen, ökologischen und friedlichen Entwicklung unserer Gesellschaft dient. Wir wollen Investitionen in soziale Gerechtigkeit statt Rüstung und Militär.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die Bildung eines Konversionsbeirates unter Beteiligung von Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten sowie Umwelt- und Friedensorganisationen, der ein Konzept zur Umwandlung militärischer in zivile Arbeitsplätze ausarbeitet.
- Eine ausreichende Finanzierung für ein Konversionsprogramm, mit dem eine entsprechende Qualifizierung für alle betroffenen Beschäftigten gesichert wird.

■ Einen „Masterplan Friedensflächen“, bei dem die bislang noch militärisch genutzten Flächen in zivil genutzte Flächen umgewandelt werden; besonders die Heide soll zu einem UNESCO-Biosphärenreservat gemacht werden.

- Eine Altlastensanierung der durch den jahrzehntelangen Militäreinsatz belasteten Flächen auf niedersächsischem Gebiet aus Bundesmitteln.
- Die Umwandlung von Militärlogistik in einen international einsetzbaren Katastrophenschutz.
- Die Unterstützung von Initiativen, die Truppenübungsplätze (Bergen) sozial-ökologisch-nichtmilitärisch umwandeln wollen.

Bildung, Kultur und Wissenschaft für den Frieden

DIE LINKE. Niedersachsen steht dafür, dass die Lehre aus den beiden Weltkriegen, der europäischen Kolonialpolitik sowie den vielen Kriegen von heute nicht vor Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen Halt macht. Krieg beginnt in den Köpfen. Bildung, Kultur und Wissenschaft müssen daher über die Ursachen von Kriegen und Flucht aufklären, die Bedeutung von Völkerverständigung und internationaler Solidarität hervorheben und dazu ermuntern, für den Frieden aktiv zu werden. Dafür kann die Landeszentrale für politische Bildung genutzt werden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Ein Verbot von Rüstungsforschung und die Förderung von friedensorientierter Wissenschaft, die sich der sozialen und ökologischen Probleme unserer Zeit annimmt.
- Eine Umschichtung der bislang für die Rüstungsforschung verwendeten Fördermittel in die Forschung für Konversion, Renaturierung, Gesundheit etc.
- Ein Verbot der Bundeswehrpräsenz an Schulen, Unis, bei Berufsmessen und in der Ausbildung: Bundeswehr raus aus öffentlichen Räumen!
- Die institutionelle Förderung von Friedensarbeit in den Städten und Kommunen, z.B. von Friedensinitiativen, Geschichtswerkstätten, einer kritischen Erinnerungskultur, friedensorientierter Kunst und Kultur sowie den alljährlichen Friedensdemos.
- Die Aufnahme von regelmäßigen Gedenkstättenbesuchen in Schulen, pädagogisch aufbereitet für den jeweiligen Jahrgang.
- Die Entmilitarisierung Niedersachsens in den Bereichen Kultur sowie Traditions- und Denkmalpflege.
- Die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die an Militaristen und Faschisten erinnern, nach humanistisch gesonnenen Persönlichkeiten.
- Die Etablierung von antimilitaristischen, staatlichen Gedenk- und Feiertagen, wie dem Tag der Befreiung und dem Antikriegstag.
- Die Beendigung der Förderung von

militaristischen Strukturen durch Landesmittel; stattdessen die Unterstützung von Projekten wie einer „Friedens-Volkshochschule“ in Osterholz.

Asyl ist ein Menschenrecht

Die Lage der Geflüchteten ist eine Katastrophe, auch in Niedersachsen. In einem Land wie Deutschland, das zu den reichsten der Welt gehört, ist diese Situation völlig inakzeptabel. Asyl ist ein Menschenrecht und muss in Niedersachsen zur Grundlage der Politik werden. Die niedersächsische Regierung unternimmt nichts gegen die bundesweite Praxis, sondern forciert Abschiebungen teilweise. Es finden unter der Landesregierung sogar Nachtabschiebungen statt. Wer vor Krieg, Hunger, Armut, Verfolgung oder Klimakatastrophen flieht, darf nicht an den Grenzen unseres Landes abgewiesen oder aus unserem Land abgeschoben werden. Sprachkurse werden nur Geflüchteten mit Bleibeperspektive gewährt, obwohl auch andere jahrelang hier leben und sich integrieren wollen. Ebenso unhaltbar ist die Chance der Geflüchteten auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Menschen werden zu einem Leben in Sammelunterkünften ohne Privatsphäre und in Arbeitslosigkeit gezwungen. Die medizinische Versorgung wird nur in Akutfällen gewährt. Traumata werden hingenommen, statt sie zu behandeln. Familiennach-

zug für Kriegsflüchtlinge wird eingeschränkt, was zu mehr Fluchten auf lebensgefährlichen Wegen führt. Die wieder praktizierte Abschiebehaft treibt Geflüchtete in Verzweiflung und unter Umständen in den Tod.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Die Einrichtung eines Integrationsrates für Niedersachsen.
- Eine breite Vermittlung von Informationen zu Fluchtursachen über Schulen, Unis, Volkshochschulen, Medien usw., die neben Krieg auch Armut, Hunger, Klimawandel, Globalisierung und persönliche Verfolgung berücksichtigen.
- Die Aussetzung der Abschiebungen Geflüchteter in Niedersachsen, insbesondere minderjähriger Kinder sowie ihrer Familie, sowie die Abschaffung von Abschiebehaft und Nachtabschiebungen.
- Den Stopp der Abschiebungen von Einwohner*innen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland verwurzelt sind – entsprechend der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.
- Ein dauerhaftes Bleiberecht statt „Kettenduldungen“, spätestens nach fünf Jahren.
- Die Sicherung des Familiennachzugs, insbesondere bei minderjährigen Flüchtlingen, sowie die Beseitigung künstlich errichteter bürokratischer Hürden.
- Humanitäre Initiativen des Landes

Niedersachsen zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern an den Grenzen Europas, insbesondere aus Griechenland und von der belarussisch/polnischen Grenze.

- Die Wiederherstellung des Rechts auf Asyl sowie die Schaffung von legalen Fluchtwegen über Initiativen im Bundesrat.
- Eine kultursensible Ausbildung aller Verwaltungsmitarbeitenden sowie aller Mitarbeitenden in anderen Bereichen, die mit Geflüchteten zu tun haben, sowie die Förderung der Flüchtlingsbetreuung durch Fachpersonal unter Einbeziehung Ehrenamtlicher, die eine Aufwandsentschädigung erhalten.
- Unabhängige Asylverfahrensberatung in allen Aufnahmezentren und Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE), wobei die Orientierung über die Abläufe und eine unabhängige Beratung vor Beginn des Asylverfahrens sichergestellt werden.
- Gut ausgestattete Sozialdienste sowie die Gewährleistung medizinischer Versorgung und psychologischer Beratung in den Aufnahmezentren (AZ) und Erstaufnahmeeinrichtungen.
- Angebote zur Kinderbetreuung sowie zur Unterstützung besonders Schutzbedürftiger in den Aufnahmezentren und Erstaufnahmeeinrichtungen.
- Die Beschulung aller Kinder und Jugendlichen in allen Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen Geflüchtete

länger als vier Wochen untergebracht werden.

- Eine flächendeckende Errichtung unabhängiger Beratungsstellen für Geflüchtete, die durch das Land gefördert werden.
- Das Angebot bzw. die Erweiterung entgeltfreier Sprach- und Integrationskurse für alle Geflüchtete, die nur durch Fachpersonal gegeben werden.
- Die schnellstmögliche Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften sowie die Schaffung dezentraler integrativer Wohnmöglichkeiten und -projekte.
- Die Aufhebung räumlicher Beschränkungen und Verpflichtungen, sich an einem bestimmten Ort aufzuhalten und ständig erreichbar zu sein und für freie Wahl des Wohn- und Aufenthaltsortes.
- Ein von Partner*innen unabhängiges Bleiberecht für Geflüchtete und die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe; keine Koppelung des Bleiberechts an den Fortbestand einer Ehe.
- Gesonderte Beratungskurse für sexuell verfolgte Menschen, vor allem für Frauen und Mädchen, in allen Regionen in dem Wissen, dass Frauen und Mädchen vielfach Opfer von Vertreibungen sind.
- Die Umsetzung des Rechts auf Bildung der Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Stand des Asylverfahrens und der Bleibeperspektive; dabei zügige und sensible Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher

mit psychologischer und pädagogischer Begleitung durch Fachkräfte.

- Die Aufhebung des Arbeitsverbots für Geflüchtete.
- Ein aufschiebendes Vetorecht der Härtefallkommission gegenüber Abschiebungen, wobei die Voraussetzungen für Eingaben an die Härtefallkommission abgesenkt werden.

Europa

Die EU ist in der bestehenden Form von neoliberaler Politik bestimmt, hat hohe Demokratiedefizite und gibt sich offen für Militarisierung und Aufrüstung. DIE LINKE setzt diesem derzeitigen Europa ein Europa der Solidarität, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit entgegen. Europas Zukunft muss „mehr Demokratie und Ausgleich“ lauten, nicht weniger. Wir wollen die europäischen Institutionen demokratisieren und die undemokratische Machtstruktur von Banken und Konzernen brechen. Statt die „Festung Europa“ durch Kriegsführung, Rüstungsexporte und das menschenverachtende Frontex-Regime auszubauen, muss Europa endlich eine friedliche und solidarische Außenpolitik einleiten und zu einem humanen Umgang mit Flüchtlingen finden. Uns leitet die Überzeugung, die ursprüngliche europäische Idee der Demokratie, des Friedens, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit von Niedersachsen aus zu leben. Für gleichwertige Arbeit

am gleichen Ort soll auch der gleiche Lohn gezahlt werden, unabhängig davon, aus welchem Land die arbeitenden Menschen kommen. Obwohl der größte Teil der in Deutschland erlassenen Gesetze durch europäische Vorgaben bestimmt ist, unterschätzen immer noch die meisten der hier lebenden Menschen die Bedeutung der Europäischen Union für ihre Lebensbedingungen. Allein zwischen 2014 und 2020 flossen 2,1 Milliarden Euro nach Niedersachsen. Für Außenstehende ist es kaum nachvollziehbar, wie die zur Verfügung stehenden Fördermittel vergeben werden. Selbst in den Verwaltungen der Kommunen und Landkreise sorgt die unübersichtliche Förderlandschaft häufig für Verwirrung. Die Agrarsubventionen müssen sich an einer ökologischen, bäuerlichen Landwirtschaft orientieren und die Förderung der Agrarindustrie beenden. DIE LINKE wird im Niedersächsischen Landtag auch weiterhin in dieser Frage Aufklärung und Transparenz schaffen, um dem Trend zu einer immer geringeren Wahlbeteiligung bei Europawahlen entgegenzutreten.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Eine Ausrichtung der Programme zur Vergabe von EU-Mitteln auf Nachhaltigkeit und regionale Wirtschaftskreisläufe sowie eine Angleichung der Lebensbedingungen und einen fairen Umgang mit anderen Ländern im Außenhandel.
- Eine Bundesratsinitiative für ein soziales, solidarisches, ökologisches und friedliches Europa.
- Die vollständige, klare und offensive Information über vergebene EU-Mittel – wer hat wieviel wofür bekommen?
- Die vollständige, klare und offensive Information über die Möglichkeiten zur Beantragung von EU-Fördermitteln.
- Eine effizientere und transparentere Gestaltung der Beteiligung des Landtags an der europäischen Gesetzgebung.
- Eine niedersächsische Informations- und Bildungsstrategie „Europa bewusst machen“, damit alle wissen, welche Bedeutung die Europäische Union hat.
- Die Stärkung des Europäischen Informationszentrums (EIZ).

Gemeinsam sind wir stark

Wir sind nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch von-

einander unterscheidbar sind. Und wir wollen auch nicht so werden. DIE LINKE ist im Gegensatz zu den konkurrierenden Parteien bereit

Großkonzernen, Millionär*innen und Grundstücksspekulant*innen mutig entgegenzutreten. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Wir wollen mit unserer Politik Hoffnung machen auf eine andere Gesellschaft, in der Politik und Wirtschaft nicht mehr von den Interessen der Banken, Konzerne und Superreichen dominiert sind, sondern von den Bedürfnissen und Lebensinteressen der Mehrheit der Gesellschaft. Wir nennen das den demokratischen Sozialismus.

Wir zeigen denen die rote Karte, die meinen, Hass und Fremdenfeindlichkeit sei eine Antwort auf die gegenwärtige Krise. Allen, die meinen, dass Entsolidarisierung ihre Probleme lösen kann, sagen wir, dass sie im Ergebnis das Gegenteil von dem erreichen werden, was sie sich erhoffen.

Wir sind engagiert in der Friedensbewegung, in Gewerkschaften, Umweltverbänden, freiwilligen Feuerwehren und anderen Ehrenämtern, sozialen Initiativen und Frauenorganisationen. Mitglieder unserer Partei werden seit Jahren in Kommunalparlamente in Niedersachsen gewählt. Wir alle kennen das Land, seine Schönheiten,

aber auch seine Probleme. Wir lassen uns nicht von unserer grundlegenden Haltung abbringen: Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, mehr Demokratie, Verteidigung unserer Freiheiten, Frieden und Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen bleiben die Ziele, ohne Wenn und Aber.

Gemeinsam sagen wir, lasst uns den Kopf heben und nicht die Hände. Nur wenn wir die großen Interessen für würdige Arbeit, bezahlbares Wohnen, gute Gesundheit oder eine für alle zugängliche Bildung auch gemeinsam vertreten, können wir uns gegen jene durchsetzen, die an der Ungerechtigkeit verdienen.

Daher gilt:

Wählen Sie am 9. Oktober DIE LINKE!
- Nicht um die Stimme abzugeben, sondern um sie zu erheben. Wählen Sie selbst aktiv zu werden!



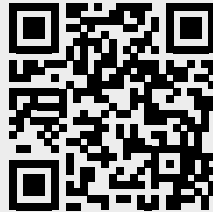
Jetzt aktiv werden
für soziale Gerechtigkeit
www.die-linke.de/mitmachen

Deine Kohle gegen Konzern- und Bankenmacht!

**Jetzt
spenden!**

DIE LINKE ist die Partei für soziale Gerechtigkeit und nimmt als einzige Partei im Bundestag keine Spenden von Konzernen, Banken und Lobbyist*innen an. Umso wichtiger ist Deine Spende, damit wir für eine gerechte Politik kämpfen können. Egal ob 5 €, 25 € oder mehr, jede Spende zählt! Hilf uns jetzt, damit wir gemeinsam mehr Gerechtigkeit in Niedersachsen schaffen können! Spenden werden bezuschusst und können von der Steuer abgesetzt werden!

Spenden geht ganz einfach
über den QR-Code, Paypal
paypal@dielinke-nds.de oder unter
www.dielinke-nds.de/spenden



Impressum

DIE LINKE. Niedersachsen
Goseriede 8
30159 Hannover
Telefon: 0511 9245910
landesbuero@dielinke-nds.de
V.i.S.d.P. Christoph Podstawa
Landesgeschäftsführer

DIE LINKE. Niedersachsen ist auch
bei Facebook, Instagram, YouTube,
Flickr und Twitter.

Bequem vom Sofa aus wählen – per Briefwahl!

Am 9. Oktober ist Landtagswahl
in Niedersachsen. Du kannst
schon 4 Wochen vorher wählen:
Per Briefwahl.

Bei der Briefwahl bekommen
Wahlberechtigte den Stimm-
zettel per Post nach Hause ge-
schickt, füllen ihn dort aus und
schicken ihn anschließend per
Post an das Wahlamt zurück.

Mehr Infos unter
**www.dielinke-nds.de/
briefwahl**

